

DIE LINKE. Berlin

Arbeitsentwurf zum Wahlprogramm für die Abgeordnetenhauswahl 2016

vorgelegt durch die Programmkommission
Berlin, 8. Januar 2016

Inhalt

Vorwort	3
Präambel	4
Kapitel 1: Stärkung des Öffentlichen	8
Kapitel 2: Sozial-ökologischer Umbau	14
Kapitel 3: Soziale Infrastruktur	24
Kapitel 4: Stadt der Vielfalt	30
Kapitel 5: Wohnen, Mieten, Stadtentwicklung	36
Kapitel 6: Bildung, Kultur, Medien, Digitalisierung	44
Kapitel 7: Bürgerrechte, Demokratie und Teilhabe	52

Vorwort zum Programmprozess

Liebe Genossinnen und Genossen,

euch liegt der Arbeitsentwurf der Programmkommission für ein Wahlprogramm zur Abgeordnetenhauswahl 2016 vor. Die Kommission – bestehend 15 Genossinnen und Genossen - hat im September letzten Jahres ihre Arbeit aufgenommen und in einem ersten Schritt die Mitgliedschaft, die Landesarbeitsgemeinschaften sowie Bezirksverordnete und Abgeordnetenhausfraktion aufgerufen, sich mit Themen und Vorschlägen für das Wahlprogramm einzubringen. Dieser Aufruf ergab eine umfangreiche Materialsammlung, die in der Programmkommission ausführlich diskutiert wurde. Anfang Dezember veröffentlichte die Kommission diese Materialsammlung und bat unter den Mitgliedern um Rückmeldungen und Ergänzungsvorschläge.

Aus der Programmkommission heraus wurde eine Redaktionsgruppe gebildet, die Ende Dezember/Anfang Januar die umfangreiche Materialsammlung bearbeitet, gekürzt und in ihrer Form angeglichen hat. Das Ergebnis ist der nun vorliegende Arbeitsentwurf. Viele Zuschriften und Anmerkungen von Genossinnen und Genossen sind in die Erstellung mit eingeflossen. Einige Anmerkungen sind aber auch nicht in den Text aufgenommen worden, da sie beispielsweise zu detaillierte Einzelforderungen enthielten oder auch sehr abstrakt formuliert waren. Dennoch werden alle Zuarbeiten für die Entwicklung inhaltlicher Positionen und die Erstellung von Wahlkampfmaterialien – beispielsweise vertiefende A-Z-Stichwortpapiere zu einzelnen Themen – genutzt werden.

Der nun vorliegende Arbeitsentwurf ist die Grundlage für die weiteren Beratungen in der Mitgliedschaft und auf unserer Basiskonferenz am 16. Januar 2016. Alle Genossinnen und Genossen sind auch in diesem Stadium aufgerufen, Ergänzungsvorschläge und Kommentare zum Entwurf zu machen.

Gern könnt ihr eure Kommentare, Anregungen und Ergänzungen auch online abgeben. Auf www.die-linke-berlin.de ist der Arbeitsentwurf online gestellt und zu allen Kapiteln gibt es die Möglichkeit sich einzumischen. Selbstverständlich können Zuarbeiten auch per Post an die Landesgeschäftsstelle oder per E-Mail an info@die-linke-berlin.de gesendet werden.

Der Landesvorstand wird auf seiner Klausurtagung am 23. Januar 2016 über den Arbeitsentwurf und die eingegangenen Änderungswünsche beraten und den daraus resultierenden Wahlprogramm-entwurf in Form eines Antrags an den Landesparteitag zum 30. Januar 2016 veröffentlichen. Daraufhin haben alle Mitglieder wiederum die Möglichkeit textkonkrete Änderungsanträge zu formulieren und in das Verfahren einzubringen.

Wir wünschen euch viel Spaß beim Lesen des vorliegenden Arbeitsentwurfs und möchten uns ganz besonders für die im bisherigen Prozess eingegangenen umfangreichen Anregungen sowie die konstruktive Mitarbeit der Arbeitsgemeinschaften bedanken.

Mit solidarischen Grüßen

die Mitglieder der Programmkommission

Präambel

1 Liebe Berlinerinnen und Berliner,
2

3 unsere Stadt ist seit vielen Jahren ein Magnet für unzählige Menschen. Es sind beispielsweise junge
4 Familien, die mit ihren Kindern nach Berlin ziehen oder Kreativschaffende, die sich von der Stadt
5 inspirieren lassen wollen. Es sind die Partygängerinnen und -gänger, die nur für ein Wochenende zu
6 Gast sind und es sind Studierende aus aller Welt, die in Berlin leben und lernen wollen. Ob für Allein-
7 gesessene oder für Zugezogene: Berlin ist nicht nur eine Stadt, sondern auch ein Lebensgefühl. Den-
8 ken Sie nur an unsere liebevollen Busfahrerinnen und Busfahrer, die weit über Berlin hinaus bekannt
9 sind. Berlinerinnen und Berliner sind schon einiges gewohnt und uns haut so schnell nichts aus der
10 Bahn. Aber auch unsere Geduld ist nicht endlos. Oder wollen Sie, dass Berlin das Gespött der Welt
11 ist, nur weil wir es nicht hinkriegen, einen Flughafen zu bauen?
12

13 Wir finden: In Berlin läuft eine Menge schief. Öffentliche Gebäude verfallen. Der Flughafen BER ist
14 zum Milliardengrab geworden. Die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst wird weiter redu-
15 ziert, obwohl in den Bürgerämtern oder Kitas und Schulen sichtbare Personalnot herrscht. Und tau-
16 sende Geflüchtete müssen unter unwürdigen Bedingungen in Massenunterkünften leben und kön-
17 nen nur durch die Hilfe von ehrenamtlichen Berlinerinnen und Berlinern versorgt werden. Die Mieten
18 explodieren weiter, Berlin ist immer noch Hartz-IV-Hauptstadt, Leiharbeit und Aufstocken von Hartz
19 IV sind für viele Alltag, Bus und Bahn werden immer teurer, Angebote für die wachsende Zahl älterer
20 Menschen fehlen, die öffentliche Daseinsvorsorge bei Energie, Gesundheit oder Bildung leidet und
21 die direkte Demokratie ist dem Senat nur lästig.
22

23 In fast allen Bereichen wird unsere Stadt auf Verschleiß gefahren, sei es bei der Infrastruktur oder
24 beim Personal. Dem Senat aus SPD und CDU fehlte von Anfang an eine gemeinsame Idee dafür, wie
25 Berlin fit gemacht werden kann als soziale Metropole, als Großstadt, in der die Berlinerinnen und
26 Berliner mit ihren unterschiedlichen Lebenswegen, kulturellen Hintergründen, in der Menschen mit
27 und ohne Behinderungen, Alte und Junge, Menschen mit geringen und hohen Einkommen miteinan-
28 der leben können. Berlin hat immer von seiner Berliner Mischung und Vielfalt gelebt. Die Berliner
29 Mischung ist durch Verdrängung von immer mehr Menschen aus ihren Kiezen infolge der Mietpreis-
30 steigerungen in Gefahr.
31

32 Hinter uns liegen fünf von schwarz-rot verschenkte Jahre, in denen der Senat kaum etwas angepackt
33 und die Probleme nicht gelöst hat. Da muss was passieren.
34

35 Wir wollen, dass Berlin wieder funktioniert. Reiche sind auf funktionierende Schwimmbäder, gute
36 öffentliche Schulen und ein funktionierendes Gesundheitswesen oder öffentlichen Nahverkehr nicht
37 angewiesen. Sie können sich notfalls alles selber kaufen. Die allermeisten Berlinerinnen brauchen
38 jedoch genau das: Bezahlbare Wohnungen in ihren Kiezen, ein bürgernahes und funktionierendes
39 Gesundheitssystem, gute Schulen und das gebührenfrei, genügend Kitaplätze, in denen die Kleinen
40 und Kleinsten nach ihren Bedürfnissen gefördert werden, ein bezahlbarer, ökologisch nachhaltiger
41 und leistungsstarker öffentlicher Nahverkehr, Strom und Gas, Sport-, Freizeit- und Kultureinrichtun-
42 gen zu bezahlbaren Preisen, eine Verwaltung, die für die Bürgerinnen und Bürger da ist und nicht
43 umgekehrt, eine soziale Infrastruktur von Nachbarschaftszentren und Begegnungsstätten, die es
44 allen ermöglicht, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben.
45

46 Wir sagen: niemand darf in unserer Gesellschaft ausgeschlossen sein. Wir finden, dass das nicht zu
47 viel verlangt ist. Dafür brauchen wir starke öffentliche Dienstleistungen und Angebote, die allen
48 Menschen offenstehen. Denn auch nur mit starken öffentlichen Angeboten kann Berlin sozial und
49 ökologisch gestaltet werden. Die Berlinerinnen und Berliner sollen selbst darüber entscheiden wie
50 unsere benötigte Energie produziert werden soll und zu welchen Preisen. Wichtige Infrastrukturen
51 wie Strom- und Gasnetz gehören deshalb in öffentliches Eigentum. Sie alle sollen entscheiden, wie

52 unserer Verkehrswesen aussehen soll – ob die Zukunft in verstopften Straßen mit hoher Abgasbelas-
53 tung oder in einem starken Bus-, Bahn- und Radfahrnetz und einer gesunden Umwelt liegen soll. Das
54 ist unser Vorschlag als DIE LINKE.

55

56 Wir haben in unserer Regierungszeit gemeinsam mit der SPD von 2001 bis 2011 die Einnahmen und
57 Ausgaben im Landeshaushalt stabilisiert und die massive Verschuldungspolitik der 90er Jahre been-
58 det. Dies ging nicht ohne viele harte Einschnitte einher, hat allerdings im Zusammenspiel mit einer
59 guten linken Wirtschaftspolitik dazu beigetragen, dass Berlin heute wieder Geld investieren kann.

60

61 Das Land erwirtschaftet Haushaltsüberschüsse, die wir für die Menschen in unserer Stadt einsetzen
62 wollen. Die Berliner Bevölkerung wächst, nicht nur durch Menschen auf der Flucht, sondern auch
63 durch den Zuzug vieler tausend vor allem junger Menschen, die von Berlin angezogen werden und ihr
64 Glück bei uns suchen. Zusätzlich werden die Berlinerinnen und Berliner immer älter. Doch die an
65 vielen Stellen marode bauliche und soziale Infrastruktur ist dem Bevölkerungswachstum nicht ge-
66 wachsen. Dabei ist uns wichtig, festzustellen, dass der Mangel an bezahlbarem Wohnraum und an
67 ausreichender sozialer Infrastruktur schon seit Jahren besteht und nicht erst seit der Aufnahme der
68 vielen Geflüchteten. Die Landespolitik muss hier beherzt zupacken und die Versäumnisse der letzten
69 Jahre aufholen.

70

71 Wir schlagen daher vor, eine Investitionsoffensive für Berlin zu starten, die den wachsenden Anfor-
72 derungen und Wünschen der Menschen in unserer Stadt gerecht wird. Es ist verantwortungslos, un-
73 sere Schulen, Bäder und Straßen weiter verrotten zu lassen und nicht sofort zu handeln. Jedes Ge-
74 bäude, jede Brücke, die wir weiter verfallen lassen, wird in der Zukunft umso teurer zu sanieren sein.
75 Berlin hat heute schon einen Sanierungsstau von rund zwölf Milliarden Euro, den wir vor uns her
76 schieben. Es ist damit ein verdeckter Schuldenberg entstanden, der weiter von Jahr zu Jahr wächst
77 und irgendwann mit voller Härte zurückschlagen wird. Wir wollen daher alle Anstrengungen unter-
78 nehmen, um die notwendigen Investitionen in die öffentliche Infrastruktur anzugehen.

79

80 Ein besonderes Augenmerk liegt dabei für uns auf dem öffentlichen Dienst in Berlin. Die vielen tau-
81 send Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Berliner Verwaltung leisten oftmals eine großartige
82 Arbeit trotz widriger Bedingungen. Sie sind es, die häufig den Ärger der Berlinerinnen und Berliner
83 abbekommen, wenn es wieder mal keinen Termin beim Bürgeramt gibt oder auf die Bearbeitung
84 eines Anliegens wochenlang gewartet werden muss. Im Berliner öffentlichen Dienst müssen neue
85 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in großem Maß eingestellt werden. In nahezu allen Bereichen lei-
86 den sowohl Bürgerinnen und Bürger als auch die Beschäftigten des Landes und der Bezirke unter
87 hohen Krankenständen, zu wenig Kolleginnen und Kollegen unter übermäßiger Arbeitsbelastung.
88 Unser Vorschlag einer Investitionsoffensive beschränkt sich daher nicht nur auf die bauliche Infra-
89 struktur, sondern soll auch zu einem deutlichen Ausbau des öffentlichen Dienstes beitragen.

90

91 Berlin verändert sich rasant. Seit der letzten Wahl zum Abgeordnetenhaus nimmt das Tempo stetig
92 zu. Viele Menschen erleben diese Entwicklung als fremdbestimmt und einseitig den Interessen des
93 vermögenden Teils der Bevölkerung dienend. Investoren und Unternehmen machen Gewinne mit
94 immer neuen Bauprojekten – vor allem im Innenstadtbereich. Ihnen wird vom Senat der rote Teppich
95 ausgerollt während die umliegende Bevölkerung mit den Folgen allein gelassen wird – Mieten stei-
96 gen, Freiflächen verschwinden und die Lebensqualität nimmt ab. Viele Menschen haben das Gefühl,
97 nicht mehr gefragt zu sein, wenn es um die Gestaltung Berlins geht. Es wird über ihre Köpfe hinweg
98 entschieden. Selbst dann, wenn sie sich der Instrumente direkter Demokratie – wie etwa bezirklicher
99 Bürgerbegehren – bedienen, werden sie vor den Kopf gestoßen. Der Senat hat in der Vergangenheit
100 oft genug lokale Bürgerbegehren ausgehebelt, indem er die bezirklichen Bauplanungen an sich geris-
101 sen hat. Dies schadet unserem demokratischen Gemeinwesen und beschädigt das Vertrauen in die
102 Politik allgemein. Dagegen kämpfen wir an.

103

104 Bei allen Problemen: Wir leben gerne in Berlin und wollen Berlin gestalten- zusammen mit Ihnen, den
105 Bürgerinnen und Bürgern – auch wenn das manchmal länger dauert. Denn so wie viele Berlinerinnen
106 und Berliner lehnen wir Veränderungen nicht pauschal ab. Auch wir wollen die Stadt gemeinsam
107 gestalten – aber ökologischer und sozialer. Das heißt für uns dann zuallererst, die Menschen vor Ort
108 ernst zunehmen und einzubeziehen. Menschen sollen als Betroffene über Veränderungen in ihrem
109 Lebensumfeld selbst mitentscheiden können. Auch wir haben nicht auf alle Fragen immer gleich eine
110 Antwort und auch wir wissen nicht, welche neuen Herausforderungen in den nächsten Jahren auf Sie
111 und uns zukommen werden. Aber wir sind davon überzeugt, dass eine gemeinsame Gestaltung Ber-
112 lins nur funktionieren kann, wenn Senat und Parlament auf das hören, was Bürgerinnen und Bürger
113 sagen. Sie alle sind reich an Lebenserfahrung und Expertise rund um ihren Kiez und ihre Stadt. Eine
114 Politik des Gemeinsamen und des Gemeinsinns ist darauf angewiesen. Bitte bringen Sie ihr Wissen
115 ein.

116
117 Deshalb schlagen wir vor, die Möglichkeiten direkter Demokratie noch weiter auszubauen. Die Berli-
118 nerinnen und Berliner haben auf Landes- wie auf Bezirksebene gezeigt, dass Volksentscheide und Bür-
119 gerbegehren verantwortungsvoll genutzt werden – sei es beim Wasservolksentscheid oder bei 100%
120 Tempelhofer Feld. Wir schlagen daher vor, die Hürden für Volksentscheide zu senken und weitere
121 Möglichkeiten zur Einmischung für die Berlinerinnen und Berliner zu schaffen.

122
123 Wir schlagen vor, Solidarität und Gemeinsinn in unserer Stadt zu stärken. Die Berlinerinnen und Ber-
124 liner haben in der Vergangenheit schon viele Herausforderungen gemeistert. Sei es die Teilung der
125 Stadt, die Wiedervereinigung oder die Befreiung von Mief und Korruption der Ära der Großen Koali-
126 tionen. Diesen und vielen anderen Zeiten ist gemeinsam, dass viele Menschen unsicher waren, ob die
127 Herausforderungen überhaupt zu meistern sind. Auch heute sind viele Menschen verunsichert, ob sie
128 in der Zukunft noch einen Platz in unserer Stadt haben werden. Viele haben Angst, ob sie in Zukunft
129 ihre Wohnung oder den Strom noch bezahlen können, ob ihre Arbeitsplätze sicher sind oder sie
130 überhaupt je wieder Arbeit bekommen. Auch die Aufnahme der vielen Menschen, die vor Hunger,
131 Vertreibung und Tod zu uns flüchten, löst manchmal Unsicherheit aus. Doch unsere Zeit ist nicht nur
132 von Angst oder Unsicherheit geprägt. Wir erleben gleichzeitig, dass tausende Berlinerinnen und Ber-
133 liner sich ehrenamtlich in die Belange der Stadt einmischen. Seit vielen Monaten sehen wir eine gi-
134 gantische Welle der Hilfsbereitschaft bei der Begrüßung von Geflüchteten in unserer Stadt, ohne die
135 es bei uns noch viel schlimmer bestellt wäre. Dort wo der Senat und die regierende Koalition aus SPD
136 und CDU versagt haben, springen freiwillige Helferinnen und Helfer ein. Sie geben damit unserer
137 Stadt und den Geflüchteten ihre Würde zurück.

138
139 Die Ehrenamtlichen, die in den Notunterkünften Betten aufbauen und Essen verteilen, die vor dem
140 LaGeSo Tag für Tag die Wartenden betreuen oder die selbstorganisiert Sprachunterricht anbieten,
141 machen deutlich: Die Berlinerinnen und Berliner sind solidarisch und packen an, wenn es drauf an-
142 kommt. Wir danken allen aktiven Menschen in der Flüchtlingshilfe. Und genauso danken wir den
143 vielen Menschen, die in den letzten Jahren vielleicht etwas in den Hintergrund getreten sind. Denn
144 die sozialen Missstände in unserer Stadt sind nicht erst seit dem Sommer 2014 offensichtlich. Schon
145 lange engagieren sich Berlinerinnen und Berliner für Obdachlose, in Kinder- und Jugendeinrichtungen
146 oder in der Kältehilfe im Winter.

147
148 Unser Vorschlag ist es, genau dieses Engagement für die Gemeinschaft zu fördern. Wir unterscheiden
149 dabei nicht nach Herkunft oder Hautfarbe. Wir setzen uns für alle Menschen ein, die in unserer Ge-
150 sellschaft ausgegrenzt sind. Wir werden nicht zulassen, dass Geflüchtete gegen Obdachlose oder
151 Menschen mit geringen Einkommen ausgespielt werden. Alle Menschen haben ein Recht auf eine
152 Wohnung, auf gute Arbeit und Bildung und den Zugang zu Kultur. Das vor Ihnen liegende Wahlpro-
153 gramm ist unser Vorschlag für eine solidarische, ökologische und soziale Stadt. Wir möchten mit
154 Ihnen über unsere Ideen diskutieren und in den nächsten Jahren zusammen umsetzen, gemeinsam
155 mit allen alten und neuen Berlinerinnen und Berlinern.

156

157 Und eines dürfen wir nicht vergessen: Berlin ist nicht nur unsere Heimatstadt, Berlin ist auch die
158 Hauptstadt dieses Landes. Von hier aus betreibt die Bundesregierung ihre Austeritätspolitik in Euro-
159 pa, die ganze Staaten in soziales Elend führt, und von hier aus sendet sie die Bundeswehr in immer
160 neue Kriegseinsätze auf der ganzen Welt. Wir stellen uns diesem Kurs entgegen: im Bundestag und
161 hier auf Berliner Ebene. Wir streiten für eine friedliche Welt und für ein Zusammenleben aller Men-
162 schen in Europa in Würde und sozialer Gerechtigkeit. Lassen Sie uns bei der kommenden Wahl dafür
163 ein Signal aussenden.

164

165 Auch dafür werben wir um Ihre Stimmen am 18. September 2016.

166

167

168

169 **Kapitel 1**

170 **Stärkung des Öffentlichen:**

171 **Investitionsoffensive, starke Bezirke, Steuern, Finanzen**

172

173 *Die Berlinerinnen und Berliner merken täglich, dass die Stadt immer weniger funktioniert - an über-*
174 *forderten Ämtern und maroder Infrastruktur. Dabei sind die finanziellen Voraussetzungen für Investi-*
175 *tionen in eine funktionierende Stadt gar nicht so schlecht - Die Stadt macht regelmäßig Überschüsse*
176 *im dreistelligen Millionenbereich. Im Ergebnis der Aufräumarbeiten und der Konsolidierungspolitik*
177 *der rot-roten Regierung seit 2002 haben sich die Berliner Finanzen normalisiert. Aber in den vergan-*
178 *genen fünf Jahren wurde weiter Personal abgebaut und der Sanierungsstau wuchs weiter an. Wir*
179 *wollen hier konsequent umsteuern.*

180

181 *Wir schlagen ein langfristiges Investitionsprogramm in die öffentliche Infrastruktur vor, verknüpft mit*
182 *einem Beschäftigungsprogramm für Langzeitarbeitslose und Zuwanderer. Wir wollen die historisch*
183 *niedrigen Zinsen nutzen um die öffentliche Infrastruktur wieder fit zu machen. Das genießt für uns*
184 *Priorität gegenüber der Schuldentilgung.*

185

186 *Für eine handlungsfähige Verwaltung schlagen wir ein Ende abstrakter Sparvorgaben vor und eine*
187 *Ausstattung, die sich im Einzelnen danach richtet, was für eine öffentliche Dienstleistung jeweils wirk-*
188 *lich gebraucht wird. Wir brauchen attraktive Bedingungen im öffentlichen Dienst um hierfür genü-*
189 *gend fähige Menschen zu finden. Wir brauchen endlich eine übergreifende Strategie - weg von der*
190 *personalpolitischen Verantwortungslosigkeit hin zu einem Personalentwicklungskonzept, dass auf*
191 *Ausbildung und Personalgewinnung sowie Qualifizierung und Motivation der Beschäftigten setzt.*

192

193 *Wir schlagen vor die Bezirke zu stärken. Der pauschale Personalabbau muss endlich ein Ende haben,*
194 *damit die zugesagten Leistungen für Bürgerinnen und Bürger erbracht werden können. Zusätzlich*
195 *schlagen wir vor, die Bezirke finanziell in die Lage zu versetzen, eigenständig politische Schwerpunkte*
196 *zu setzen, damit Demokratie unmittelbar und vor Ort erlebt werden kann.*

197

198 *Das zivilgesellschaftliche Engagement der Berlinerinnen und Berliner, ihre Bereitschaft sich für andere*
199 *und für die Stadt einzusetzen, ist überwältigend. Das ist ein riesige Chance für die Entwicklung der*
200 *Stadt. Wir wollen sie daher als Partnerinnen und Partner von Politik und Verwaltung ernst nehmen*
201 *und beteiligen.*

202

203 **Finanzen und Haushalt**

204

205 *Berlin hat immer noch rund 60 Mrd. Euro Schulden. Aber gerade angesichts der niedrigen Zinsen*
206 *wäre es völlig falsch deshalb, jetzt auf notwendige Investitionen zu verzichten. Die Berliner Infra-*
207 *struktur wurde auf Verschleiß gefahren. Das merken die Berlinerinnen und Berliner an allen Ecken*
208 *und Enden. Deshalb braucht Berlin vor allem Investitionen in die technische und soziale Infrastruktur,*
209 *aber auch eine vernünftige Personalausstattung im öffentlichen Dienst.*

210

211 *Die finanzielle Situation Berlins hat sich normalisiert. Im Ergebnis der Aufräumarbeiten und der Kon-*
212 *solidierungspolitik der rot-roten Regierung seit 2002 hat sich, begleitet von guten wirtschaftlichen*
213 *Rahmenbedingungen, die Berliner Situation grundlegend gewandelt: Damals ein strukturelles Defizit*
214 *von mehr als 2 Milliarden Euro, heute regelmäßig Haushaltsüberschüsse im höheren dreistelligen*
215 *Millionen-Bereich.*

216

217 *SPD und CDU sind nicht in der Lage, diesen geerbten Spielraum im Interesse Berlins zu nutzen. Sie*
218 *fahren die Berliner Infrastruktur weiter auf Verschleiß, wo eine Sanierungs- und Investitionsoffensive*
219 *nötig wäre.*

220

221 **Investitionen statt neuer verdeckter Schulden**

222

223 Die entscheidende finanzpolitische Frage wird sein, wie Berlin mit diesem neu gewonnenen Spiel-
224 raum umgeht. Unser Maßstab sind dabei die Interessen der Berlinerinnen und Berliner. Wir halten es
225 aber auch finanzpolitisch für richtig zu investieren in Wohnen, Öffentliche Infrastruktur und energeti-
226 sche Sanierung - denn unterlassene Investitionen sind nichts anderes als eine neue Aufnahme von
227 Schulden – zulasten künftiger Generationen und zu viel höheren Zinssätzen als heutige Kreditmarkt-
228 konditionen.

229

230 Allerdings werden nach vier fetten Jahren die Haushaltsspielräume in Berlin wieder enger. Und das
231 Ergebnis der Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern auch für Berlin von
232 enormer Wichtigkeit sein. Die Linke hat auf Bundesebene dazu Vorschläge unterbreitet – es bleibt
233 abzuwarten, ob es eine Einigung gibt und wie sich die Einigung auf die Berliner Einnahmen auswirkt.
234 Die Linke hat die Schuldenbremse immer abgelehnt. Die Handlungsfähigkeit der von Bund, Ländern
235 und Kommunen kann nicht durch ein Verbot neue Kredite aufzunehmen gesichert werden, sondern
236 nur durch ein gerechtes Steuersystem. Aber wir können nicht ignorieren, dass die Schuldenbremse
237 ab 2020 verbietet, neue Schulden zu machen. Der Weg bis dahin ist gekennzeichnet vom Abbau der
238 Solidarpaktmittel. Wir werden daher prüfen, wie wir trotz Schuldenbremse zusätzliche Investitionen
239 in die öffentliche Infrastruktur unter Nutzung des niedrigen Zinsniveaus finanzieren können.

240

241 **Investitions- und Beschäftigungsprogramm**

242

243 Krankenhäuser, Schulen, Bäder, Straßen, Brücken, Bürogebäude – der Sanierungsstau in der Berliner
244 Infrastruktur ist nicht zu übersehen. Hinzu kommen dringend notwendige Investitionen in energeti-
245 sche Sanierungen und Barrierefreiheit. Gleichzeitig benötigt Berlin dringend mehr Schulen, mehr
246 Kitaplätze, mehr Wohnungen -kurz einen Ausbau der Infrastruktur aufgrund der wachsenden Stadt.

247

248 Schätzungen gehen davon aus, dass in den nächsten zehn Jahren ein Sanierungs- und Investitionsbe-
249 darf von mehr als rund 20 Mrd. Euro besteht. Nachdem die Stadt über Jahre auf Verschleiß gefahren
250 wurde- die letzten fünf Jahre trotz erheblicher Haushaltsüberschüsse, ist der Abbau des aufgelaufene
251 Investitionsstaus nunmehr nicht im Rahmen eines Doppelhaushalts oder einer fünfjährigen Finanz-
252 planung zu beschreiben.

253

254 Wir schlagen daher vor, ein langfristiges Investitionsprogramm für die öffentliche Infrastruktur über
255 einen Zeitraum von zehn Jahren aufzulegen. Anders als beim Prinzip SIWA von SPD und CDU, nach-
256 dem dann investiert wird, wenn zufällig Geld übrig ist, wollen wir über zehn Jahre verlässlich Investi-
257 tionsmittel zur Verfügung stellen, um die Berliner Infrastruktur wieder zu ertüchtigen. Auf der Grund-
258 lage von seriös ermittelten Bedarfen für die einzelnen Bereiche bietet ein solches Programm die
259 Möglichkeit einer langfristigen, abgestimmten Planung. Das macht Investitionsentscheidungen trans-
260 parenter und ist außerdem der beste Weg gegen Chaos und Kostenexplosion bei öffentlichen Bau-
261 projekten.

262

263 Wir schlagen weiterhin vor, dieses Investitionsprogramm mit einem Beschäftigungsprogramm zu
264 verbinden, z.B. in dem die Inanspruchnahme von Investitionsmitteln an die Beteiligung an Arbeits-
265 markt- und Qualifizierungsprogrammen geknüpft wird. So können neben den Wirtschafts- und Be-
266 schäftigungseffekten, die ein solches Investitionsprogramm ohnehin auslöst, gezielt Akzente für die
267 Integration von Langzeitarbeitslosen und Zuwanderern in den Arbeitsmarkt gesetzt werden.

268

269 Neben einer verlässlichen Finanzierung aus Haushaltsmitteln wollen wir Wege erschließen, wie trotz
270 Schuldenbremse die historisch niedrigen Zinsen genutzt werden können, um zusätzliche Investitio-
271 nen zu finanzieren. Die landeseigene Investitionsbank Berlin hat hierfür Vorschläge entwickelt.

272

273 **Einnahmen der öffentlichen Haushalte stärken**

274
275 Wir wollen die Einnahmehasis der öffentlichen Haushalte stärken. Wir halten es angesichts der aktu-
276 ellen wirtschaftlichen Entwicklung Berlins für vertretbar, den Hebesatz der Gewerbesteuer auf 450
277 von Hundert zu erhöhen. Berlin würde damit im Vergleich mit anderen großen Städten immer noch
278 im unteren Drittel liegen.

279
280 Auch im Bereich der Grunderwerbssteuer sehen wir Handlungsbedarf. Einerseits wollen wir die Um-
281 sätze im boomenden Immobilienmarkt abschöpfen. Andererseits wollen wir durch eine Reform der
282 Grunderwerbssteuer die Immobilienspekulation weniger attraktiv machen. Modelle, Grundstücksges-
283 chäfte nach ihrem Inhalt dabei unterschiedlich zu behandeln, wollen wir prüfen.
284 Unter diesen Voraussetzungen braucht Berlin in einem normalen konjunkturellen Umfeld sowie ohne
285 große Einnahmeausfälle keine neuen Schulden aufzunehmen.

286 287 **Liegenschaftspolitik: transparent und nachhaltig**

288
289 Grund und Boden ist ein natürlich begrenztes Gut. Die Verfügung darüber ist eine entscheidende
290 Ressource für die Gestaltung der Entwicklung der Stadt. Deshalb muss die Frage „Was die Stadt
291 braucht“ hier leitend sein und nicht die Frage, wie Landesvermögen möglichst meistbietend verkauft
292 werden kann.

293
294 Die Politik muss die Frage beantworten, welche Flächen für Schulen, Kitas, Grünflächen, Kultur, öf-
295 fentliche und Verkehrsinfrastruktur, wirtschaftliche Entwicklung, Wohnungsbau gebraucht werden –
296 jetzt und in Zukunft. Und wenn die nötigen Flächen nicht – oder nur am falschen Ort verfügbar sind
297 – muss eine strategische Liegenschaftspolitik dafür Sorge tragen, diese Flächen verfügbar zu machen.
298 Es geht also auch um Ankauf.

299
300 Diese neue Ausrichtung der Liegenschaftspolitik muss ihre Entsprechung in den Instrumenten des
301 Landes finden, Wir brauchen eine neue Auftragsbestimmung für Liegenschaftsfond und BIM. Wir
302 brauchen eine Neuordnung des Vermögens entsprechend der Verwendungsperspektive.
303 Und wir wollen, dass der Umgang mit dem Landesvermögen transparent erfolgt und die Stadtgesell-
304 schaft an den Entscheidungen beteiligt wird.

305
306 Die öffentliche Verwaltung muss in die Lage versetzt werden, das kommunale Vorkaufsrecht als In-
307 strument gegen Spekulation und zur Sicherung öffentlicher Interessen zu nutzen.

308 309 **Personalentwicklung und Öffentlicher Dienst**

310
311 Bis 2025 wird die Hälfte der Beschäftigten der Berliner Verwaltung allein aus Altersgründen aus-
312 scheiden, d.h. jährlich sind bis zu 5.000 Stellen neu zu besetzen. Zugleich steht der Öffentliche Dienst
313 bei der Gewinnung von Personal im Wettbewerb mit öffentlichen und privaten Arbeitgebern in Berlin
314 und Brandenburg, aber auch im Bund. Die IHK prognostiziert für den öffentlichen Dienstleistungssek-
315 tor im Berliner Raum bis 2025 einen Mangel von 58.000 Fachkräften, insbesondere in Sozial-, Verwal-
316 tungs- und Ingenieurberufen.

317
318 Bis heute jedoch hat es die Koalition aus SPD und CDU nicht geschafft, ein strategisches Personal-
319 entwicklungskonzept vorzulegen und damit auf diese Entwicklung und zugleich auf sich verändernde
320 Aufgaben der wachsenden Stadt zu reagieren. Im Gegenteil - der Senat setzt unverändert auf Perso-
321 nalabbau. Statt einer Zielzahl brauchen wir eine Einstellungsoffensive. Auch die Zielvereinbarungen
322 mit den Bezirken gehören abgeschafft.

323
324 Wir setzen uns dagegen für einen Strategiewechsel ein, dafür, dass sich auch Personalentwicklung an
325 langfristigen Zielen ausrichtet und nicht länger von gerade zufällig vorhandenen Finanzspielräumen

326 abhängig ist. Personalpolitik muss als Chefsache dem Regierenden Bürgermeister unter Leitung einer
327 Personalstaatssekretärin / eines Personalstaatssekretärs zugeordnet werden.

328

329 Die Berliner Verwaltung muss sich als attraktiver Arbeitgeber mit einer einheitlichen Arbeitgeber-
330 marke für alle Behörden präsentieren. Und es braucht Strategien für die Gewinnung von Fachkräften
331 in den Mangelberufen. Auch das Ausbildungsmarketing muss mit einer weiteren Ausweitung der
332 Ausbildungsplätze, auch für die Integration der vielen neu ankommenden Flüchtlinge verbunden
333 werden.

334

335 **Motivation und Qualifizierung**

336

337 Wir brauchen ebenso eine Qualifizierungsoffensive. Eine große Chance für die Personalgewinnung,
338 aber auch für die Motivation des vorhandenen Personals ist ein ganzheitliches und strategisches Per-
339 sonalmanagement, das insbesondere Alter, Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Gleichstellung, Par-
340 tizipation, Diversity Management, mobiles Arbeiten, Wissensmanagement und Gesundheitsma-
341 nagement integriert. Hierfür brauchen wir auskömmliche Fortbildungsbudgets.

342

343 Zugleich braucht es, nicht zuletzt angesichts der sich stetig verändernden Stadt Berlin, zielorientierte
344 Fortbildungen für Fach- und Führungskräfte zu Serviceorientierung, Partizipation, Geschlechterge-
345 rechtigkeit, Diversity Management, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, demografiesensiblen Ver-
346 waltungshandeln, Wissenstransfer, Europakompetenz.

347

348 All das ist nicht zum Nulltarif zu haben. Dazu braucht es einen verlässlichen Fortbildungsetat und
349 auch die schnellere Anpassung der Besoldung an den Bundesdurchschnitt muss finanziert werden.
350 Das war ein Versprechen der rot - roten Regierung, als die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des
351 Öffentlichen Dienstes einen großen Teil der Konsolidierung der Landesfinanzen durch langjährigen
352 Gehaltsverzicht getragen haben. Und dieses Versprechen ist noch immer nicht umgesetzt, obwohl
353 die SPD noch immer Regierungsverantwortung trägt. Deshalb muss die Besoldungsanpassung in
354 schnelleren Schritten als jährlich + 0,5 % zum Bundesdurchschnitt passieren.

355

356 **Starke Bezirke für eine starke Stadt**

357

358 Der Charme und die Chancen der Metropole bestehen in der Polyzentralität Berlins. Berlinerinnen
359 und Berliner können das erfahren, wenn die 12 Bezirke – jeder für sich eine eigene Großstadt - leis-
360 tungsfähig und angemessen ausgestattet sind. Die Berliner Bezirke haben für die Einwohnerinnen
361 und Einwohner Berlins die Funktion einer Kommune: sie sind ihre Stadt, ihr Kiez, ihr Wohnort und
362 Freizeitort, sie sind das Umfeld, das das Leben und wesentlich die Identität als Berliner ausmacht.
363 Die Verwaltung der Bezirke ist Ansprechpartnerin für die täglichen Anliegen, die Bezirksverordneten-
364 versammlungen und Bezirksämter bestimmen die politischen Ziele bei der Entwicklung in den 12
365 Großstädten.

366

367 Wenn politische Entscheidungen dort getroffen werden, wo sie ihre Wirkung haben, ist Demokratie
368 erlebbar. Die Rahmenbedingungen für direkte Demokratie und bürgerschaftliche Mitwirkung sind in
369 den Bezirken zu schaffen. Die Nähe zum demokratischen Gremium, kleine Strukturen und vor allem
370 selbstverwaltete Kommunen vermögen Konflikte zu entschärfen, die Identifikation der Menschen mit
371 der Demokratie zu stärken. Dazu gehört auch die Stärkung der demokratischen Formen der Mitwir-
372 kung und Mitbestimmung, die nicht durch Senatsentscheidungen ausgehebelt werden dürfen.

373

374 Auch die Schwerpunkte bei der Entwicklung von Kiezen, der Gemeinwesenarbeit, bei kommunaler
375 Kultur, der Jugendarbeit, bei Projekten der bezirklichen Wirtschaftsförderung, der Ausgestaltung von
376 Bürgerzentren, im Straßen- und Grünflächenbau, bei Investitionen und baulicher Unterhaltung setzt
377 der Bezirk.

378

379 **Personalausstattung in den Bezirken**

380

381 Die Rahmenbedingungen für bürgernahe Dienstleistungen sind in den Bezirken zu schaffen. Im Zent-
382 rum bezirklicher Verantwortung steht die Qualität der Aufgabenerfüllung für die Einwohnerinnen
383 und Einwohner. Voraussetzung dafür ist eine angemessene Personalausstattung der Bezirke.

384

385 Wir schlagen vor, dass alle Personalabbauvorgaben des Senats an die Bezirke aufgehoben werden.
386 Statt dessen wollen wir eine dynamische Anpassung des Personals an die zunehmenden Aufgaben.
387 Die für die Erfüllung individueller Rechtsansprüche notwendige Personalausstattung muss gesichert
388 sein. Maßstab dafür sollen für die Ausstattung verbindliche Fallzahlvorgaben für die Mitarbei-
389 ter/innen in den Leistungsbereichen sein. Die Leistungen der kommunalen Daseinsvorsorge in den
390 Musik- und Volkshochschulen oder auch in der Jugend-, Senioren- und Kulturarbeit müssen über
391 existenzsichernde Beschäftigung erbracht werden.

392

393 Personalplanung, Personalentwicklung und Organisationsberatung ist eine strategische Aufgabe von
394 gesamtstädtischer Bedeutung. Die Erfüllung individueller Rechtsansprüche – ob in den Bürgerämtern,
395 in den Kita-Gutscheinstellen, in den Sozialämtern und überall sonst – muss in der gesamten Stadt in
396 angemessener Qualität gewährleistet werden. Deshalb brauchen wir endlich ein gesamtstädtisches
397 Personalentwicklungskonzept.

398

399 **Finanzausstattung der Bezirke**

400

401 Die vom Senat zugemessene Globalsumme für bezirkliche Aufgaben und die eigenverantwortlich
402 erzielbaren Einnahmen müssen den Handlungsspielraum für politische Entscheidungen im Bezirk
403 ermöglichen. Die Zuweisung der Globalsummen allein auf Grundlage der Ergebnisse der Kosten- und
404 Leistungsrechnung (KLR) wird dem nicht gerecht. Die gegenwärtige Umsetzung des Systems der KLR
405 lässt nur wenige Spielräume für dezentrale politische Schwerpunktsetzungen in den Bezirken. Zu-
406 nehmend ist es Bezirken nur noch mittels Sonderprogrammen oder Zielvereinbarungen mit Senats-
407 verwaltungen möglich, kommunalpolitische Akzente zu setzen.

408

409 Wir schlagen deshalb vor, dass zur Stärkung der politisch gewollten Selbstverwaltung in den Bezirken
410 jedem Bezirk jeweils 7,5 Mio. € jährlich als politische Verstärkungsmittel zur Verfügung gestellt wer-
411 den. Der Einsatz dieser Mittel soll für politische Schwerpunktsetzungen der Bezirke frei verfügbar
412 sein; diese Mittel dürfen nicht über die Normierung wieder abgeschöpft werden. Zur Umsetzung des
413 Vorschlages wird ein Fondsmodell erarbeitet.

414

415 Zudem schlägt DIE LINKE vor, das Konnexitätsprinzip - d.h. den Grundsatz, dass Aufgaben- und Fi-
416 nanzverantwortung jeweils zusammengehören - in der Landesverfassung zu verankern. Aufgaben,
417 die vom Senat an die Bezirke übertragen werden, müssen vom Senat auch ausfinanziert sein.

418

419 **Investition in die soziale Infrastruktur in den Bezirken**

420

421 Zusätzlich zu den Investitionen im Zuge der wachsenden Stadt durch den Senat – wie die Förderung
422 des Baus von Schulen und Kitas – müssen auch Investitionen in die soziale Infrastruktur jenseits bau-
423 rechtlicher Verpflichtungen erfolgen. Wir schlagen vor, dass auch die soziale Infrastruktur in den
424 Bezirken von einem Sanierungs- und Investitionsprogramm profitiert. Der Bedarf Senioreneinrich-
425 tungen, Kiezklubs bzw. Nachbarschaftszentren, Jugendfreizeiteinrichtungen, Kultureinrichtungen und
426 Sportstätten usw. muss sich darin wieder finden. Im Rahmen des Programms soll den Bezirken auch
427 ermöglicht werden, den vielfach vorhandenen Sanierungsstau an bezirklichen Einrichtungen und
428 Dienstgebäuden abzarbeiten.

429

430 **Partnerschaft von Politik und Zivilgesellschaft**

431

432 Die Berlinerinnen und Berliner haben gezeigt, dass sie bereit und in der Lage sind Verantwortung für
433 ihre Stadt zu übernehmen. Sie haben in großer Zahl und mit einem überwältigendem Engagement
434 sich der der Menschen angenommen, die in unsere Stadt geflohen sind. Während Politik und Verwal-
435 tung versagt haben. Sie haben nicht nur ausgeholfen und gespendet, sondern sie haben eigenver-
436 antwortlich Konzepte entwickelt, Hilfe organisiert, Strukturen aufgebaut, „den Laden geschmissen“.
437

438 Gleichzeitig übernehmen die Berlinerinnen und Berliner Verantwortung für die Gestaltung der Stadt.
439 Sie nutzen die Möglichkeiten der direkten Demokratie mischen sich ein in Bürgerinitiativen Vereinen
440 und Verbänden.
441

442 Dieses Engagement ist ein Geschenk und eine riesige Chance für die Stadt. Wir wollen es fördern und
443 ernstnehmen. Wir wollen es nicht als Lückenbüßer, wenn Politik und Verwaltung versagen oder die
444 Verantwortung für Entscheidungen scheuen.
445

446 Wir schlagen eine Partnerschaft zwischen Politik und Zivilgesellschaft vor. Voraussetzung dafür ist die
447 Zusage der verantwortlichen Politik, alles zu tun, damit die Verwaltung ihre Aufgaben erfüllen kann
448 und die öffentliche Infrastruktur in einen funktionierenden Zustand versetzt wird.
449

450 Wir wollen, dass der Senat folgende Zusagen an die Zivilgesellschaft macht:
451 Zivilgesellschaftliches Engagement soll ernst genommen werden. Dabei hilft die Einsicht, dass die
452 Regierung nicht das Monopol auf die beste Lösung oder den einzig möglichen Weg hat.
453

454 Wenn es um die Gestaltung der Stadt geht, soll die Regierung die Beteiligung der Bürgerinnen und
455 Bürger suchen und nicht vermeiden. Deshalb sollen Entscheidungsprozesse transparent gestaltet
456 werden. Die direkte Demokratie soll ausgebaut und nicht eingeschränkt werden.
457

458 Laufende Bürgerbegehren in den Bezirken sollen nicht durch den Senat ausgehebelt werden, in dem
459 er die Kompetenz an sich zieht. Unternehmen der Daseinsvorsorge und damit öffentliche Einfluss-
460 möglichkeiten auf die Gestaltung der Stadt sollen nicht verscherbelt werden. Ziel der Entwicklung der
461 Verwaltung ist, dass sie ein Selbstverständnis als Partner der Zivilgesellschaft entwickelt.
462
463
464

465 **Kapitel 2**

466 **Sozial-ökologischer Umbau: Wirtschaft, Arbeit, Energie, Umwelt und Verkehr**

467
468 *Seit 2005 wächst die Berliner Wirtschaft mit überdurchschnittlichen Wachstumsraten. Die Arbeitslo-*
469 *sigkeit ist seitdem überdurchschnittlich gesunken. Die Grundlage für die Entwicklung wurde in der*
470 *Regierungszeit der rot-roten Koalition gelegt: Damals wurde die Wirtschaftspolitik mit einer klaren*
471 *Strategie neu ausgerichtet. Netzwerke von Unternehmen und Wissenschafts- und Forschungseinrich-*
472 *tungen (sog. Cluster) in den Wachstumsfeldern der Zukunft wurden gebildet, die Instrumente der*
473 *Wirtschaftsförderung darauf ausgerichtet und eine industriepolitische Strategie entwickelt. In den*
474 *fünf Jahren rot-schwarzer Koalition gab es in der Wirtschaftspolitik keine Weiterentwicklung, sondern*
475 *Rückschritte hinter bereits erreichtes. Auch hier wurde Berlin weit unter seinen Möglichkeiten registriert.*
476 *Aber: Auch Berlins Wirtschaft bleibt noch weit hinter ihren Möglichkeiten zurück. Die letzten fünf Jah-*
477 *re waren verlorene Jahre für die Wirtschaftspolitik.*

478
479 *Berlin kann mehr. Unsere Stadt steht wie alle großstädtischen Ballungsräume für großen gesellschaft-*
480 *lichen Herausforderungen: das städtische Energiesystem muss grundlegend umgebaut werden, wol-*
481 *len wir die Ziele der Energiewende und des Klimaschutzes erreichen. Die Bewältigung der innerstädti-*
482 *schen Verkehrsprobleme verlangen nach einer grundlegenden Verkehrswende – weg vom Auto, hin zum*
483 *Umweltverbund aus Öffentlichem Personennahverkehr, Fahrrad- und Fußgängerverkehr. Die Digitali-*
484 *sierung erfasst zunehmend alle Lebensbereiche und verändert Produktionsweisen und Dienstleistun-*
485 *gen grundlegend. In all diesen Herausforderungen liegen auch große Chancen für wirtschaftliche*
486 *Entwicklung und Beschäftigung. Berlin hat gemeinsam mit Brandenburg große Kompetenzen in der*
487 *Energietechnik, der Verkehrstechnik und der Informations- und Kommunikationstechnik. Wir wollen*
488 *diese Chancen nutzen. Berlin soll zu einer europäischen Metropole entwickeln, die eine Vorreiterrolle*
489 *bei der Lösung der Probleme großstädtischer Ballungsräume spielt. Berlin soll bis spätestens 2050*
490 *klimaneutral und in der Zukunft ein Verkehrssystem haben, in dem man ohne Auto mobil sein kann.*
491 *Wir wollen für diesen Umbau der städtischen Infrastruktur die Kompetenzen der Unternehmen und*
492 *der vielfältigen Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen in Berlin und Brandenburg nutzen.*

493
494 *Berlins wirtschaftliche Chancen liegen in den Clustern Energietechnik: Verkehr, Mobilität und Logistik;*
495 *Informations- und Kommunikationstechnologien und Medien; Gesundheitswirtschaft und Optik. Diese*
496 *unter rot-rot entwickelte Clusterstrategie gilt es weiterzuentwickeln und die in den letzten Jahren*
497 *vernachlässigte Kooperation mit Brandenburg im Rahmen der gemeinsamen Innovationsstrategie*
498 *InnoBB wieder zu vertiefen. Wir werden eine Evaluierung der bisherigen Clusterstrategie vornehmen*
499 *und insbesondere die Kooperationen und den Austausch über die Clustergrenzen hinweg entwickeln:*
500 *So z.B. stellt die Informations- und Kommunikationstechnologien im Rahmen der Digitalisierung eine*
501 *zentrale Schlüsseltechnologie in allen Sektoren dar.*

502 503 **Industriepolitik neu beleben**

504
505 *Wir wollen einen neuen Anlauf in der Industriepolitik. Industrie und die mit ihr verbundenen produ-*
506 *ktionsnahen Dienstleistungen setzen wichtige Wachstumsimpulse für alle Wirtschaftsbereich. Der*
507 *Steuerungskreis Industriepolitik beim Regierenden Bürgermeister muss reaktiviert werden. Damit die*
508 *gemeinsam zwischen Unternehmen, Gewerkschaften, Wissenschaft und Politik verabredeten Ziele*
509 *des Masterplans Industrie nicht auf dem Papier stehen bleiben, müssen für die Umsetzung des Mas-*
510 *terplans Finanzen und Personal bereitgestellt werden. Nur so kann Verbindlichkeit, Umsetzung und*
511 *Ergebniskontrolle gewährleistet werden und ist Erfolg oder Misserfolg nicht vom freiwilligen Enga-*
512 *gement einzelner abhängig.*

513 514 **Digitalisierte Wirtschaft**

515

516 Mit der Digitalisierung und Industrie 4.0. und der damit verbundenen Individualisierung der Produk-
517 tion bieten sich gerade der überwiegend aus klein- und mittelständischen Unternehmen bestehen-
518 den Berliner Wirtschafts- und Industriestruktur neue Wachstumsperspektiven. Wir wollen deshalb
519 die Kooperation der Unternehmen der Informations- und Kommunikationstechnologie und der start-
520 up-Szene mit den Industrieunternehmen und insbesondere den KMU befördern. Mit dem Aufbau
521 eines Kompetenz- und Anwendungszentrum Industrie 4.0 vor wollen wir Unterstützung für KMU in
522 der Digitalisierung leisten.

523

524 **Gründungen fördern**

525

526 Berlins Wirtschaft ist nach wie vor durch ein reges Gründungsgeschehen gekennzeichnet. Insbeson-
527 dere die innovativen Gründungen sind für die Berliner Wirtschaft von besonderer Bedeutung. Sie
528 müssen durch die Institutionen der Wirtschaftsförderung bei der Finanzierung, durch Gründungszen-
529 tren und die Bereitstellung billiger Räumlichkeiten, bei der Netzwerkbildung unterstützt werden.

530

531 Berlin hat in den letzten Jahren einen Boom der Start-up-Branche und der Internetwirtschaft erlebt.
532 Um diese Unternehmen in Berlin zu halten, gilt es ausreichend Räume für die Bedürfnisse dieser
533 Branche zur Verfügung zu stellen und enge Netzwerkbeziehungen zwischen Soft- und Hardwarebran-
534 che und Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen herzustellen.

535

536 **Wirtschaftsförderung gezielt einsetzen**

537

538 Der Einsatz der Wirtschaftsfördermittel muss auf die zentralen wirtschaftspolitischen Zielen ausge-
539 richtet sein: die Entwicklung der Cluster und die Umsetzung des Masterplans Industrie, die Unter-
540 stützung der Digitalisierung der Wirtschaft und die Kooperation von KMUs und Hochschulen und
541 Forschungseinrichtungen. Wir wollen gleichzeitig die unter Rot-Rot begonnene Politik fortsetzen, die
542 Vergabe von Fördermitteln an soziale Kriterien zu binden: eine existenzsichernde und faire Bezah-
543 lung, Begrenzung der Anwendung von Leiharbeit, Maßnahmen der Frauenförderung und Ausbildung.

544

545 **Industrie- und Forschungsstandorte**

546

547 Wir halten an dem in der rot-roten Regierungszeit entwickelten Ziel fest auf dem Gelände des Flug-
548 hafens Tegel einen modernen Industrie- und Forschungsstandort für den Einsatz urbaner Technolo-
549 gien zu entwickeln. Neueren Überlegungen zu einer stärkeren Nutzung des Areals dürfen nicht die dort
550 geplante Entwicklung als wirtschaftlicher Zukunftsort behindern. Ebenso halten wir daran fest, die
551 Gebäude des ehemaligen Flughafens Tempelhof zu einem Standort für die Kreativ- und Kulturwirt-
552 schaft zu entwickeln.

553

554 **Möglichkeiten öffentlicher Auftragsvergabe nutzen**

555

556 Die öffentliche Hand in Berlin vergibt jährlich Aufträge in einem Volumen von 4-5 Milliarden Euro.
557 Mit dem Berliner Vergabegesetz unter Rot-Rot haben wir die Vergabe öffentlicher Aufträge an die
558 Zahlung eines Mindestentgelts, ökologische Kriterien und Maßnahmen der Frauenförderung gebun-
559 den. Die Kontrolle dieser Kriterien ist jedoch unzureichend. Wir schlagen vor, die Vielzahl der Verga-
560 bestellen pro Verwaltung auf eine Vergabestelle zu konzentrieren und zu qualifizieren und personell
561 so auszustatten, dass sie ihrer gesetzlichen Kontrollaufgabe auch nachkommen kann. Ebenso muss
562 die zentrale Kontrollgruppe personell aufgestockt werden, damit sie aktiv Stichprobenkontrollen
563 durchführen kann.

564

565 **Ein Stadtwerk der Berlinerinnen und Berliner**

566

567 Die öffentlichen Unternehmen Berlins sind ein wichtiger Wirtschafts- und Beschäftigungsfaktor. Hier
568 finden ca. fünfzigtausend Menschen Arbeit und werden grundlegende Aufgaben der Daseinsvorsorge
569 erbracht. Berlins öffentliche Unternehmen sind unter Rot-Rot wieder auf eine solide wirtschaftliche
570 Basis gestellt worden. Wir haben gezeigt, dass auch Unternehmen in der öffentlichen Hand wirt-
571 schaftlich erfolgreich sein können und gute Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger erbringen
572 können. Deshalb lehnen wir Privatisierungen von Unternehmen der öffentlichen Daseinsvorsorge ab.
573 Wir wollen nach dem Vorbild Bremens eine „Privatisierungsbremse“ in die Berliner Verfassung auf-
574 nehmen, nach der öffentliche Unternehmen ganz oder teilweise nur dann veräußert werden dürfen,
575 wenn dem eine Mehrheit der Berlinerinnen und Berliner in einem Volksentscheid zustimmt. Wir wol-
576 len eine Stärkung des Öffentlichen. Deshalb treten wir unter anderem für eine Rekommunalisierung
577 der Energienetze und den Aufbau eines Stadtwerkes als öffentlichem Energieversorger- und dienst-
578 leister ein. Wir wollen auch gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern Modelle erweiterter de-
579 mokratischer Kontrolle und Transparenz der öffentlichen Unternehmen suchen. Die Stadt Paris hat
580 gezeigt, dass nach der Rekommunalisierung der Wasserbetriebe mehr Demokratie und Bürgermitbe-
581 stimmung möglich ist.

582

583 **Überregionales Wirtschaften**

584

585 Berlin muss seine Rolle im Netzwerk der europäischen Hauptstädte und in der Oder-Partnerschaft
586 wieder stärker wahrnehmen, um die Vorteile einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit für die Wirt-
587 schafts- und Arbeitsmarktpolitik und die Entwicklung der sozialen und kulturellen Beziehungen zu
588 nutzen. Auch diese Chancen einer grenzüberschreitenden Kooperation sind von der rot-schwarzen
589 Koalition nur unzureichend bis gar nicht genutzt worden.

590

591 **Tourismus als Wirtschaftsfaktor**

592

593 Berlins Attraktivität für in- und ausländische Besucher ist ungebrochen. Der Tourismus ist einer der
594 wichtigsten Wirtschaftszweige der Stadt. Die Tourismusbranche bietet vielen Menschen Arbeitsplät-
595 ze – allerdings oft in schlecht bezahlten und prekären Beschäftigungsverhältnissen. Der Tourismus-
596 boom ist aber auch mit Begleiterscheinungen verbunden, die die Stadt und ihre Bewohner vor allem
597 in den Innenstadtbezirken stark belasten. Bierbikes und Reisebusse auf den Straßen, Rollkoffer- und
598 Partylärm in den Kiezen. Wir wollen gemeinsam mit den Bezirken, betroffenen Anwohnern und der
599 Tourismuswirtschaft ein stadtverträgliches Tourismuskonzept entwickeln. Dazu gehört auch die Ver-
600 hinderung der Verdrängung von Geschäften und Gewerbe in gewachsenen Kiezen durch Geschäfte,
601 die nicht auf die Versorgung der ansässigen Bevölkerung sondern touristisch ausgerichtet sind.

602

603 **Gute Arbeit von der man leben kann**

604

605 DIE LINKE will „Gute Arbeit“ für alle. Von „Guter Arbeit“ muss man leben können, sie darf nicht krank
606 machen und muss Rahmenbedingungen schaffen, die individuelle Lebenssituationen und -phasen
607 berücksichtigt. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass Arbeit nicht nur gerecht entlohnt wird, sondern
608 auch gute Arbeitsbedingungen festgeschrieben werden. Ausbildung und Fortbildungsmaßnahmen
609 sollen allen Berlinerinnen und Berlinern, die das möchten, Erwerbsarbeit ermöglichen. Wir kämpfen
610 gegen unsichere und prekäre Beschäftigung und arbeiten dafür, dass die Diskriminierung in der Er-
611 werbsarbeit abgebaut wird. Existenzsichernde Arbeitsplätze abzusichern und zu schaffen ist für dabei
612 ebenso eine zentrale Aufgabe, wie Erwerbslosigkeit abzubauen.

613

614 **Gute Arbeit statt prekärer Beschäftigung**

615

616 Berlin ist nach wie vor Hauptstadt prekärer Beschäftigung. Das müssen wir ändern. Wir wollen prekäre
617 Arbeitsverhältnisse eindämmen. Für die Beschäftigten bedeuten sie in der Regel schlechte Ent-
618 lohnung und kaum berufliche Perspektiven. Viele müssen ihren Verdienst mit staatlichen Leistungen
619 aufstocken. Das gilt in Berlin vor allem für nicht existenzsichernde Teilzeitarbeitsplätze und Minijobs

620 besonders im Dienstleistungsbereich, von denen viele Frauen betroffen sind. Auch Leih- und Zeitar-
621 arbeit ist in den letzten Jahren enorm angestiegen, ebenso wie die Zahl der Werkverträge. Damit wer-
622 den Tätigkeiten an prekär beschäftigte Vertragsnehmerinnen und –nehmerinnen ausgelagert, die
623 eigentlich durch reguläre Beschäftigung zu erledigen wäre. Um diesen Missbrauch einzudämmen,
624 muss die Bundesregierung endlich entsprechenden Regelungen schaffen. In Berlin wollen wir die
625 vorhandenen Spielräume nutzen. DIE LINKE will die Regelungen in der Berliner Wirtschaftsförderung
626 so ausweiten, dass Leiharbeit auf ein Mindestmaß begrenzt wird und die Nutzung von Werkverträgen
627 zur Umgehung von Tarifverträgen zum Ausschluss von der Förderung führt.

628

629 Auch will DIE LINKE in Berlin entschlossen gegen sittenwidrige Entlohnung vorgehen. Andere Bundes-
630 länder haben gezeigt, dass eine gemeinsame Strategie mit der Bundesagentur für Arbeit gegen sit-
631 tenwidrige Entlohnung erfolgreich sein kann. Der Kampf gegen Lohndumping wird nur dann erfolg-
632 reich sein, wenn die Betroffenen bei der Durchsetzung ihrer Rechte unterstützt werden. Deshalb
633 brauchen wir Erstberatungsstellen, die allen Menschen kostenfrei zugänglich ist.

634

635 **Tarifbindung stärken**

636

637 Auch im öffentlichen Bereich und der sozialen Arbeit müssen prekäre Arbeitsverhältnisse ab- und
638 tarifliche Strukturen ausgebaut werden. In den landeseigenen Betrieben wurden Arbeiten ausgelagert.
639 Dies hat häufig zu einer Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse geführt. Das wollen wir ändern.

640

641
642 Arbeitsbedingungen und Entlohnung vor allem im sozialen Bereich sind sehr unterschiedlich. Die
643 Schere zwischen privatem Sektor und öffentlichem Dienst wird immer größer. Die soziale Infrastruk-
644 tur ist für die Gesellschaft und unsere Stadt unverzichtbar. Wir wollen, dass sie von qualifizierten
645 Beschäftigten in „Guter Arbeit“ erbracht werden. Die Bewilligung von staatlichen Geldern in diesen
646 Bereichen muss daher schrittweise an die tarifliche Entlohnung gekoppelt werden. Deshalb schlagen
647 wir zur Stärkung der Tarifbindung im Zuwendungsbereich ein Landes-Tarifbindungsgesetz vor. Damit
648 einhergehen muss eine entsprechende Erhöhung der Zuwendungen an die Träger sozialer Arbeit.

649

650 **Gute Arbeit in einer digitalisierten Gesellschaft**

651

652 Die Digitalisierung der Gesellschaft verändert die Gesellschaft und die Produktionsweise. Auch in
653 Berlin erleben wir gegenwärtig erhebliche Veränderungen. Start ups boomen, cloud-computing er-
654 laubt die Zerlegung und Auslagerung ganzer Produktionsabläufe aus den herkömmlichen Betriebs-
655 stätten. Soloselbständige IT-WorkerInnen übernehmen Aufgaben, die ehemals reguläre Beschäftigte
656 inne hatten. Das birgt Chancen und Risiken. DIE LINKE in Berlin setzt sich vor allem für eine gute Ent-
657 lohnung der Erwerbstätigkeit von Beschäftigten in der IT-Branche ein. Auch hier müssen im Rahmen
658 von Wirtschaftsförderung Werkverträge und prekäre Beschäftigungsverhältnisse eingedämmt wer-
659 den. Darüber hinaus wollen wir eine Initiative für mehr Zeitsouveränität starten. Die Grenze zwischen
660 Erwerbsarbeit und Privatleben darf nicht weiter verschwimmen wird. In einem Modellprojekt soll
661 dies zuerst für den Öffentlichen Dienst erprobt werden. Gleichzeitig wollen wir Möglichkeiten schaf-
662 fen, dass neuere Modelle wie Co-Working-Spaces unterstützt werden.

663

664 **Gute Arbeit in einem bürgerfreundlichen öffentlichen Dienst**

665

666 DIE LINKE setzt sich ein für eine bürgerfreundliche Verwaltung, deren Aufgaben sich daraus ableiten,
667 was die Stadt und die Bürgerinnen und Bürger brauchen. Notwendig dafür ist ausreichendes und gut
668 qualifiziertes Personal sowie gute Bezahlung und gute Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten.

669 DIE LINKE fordert mehr Personal und eine entsprechende Personalentwicklungsplanung. Der öffentli-
670 che Dienst und die landeseigenen Betriebe müssen eine Vorreiterrolle bei der Entwicklung guter
671 Arbeitsbedingungen einnehmen. DIE LINKE hat ein Personalkonzept für den öffentlichen Dienst vorge-
672 legt, das dies berücksichtigt. Dazu gehören alternsgerechte Arbeitsbedingungen, die Vereinbarkeit

673 von Beruf und Familie, die Gleichstellung von Frauen und Männern, die interkulturelle Öffnung und
674 der Abbau von Diskriminierung von Menschen mit Behinderung und Einwanderungsgeschichte. Die
675 Arbeitsorganisation muss verbessert werden, z.B. durch mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten der
676 Beschäftigten über ihre Arbeitsgestaltung und –inhalte. DIE LINKE will eine Qualifizierungsoffensive
677 für die Beschäftigten in der öffentlichen Verwaltung sowie für Erwerbslose. Für letztere müssen die
678 landeseigenen Unternehmen sowie der öffentliche Dienst, ob in Verwaltung, Kitas, Schulen oder
679 Krankenhäusern im Rahmen einer Qualifizierungsoffensive neue Perspektiven öffnen.

680

681 **Beschäftigung schaffen, Ausbildung, Weiterbildung, Qualifizierung verbessern**

682

683 Wir setzen auf die Sicherung von Ausbildung, Bildung und Qualifizierung für alle, denn dies ist eine
684 Voraussetzung, um Beschäftigung zu sichern. Alle Jugendlichen, die dies wollen, sollen eine Ausbil-
685 dung absolvieren können. Obwohl viele Unternehmen über einen Fachkräftemangel klagen, nehmen
686 sie ihre Verantwortung für die Sicherung einer betrieblichen Ausbildung nicht wahr. Deshalb wollen
687 wir mit den Gewerkschaften, den Kammern und dem Land Brandenburg in eine Diskussion über eine
688 Ausbildungsplatzabgabe in Berlin führen. Wir wollen die Verbundausbildung stärken. Wenn mehrere
689 Betriebe sich an der Ausbildung beteiligen und dabei unterstützt werden, trägt dies nicht nur zu
690 mehr Ausbildungsplätzen und einer Verbesserung der Ausbildungsqualität bei, sondern erleichtert
691 vor allem kleinen und mittleren Betrieben die berufliche Ausbildung.

692

693 In Berlin wurde mit der Einrichtung von Jugendberufsagenturen begonnen. Hier soll Beratung und
694 Betreuung unter einem Dach angeboten werden. Allerdings fehlt es in den Bezirken an ausreichend
695 finanziellen und personellen Ressourcen. Dies ist aber Voraussetzung für einen Erfolg. Auch ist eine
696 stärkere zielgruppenspezifische Förderung nötig. Dazu gehören z.B. verbindliche Regelungen für die
697 berufliche Förderung von Mädchen und jungen Frauen, jungen Menschen mit Migrationshinter-
698 grund, Alleinerziehenden oder jungen Menschen mit Behinderung. DIE LINKE will das Konzept der
699 Jugendberufsagenturen, gemeinsam mit den bezirklichen Akteuren, entsprechend verändern und mit
700 ausreichenden Ressourcen ausstatten. Der rasante Wandel der Arbeitswelt erfordert ständige Qualifi-
701 zierung. DIE LINKE setzt sich daher für ein umfassendes Konzept einer zukunftsträchtigen beruflichen
702 Aus- und Weiterbildung ein. Dabei muss der Schwerpunkt auf passgenaue Qualifizierungsangebote
703 gelegt werden, die die individuellen Bedarfe, aber auch vorhandenen Stärken ermitteln und darauf
704 aufbauen. Alle Beratungsangebote müssen schrittweise barrierefrei gestaltet und interkulturell ge-
705 öffnet werden.

706

707 **Diskriminierung abbauen**

708

709 DIE LINKE will den Abbau von Diskriminierungen in der Erwerbsarbeit vorantreiben. Unterschiedli-
710 chen Lebensentwürfen und –situationen muss ebenso Rechnung getragen werden, wie der Vielfalt
711 der Kulturen. Die öffentlichen Verwaltungen und die landeseigenen Betrieben müssen hier eine Vor-
712 reiterrolle übernehmen.

713

714 Nach wie vor verdienen Frauen nicht nur weniger als ihre männlichen Kollegen, sie haben auch
715 schlechtere Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Deshalb will Die LINKE eine Offensive für existenzsi-
716 chernde Arbeitsplätze und gleiche Aufstiegschancen für Frauen starten. Gleichzeitig wollen wir be-
717 sondere Unterstützungsmaßnahmen für Menschen mit Kindern und pflegebedürftigen und/oder
718 behinderten Familienangehörigen wie z.B., flexible Kinderbetreuung oder die Ausweitung der Pflege-
719 angebote ausbauen. Um den Abbau von Diskriminierung in Wirtschaftsunternehmen voranzutreiben,
720 will DIE LINKE die Schaffung von dauerhaften Arbeitsplätzen für Menschen mit Einwanderungsge-
721 schichte und Menschen mit Behinderung ausgeweitet werden.

722

723 **Ausbildung und Beschäftigung enthindern!**

724

725 DIE Linke will den Weg hin zu einem inklusiven Ausbildungs- und Arbeitsmarkt vorantreiben. Dafür
726 wollen wir ein Landesprogramm ein zur Schaffung und Sicherung von Ausbildungsplätzen und sozial-
727 versicherungspflichtigen und existenzsichernden Arbeitsplätzen auf dem ersten Arbeitsmarkt für
728 Menschen mit Behinderungen. Und mit einem Modellprojekt „Budget für Arbeit“ wollen wir den
729 Wechsel von der Beschäftigung in einer Werkstatt für Behinderte auf einen Arbeitsplatz im ersten
730 Arbeitsmarkt fördern.

731

732 **Geflüchtete und MigrantInnen willkommen!**

733

734 DIE LINKE. Berlin will, dass Geflüchtete und Eingewanderte eine gelebte Willkommenskultur und
735 Starthilfe für alle wichtigen Belange erhalten. Berlin ist eine internationale Metropole, aber nach wie
736 vor haben Menschen mit Einwanderungsgeschichte einen schlechteren Zugang zur Erwerbsarbeit.
737 Viele Unions-Bürgerinnen und -Bürger, davon etliche aus den krisengebeutelten EU-
738 Mitgliedsstaaten, die ihr Grundrecht auf Arbeitnehmerfreizügigkeit wahrnehmen, erfahren dies als
739 Diskriminierung und sind von ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen bedroht. Dies gilt auch für die
740 geflüchteten Menschen, die hier Aufnahme suchen. Deshalb will DIE LINKE den Ausbau und die Ver-
741 netzung der existierenden Anlauf- und Beratungsstellen vorantreiben. Für geflüchtete Menschen
742 ist der schnelle Zugang zum Arbeitsmarkt zentral. Nur so können sie sich ein eigenständiges Leben
743 und eine Perspektive aufbauen. DIE LINKE wird sich weiterhin für einen Anspruch auf die Teilnahme
744 an kostenlosen Deutschkursen einsetzen. Auch wollen wir, dass schnell die im Ausland erworbenen
745 Abschlüsse und Kompetenzen festgestellt werden, damit der Berufsanerkennungsprozess bzw. Quali-
746 fizierungsmaßnahmen eingeleitet werden können. DIE LINKE hat ein flüchtlingspolitisches Konzept
747 vorgelegt, das Vorschläge für ein abgestimmtes Konzept zwischen allen Akteuren aufzeigt. Auch sind
748 klare Regelungen für die Zusammenarbeit der unterschiedlichen Verwaltungen notwendig. Es ist
749 nicht hinnehmbar, dass Ratsuchende an der fehlenden interkulturellen Kompetenz und der fehlen-
750 den Zusammenarbeit von Verwaltungen scheitern.

751

752 **Erwerbslosigkeit abbauen – neue Berufsperspektiven eröffnen**

753

754 Auch wenn die Erwerbslosigkeit in Berlin zurückgeht, gibt es noch immer viele Menschen, die lang-
755 zeiterwerbslos sind. Die Bundesregierung hat die Arbeitsförderung immer weiter heruntergefahren.
756 Im Ergebnis reichen die Angebote für Arbeitsmarktmaßnahmen nicht mehr aus, die Chancen auf
757 sinnvolle Qualifizierungen und existenzsichernde Arbeit werden immer geringer.

758 DIE LINKE Berlin will nicht alleine durch eine Qualifizierungsoffensive für Erwerbslose im öffentlichen
759 Dienst Stellen schaffen, sondern im Zusammenhang mit unserem Investitionsprogramm das Landes-
760 programm „Stelle statt Stütze“ neu auflegen. Unternehmen, die unbefristete Arbeitsplätze für Er-
761 werbslose schaffen, sollen darüber eine finanzielle Förderung der Lohnkosten für 9-12 Monate erhal-
762 ten. Gleichzeitig kann die Qualifizierung und Beratung dieser neuen Beschäftigten aktiv unterstützt
763 werden. Noch immer ist die Bundesregierung nicht bereit Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzia-
764 ren und setzt auf kurzfristige Beschäftigungsmaßnahmen. Die LINKE wird sich weiterhin für eine
765 Wende in der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik einsetzen, hin zu langfristig öffentlich geför-
766 derten Beschäftigungsmaßnahmen zu tariflichen Bedingungen. In Berlin wollen wir ein Landespro-
767 gramm „Gemeinwohlarbeit“ einrichten. Hier sollen Arbeitsplätze geschaffen werden, die der Stär-
768 kung des sozialen Zusammenhalts dienen. Diese Arbeitsplätze müssen tariflich entlohnt werden,
769 sofern keine tarifliche Bindung besteht, gelten die Mindestlohnbedingungen. Für Langzeiterwerbslo-
770 se können damit neue berufliche Perspektiven eröffnet werden. Auch sind Qualifizierungen notwen-
771 dig, damit die Durchlässigkeit zum ersten Arbeitsmarkt gegeben ist.

772

773 **Jobcenter verändern**

774

775 Viele Berlinerinnen und Berliner erleben die Jobcenter als Bedrohung und nicht als eine Institution,
776 die sie berät und unterstützt. Dort fehlt es an Personal, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind
777 überlastet. Sie müssen in erster Linie Vorgaben der Bundesagentur erfüllen, die individuelle Beratung

778 der Erwerbslosen bleibt auf der Strecke. Auch sind die Berliner Jobcenter noch immer nicht auf die
779 Vielfalt der Stadtgesellschaft vorbereitet- es gibt nicht genug Sprachmittler und es gibt zu wenige
780 Angebote für die unterschiedlichen Gruppen von Erwerbslosen. Hinzu kommt, dass die kommunalen
781 Leistungen, wie Schuldner- und Suchtberatung oder Kinderbetreuung, nicht bei denjenigen ankom-
782 men, die sie benötigen. Diese sind aber oftmals eine Voraussetzung um eine Erwerbsarbeit zu finden.
783 Hartz IV war schon bei seiner Entstehung mit heißer Nadel gestrickt und hat sich im Zuge seiner vie-
784 len Reformierungen immer weiter zu einem bürokratischen Monster ausgewachsen. Wir wollen die-
785 ser Entwicklung weiterhin entgegensteuern. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die Spielräume und
786 der Einfluss auf Landesebene gestärkt wird. DIE LINKE will auch, dass die Regelungen für die Kosten
787 der Unterkunft- die AV Wohnen- so ausgestaltet werden, dass sie endlich realitätstauglich sind. Die
788 geltenden Richtwerte reichen oftmals nicht.

789

790 **Energieversorgung und Klimaschutz – sozial und ökologisch**

791

792 Um den Klimawandel und dessen Auswirkungen zu begrenzen ist auch in Berlin eine deutliche Re-
793 duktion des Ausstoßes von Klimagasen erforderlich. Eine Verringerung des CO₂-Ausstoßes um 80%
794 bis 2050 gegenüber 2012 ist notwendig und möglich, wie nicht zuletzt die Machbarkeitsstudie „Kli-
795 maneutrales Berlin 2050“ gezeigt hat. Die Umsetzung der notwendigen Maßnahmen kann jedoch
796 nicht im Vertrauen auf den Markt den großen Konzernen überlassen werden. Die Energieversorgung
797 ist wesentlicher Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge. In der Hand großer Konzerne orientiert
798 sich ihre Ausgestaltung vor allem an deren Profitinteressen und weniger am Interesse der Berlinerinnen
799 und Berliner. DIE LINKE will eine Energieversorgung auf sozialer, demokratischer, öffentlicher
800 und erneuerbarer Grundlage, gestaltenden öffentlichen Einfluss auf die Energieinfrastruktur um Ber-
801 lin fit für die Energiewende zu machen und tritt gegen die Abwälzung der Kosten auf Mieter, Ver-
802 braucher und arme Haushalte ein. Wenn es nicht gelingt, die Energiewende sozial gerecht zu gestal-
803 ten und mit einem sozial-ökologischen Umbau zu verbinden, wird sie scheitern.

804

805 **Für ein starkes ökologisches Bürgerstadtwerk**

806

807 600.000 Berlinerinnen und Berliner stimmten im November 2013 für die Rekommunalisierung der
808 Stromnetze und die Gründung eines starken Stadtwerks. Nur knapp scheiterte das Volksbegehren an
809 der zu geringen Beteiligung, nachdem die SPD/CDU Koalition eine Zusammenlegung mit den Bundes-
810 tagswahlen verhindert hat. Das von der SPD-CDU-Koalition gegründete Stadtwerk ist aufgrund der
811 durch die Koalition aufgelegten Beschränkungen zu einem Nischendasein verdammt. DIE LINKE will,
812 den Aufbau eines starken, für die Öffentlichkeit wahrnehmbaren Stadtwerks, das einen relevanten
813 Beitrag für die Energiewende und den Klimaschutz leistet. Jede Berlinerin und jeder Berliner soll
814 Kunde des Stadtwerks werden können. Das Stadtwerk soll seine eigenen Erzeugungskapazitäten de-
815 zentral und ökologisch ausbauen, Energiespardienstleistungen anbieten, helfen Energiearmut zu
816 verhindern, die energetische Modernisierung vor allem des öffentlichen Gebäudebestandes unter-
817 stützen und eine Plattform für Bürgerbeteiligung im Energiebereich bieten. Hierfür braucht es eine
818 deutlich verbesserte Eigenkapitalausstattung sowie eine Aufhebung der gesetzlichen Beschränkun-
819 gen.

820

821 **Energienetze rekommunalisieren und für die Energiewende fit machen**

822

823 Die Energienetze sind zentrale Infrastrukturen der Stadt. Sie haben eine große Bedeutung für die
824 Umsetzung der Energiewende und zur Erreichung der Klimaziele. Sie gehören unter öffentliche Kon-
825 trolle, um Versorgungssicherheit und Investitionen für die Energiewende zu gewährleisten. Während
826 für private Netzbetreiber das Erzielen einer höchstmöglichen Rendite im Vordergrund steht, ermögli-
827 chen rekommunalisierte Energienetze die Ausrichtung der Geschäftspolitik an den energie-, wirt-
828 schaft-, sozial- und demokratiepolitischen Zielen des Landes. Gewinne gehen nicht an private Kon-
829 zerne, sondern können für Investitionen in die Netze, zum Ausbau ökologischer Energieproduktion,
830 zur Verhinderung von Energiearmut oder den Ausbau des ÖPNV verwendet werden.

831
832 Zahlreiche Berlinerinnen und Berliner und auch die Enquete-Kommission „Neue Energie für Berlin“
833 wollen die Rekommunalisierung der Energienetze. Der Berliner SPD-CDU-Senat ist jedoch dabei, die
834 Chance, das Gas- und das Stromnetz im Rahmen des alle 10-20 Jahre erforderlichen Konzessionsver-
835 fahrens wieder in kommunale Hand zu bringen, leichtfertig zu verspielen. Um die Energienetze wie-
836 der zu rekommunalisieren, ist die DIE LINKE für einen Neustart des Konzessionsverfahrens für die
837 Stromnetze, für eine mindestens mehrheitliche Beteiligung an der GASAG bei unternehmerischer
838 Führung durch das Land und die gründliche Prüfung einer solchen an den Fernwärmenetzen. Ziel der
839 LINKEN ist die vollständige Rekommunalisierung von Strom-, Gas- und Fernwärmenetz. Das bislang
840 unregulierte Fernwärmenetz soll hinsichtlich der Preise und des Netzzugangs Dritter durch Landesge-
841 setz reguliert werden.

842 843 **Klimaneutrales Berlin 2050 – Weichen heute sozial und ökologisch stellen**

844
845 Berlin hinkt bei der Umsetzung von Maßnahmen zur Erreichung der Klimaziele weit hinterher. Die
846 letzte Legislaturperiode waren weitgehend verschenkte Jahre, der CO₂-Ausstoß in Berlin steigt sogar
847 wieder an. Die Koalition aus SPD und CDU beschränkt sich weitgehend auf Ankündigungen und die
848 Erstellung von Konzepten. Auch das kurz vor Ende der Legislaturperiode verabschiedete „Energie-
849 wendegesetz“ setzt diese Politik des Klimaschutzes durch Papierproduktion fort. Das meiste hätte
850 der Senat bereits die letzten fünf Jahre auch ohne ein Gesetz angehen können. Um die Klimaziele zu
851 erreichen muss Berlin endlich Maßnahmen umsetzen und die öffentliche Hand eine Vorreiterrolle
852 einnehmen. Beispielsweise sollen die energetische Sanierung öffentlicher Gebäude auf der Grundla-
853 ge von Sanierungsfahrplänen vorangetrieben werden und alle öffentlichen Gebäude auf die Eignung
854 zur Installation erneuerbarer Energien geprüft werden. Zur effizienteren Steuerung der Energiewen-
855 de wollen wir die Zuständigkeit für Energie in einem Ressort bündeln, ein Steuerungskreis Energie-
856 wende einrichten und das Stadtwerk ausbauen. Die Enquete-Kommission „Neue Energie für Berlin“
857 und das Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm haben zahlreiche Vorschläge für Berlin entwi-
858 ckelt.

859 860 **Erneuerbare Energien in Berlin ausbauen – urbane Potentiale nutzen**

861
862 Berlin verfügt über große Potentiale zur Gewinnung von Energie aus erneuerbaren Quellen, vor allem
863 bei Photovoltaik und Solarthermie, die bislang weitgehend ungenutzt bleiben. Photovoltaik trägt
864 bislang erst etwa 0,6 Prozent zur Stromerzeugung Berlins bei, während das Potential auf bis zu 25%
865 geschätzt wird. Wir wollen die Nutzung des erneuerbaren Energiepotentials vorantreiben, indem
866 beispielsweise das Stadtwerk Mieterstrommodelle vorantreibt, die Forschung zur urbanen Solarnut-
867 zung in Berlin intensiviert wird, Informations- und Beratungsangebote ausgeweitet und alle öffentli-
868 chen Gebäude auf Eignung zur Nutzung der Dachflächen geprüft werden. Um Erneuerbare Energien
869 auch im Altbaubestand voranzubringen, sollte das Land Berlin die Öffnungsklausel des EEWärmeG
870 nutzen. Berlin sollte bei der Ausschreibung des Strombezugs künftig dem Vorschlag des Umweltbun-
871 desamtes folgen, da hierdurch stärker Investitionen in neue Anlagen zur Nutzung Erneuerbarer Ener-
872 gien angeregt werden. Aus der Braunkohlenutzung wollen wir in Berlin bis 2020 und aus der Stein-
873 kohlenutzung bis spätestens 2030 vollständig austeigen. Wir erwarten, dass Vattenfall die Vereinba-
874 rungen aus der Klimaschutzvereinbarung umsetzt und entsprechende Investitionsentscheidungen
875 trifft.

876 877 **Energiearmut bekämpfen**

878
879 Steigende Kosten für Strom, Gas und Wärme werden für immer mehr Haushalte Berlins zu einer gro-
880 ßen Belastung. In 2014 wurde über 16.000 Haushalten Berlins der Strom und über 2000 Haushalten
881 das Gas abgestellt, da sie ihre Rechnungen nicht mehr bezahlen konnten. Um Energiearmut zu ver-
882 meiden muss der Energieverbrauch bezahlbar bleiben. Wir streiten deshalb auf Bundesebene für
883 eine Abschaffung ungerechtfertigter Industrierabatte, die Verpflichtung der Stromversorger zur Ein-

884 führung von Sockeltarifen für ein Grundkontingent an Strom und Regelungen zur Verhinderung von
885 Strom-, Gas, Wasser und Fernwärmesperren. Wir wollen die Energieeinsparberatung ausbauen und
886 einkommensschwache Haushalte bei der Anschaffung energieeffizienter Neugeräte unterstützen. Die
887 Beachtung der Härtefallregelung bei Strom- und Gassperren muss sichergestellt werden.

888

889 **Klimaschutz braucht Mieterschutz**

890

891 Viele Mieterinnen und Mieter Berlins sind von massiven Mieterhöhungen aufgrund von auf die Mie-
892 ter umgelegten Maßnahmen zur energetischen Sanierung betroffen. Die auf die Mieter abgewälzten
893 Modernisierungskosten stehen oft in keinem angemessenen Verhältnis zu den möglichen Heizkosten-
894 einsparungen, manchmal verwenden Vermieter die Möglichkeit der Umlage, um Wohnungen zu
895 entmieten und teuer neu zu vermieten. Zwar ist die energetische Sanierung des Altbaubestandes aus
896 Gründen des Klimaschutzes erforderlich, jedoch darf dies nicht zu Lasten der Mieterinnen und Mieter
897 gehen.

898

899 DIE LINKE will daher die Modernisierungsumlage zunächst deutlich von 11 auf 5 Prozent senken und
900 mittelfristig ganz abschaffen. Darüber hinaus muss die Mietsteigerung in einem angemessenen Ver-
901 hältnis zur Heizkosteneinsparung stehen. Durch eine im Bundesgesetz und als Bedingung für Landes-
902 förderprogramme festgeschriebene Pflicht zur Vorlage von Modernisierungsvarianten und Wirt-
903 schaftlichkeitsberechnungen sowie zu begleitender Mieterberatung bei Modernisierungsankündi-
904 gungen soll die Kontrolle und die Mitbestimmung durch die Mieterinnen und Mieter verbessert wer-
905 den. Jedoch ist das Mietrecht im wesentlichen Bundesrecht. In Berlin will DIE LINKE durch Landesför-
906 derprogramme und bauordnungsrechtliche Instrumente (wie z.B. Milieuschutzgebiete) die Moderni-
907 sierungsumlage senken und gestaltend auf die durchgeführten Modernisierungsmaßnahmen einwir-
908 ken. Darüber hinaus sollten die Richtsätze für die Angemessenheit der Mietzuschüsse für Transfer-
909 geldbezieherInnen Öffnungsklauseln enthalten, so dass keine/r wegen energetischen Modernisie-
910 rungen ausziehen muss.

911

912 **Mobilität und Verkehr**

913

914 Der Zugang zu Mobilität soll weder vom Wohnort, vom Besitz eines PKW, vom Gesundheitszustand
915 noch vom Geldbeutel abhängen. Das ist unser Ziel. Mobilität ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsor-
916 ge. Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) mit Bussen und Bahnen ist daher auch unter öffent-
917 licher Kontrolle zu organisieren. Nur so kann Mobilität demokratisch, ökologisch und barrierefrei
918 weiterentwickelt, können die Kosten gerecht verteilt, und die Vernetzung der verschiedenen Ver-
919 kehrsmittel vorangetrieben werden. Doch der öffentliche Nahverkehr soll nicht nur öffentlich finan-
920 ziert und kontrolliert werden, sondern die Berlinerinnen und Berliner sollen auch bei Planung und
921 Ausbau mitreden dürfen. Alle Möglichkeiten zur Beteiligung der Bevölkerung an der weiteren Ent-
922 wicklung des ÖPNV im umweltgerechten Zusammenspiel der Verkehrsmittel, dem »Umweltver-
923 bund«, müssen genutzt werden. Dazu ist es erforderlich, den »Umweltverbund« so weiter zu entwi-
924 ckeln, dass die Attraktivität der Verkehrsdienstleistungen den Verzicht auf ein eigenes Auto unter-
925 stützt. Die Fahrpreise müssen dauerhaft und spürbar gesenkt

926

927 Unsere Stadt wächst rasant und damit wachsen auch die Anforderungen an ein ökologisches Ver-
928 kehrssystem in Berlin. Die hauptsächlich vom Autoverkehr verursachte Produktion von CO², Fein-
929 staub und Lärm muss dringend verringert werden. In den letzten Jahren benutzen immer mehr Men-
930 schen Fahrrad, Bus und Bahn für ihre Wege in der Stadt.

931

932 Bus und Bahn sind in den Innenstadtbezirken deutlich besser ausgebaut als in den Außenbezirken.
933 Wir meinen aber, dass alle Berlinerinnen und Berliner einen guten öffentlichen Personennahverkehr
934 (ÖPNV) zur Verfügung haben sollen. Die vorhandenen finanziellen Ressourcen wollen wir daher we-
935 sentlich in den Ausbau eines modernen Umweltverbundes unter Einschluss von Rad und Sharing-
936 Angeboten auch und vor allem in den äußeren Stadtbezirken investieren.

937
938 Radfahrer und Fußgänger müssen mehr Platz im Straßenraum, der Autoverkehr zurückgedrängt wer-
939 den. Immer mehr Menschen nutzen in Berlin das umweltfreundliche Verkehrsmittel Fahrrad. Die
940 Fahrradinfrastruktur muss massiv ausgebaut werden. Damit Mobilität für alle möglich ist, wollen wir
941 umfassende Barrierefreiheit herstellen. Statt jährlich steigender Fahrpreise wollen wir, dass die Nut-
942 zung von Bussen und Bahnen für alle erschwinglich ist. Die verschiedenen Verkehrsmittel müssen
943 besser miteinander verknüpft werden, wir wollen Bahnhöfe zu Mobilitätsstationen ausbauen. Die
944 Möglichkeiten des Internets in Verbindung mit mobilen Geräten zur eigenen verkehrsträgerübergrei-
945 fenden Wegeplanung wollen wir ausbauen. Für den Betrieb öffentlicher Verkehrsmittel sollen zu 100
946 Prozent erneuerbare Energien zum Einsatz kommen.

947 948 **Den Umweltverbund stärken**

949
950 Wir wollen in der nächsten Legislaturperiode eine deutliche Stärkung des Umweltbundes aus ÖPNV,
951 Fahrrad und Fußgängerverkehr erreichen. Wir wollen das Angebot des ÖPNV ausweiten, die Taktzei-
952 ten verdichten und das Angebot in den Außenbezirken verbessern. Mit der Entscheidung für eine
953 Fahrzeugfinanzierungsgesellschaft als Tochter der BVG ist eine wichtige Voraussetzung für eine zu-
954 kunftssichere Fahrzeugbeschaffung geschaffen worden. Straßenbahnen und Busse sollen nicht mehr
955 im Stau stehen – deshalb wollen wir eine konsequente Ampel-Vorrangschaltung für den Öffentlichen
956 Personennahverkehr umsetzen. Das Busspurennetz muss ausgebaut werden. Die Verkehrslenkung
957 Berlin muss den klaren politischen Auftrag erhalten in ihrer Arbeit dem Umweltverbund Vorrang zu
958 gewähren.

959
960 Wir wollen eine Investitionsoffensive für den schrittweisen Ausbau des Straßenbahnnetzes um wei-
961 tere 100 Kilometer. Damit kann das Angebot und die Attraktivität des öffentlichen Personennahver-
962 kehrs deutlich verbessert werden. Die Straßenbahn ist ein effizientes, kostengünstiges und ökologi-
963 sches Verkehrsmittel. Ausbau von Elektromobilität heißt für uns ganz wesentlich Ausbau der Stra-
964 ßenbahn. Der ÖPNV muss barrierefrei sein. Barrierefreiheit, das umfasst nicht alleine den Zugang zu
965 Bahnhöfe und Haltestellen und des Straßenlandes, sondern auch "sprechende Haltestellen" und ein
966 Leitsystem für Sehbehinderte und Blinde. Der Sonderfahrdienst für mobilitätsbehinderte Menschen
967 ist nicht nur zu erhalten, er muss auch weiterentwickelt werden. Dabei kommt den Mobilitätshilfs-
968 diensten eine besondere Rolle zu. Sie müssen in allen Bezirken abgesichert werden

969
970 Wir wollen das gegenwärtige System, wonach die Fahrpreise jährlich automatisch steigen beenden.
971 Wir wollen die Fahrpreise in einem ersten Schritt stabil halten und perspektivisch senken. Gestiegene
972 Kosten bei der BVG müssen durch höhere Landeszuschüsse und steigende Fahrgastzahlen ausgegli-
973 chen werden. Wir setzen uns für eine Ausweitung des Anspruches auf das Sozialticket für Menschen
974 mit geringem Einkommen, die keinen Anspruch auf den BerlinPass haben, ein.

975
976 Mittelfristig streben wir die solidarische Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV)
977 an. Daher wollen wir in den kommenden fünf Jahren intensive Prüfungen verschiedener Finanzia-
978 rungsmodelle, sowie mit den Berlinern und Berlinerinnen, dem VBB und den Verkehrsbetrieben ins
979 Gespräch über den Stadtverkehr der Zukunft gehen. Wir wollen den Rahmen landesgesetzlicher
980 Möglichkeiten daraufhin prüfen, wie die Einführung einer Bürgerbeitrages, die Erhebung einer Infra-
981 strukturabgabe für Unternehmen und Grundstückseigentümer möglich sind und sozial gerecht auf
982 einander abgestimmt werden können. Da die Einführung eines solidarisch finanzierten Nahverkehrs
983 (Soli-NV) von heute auf morgen unrealistisch ist, streben wir einen fließenden Übergang an, in dem
984 bei sinkenden Fahrpreisen, die ersetzenden Finanzierungsanteile nacheinander eingeführt werden
985 und langsam ansteigen. Nur in einem solchen Prozess können steigende Fahrgastzahlen, Ausweitung
986 der Leistungen und der Ausbau des Systems angemessen bewältigt werden. Hierfür sind 10-15 Jahre
987 notwendig. Die ersten beschriebenen Schritte wollen wir in den kommenden fünf Jahren gehen.

988
989
990

991 **Kapitel 3**

992 **Stadt der sozialen Gerechtigkeit:**
993 **ohne Armut, barrierefrei, gesund und sportlich**

994
995 *Die soziale Ungleichheit nimmt zu. Berlin ist Hauptstadt der Hartz-IV-Beziehenden und die Zahl der*
996 *von Armut Betroffenen wächst jedes Jahr. Langzeitarbeitslosigkeit und Niedriglöhne spielen dabei*
997 *eine entscheidende Rolle.*

998
999 *Höhere Renten, eine sanktionsfreie Grundsicherung und die Eindämmung prekärer Arbeitsverhältnis-*
1000 *se müssen wir auf Bundesebene erringen. Armut ist aber nicht nur eine Frage des Einkommens. Linke*
1001 *Politik in Berlin wird die mit Armut verbundene Ausgrenzung nicht akzeptieren – das gilt für alle Poli-*
1002 *tikfelder. Wir wollen eine Arbeitsmarktpolitik, die aktiv Chancen für Langzeitarbeitslose eröffnet – der*
1003 *ÖBS (öffentlich geförderte Beschäftigungssektor) war hier beispielhaft. Wir wollen eine Mietenpolitik,*
1004 *die verhindert, dass Arme aus der Innenstadt verdrängt werden und in bestimmten Quartieren kon-*
1005 *zentriert werden – öffentliche Wohnungsbaugesellschaften haben hier eine besondere Aufgabe. Wir*
1006 *wollen eine Bildungspolitik, die endlich die Benachteiligung von Kindern aus armen Familien beendet*
1007 *– die Berliner Gemeinschaftsschulen zeigen, wie das geht. Öffentliche Verkehrsmittel und auch Kul-*
1008 *turangebote müssen auch armen Menschen offenstehen – mit Berlinpass und Sozialticket haben wir*
1009 *hierfür Anknüpfungspunkte geschaffen.*

1010
1011 *Aber es geht darüber hinaus auch um die Sicherung von Teilhabe durch eine funktionierende soziale*
1012 *und Gesundheitsinfrastruktur. Deshalb schlagen wir vor, die Investitionsoffensive für Berlin auch ge-*
1013 *zielt für den Erhalt und Ausbau wohnortnaher sozialer Infrastruktur wie zum Beispiel Seniorenfreizeit-*
1014 *stätten, Pflegestützpunkte, Nachbarschaftshäuser, Jugendzentren und sozio-kulturellen Zentren zu*
1015 *nutzen und den barrierefreien Umbau der öffentlichen Infrastruktur voranzutreiben. Wir schlagen vor,*
1016 *den Sanierungs- und Investitionsstau bei den vivantes-Krankenhäusern und der Charité schnell abzu-*
1017 *bauen. Das eröffnet Spielräume für mehr medizinisches Personal - im Interesse von PatientInnen und*
1018 *Beschäftigten. Wir setzen uns für einen Ausbau des öffentlichen Gesundheitsdienstes und eine woh-*
1019 *nortnahe ärztliche Versorgung ein.*

1020
1021 *Sport ist ein wichtiges Instrument für gesellschaftliche Integration und Teilhabe. Deshalb schlagen wir*
1022 *auch mehr Investitionen in die Sportstätten und Bäder vor und wollen das Ehrenamt im Sport, vor*
1023 *allem im Breitensport stärken.*

1024
1025 **Sozialen Zusammenhalt stärken**

1026
1027 Berlin ist eine attraktive Stadt der Vielfalt. Berlin ist aber auch eine Stadt, in der sich die soziale Spal-
1028 tung und Ausgrenzung vertiefen. Dem entgegenzuwirken und Armut zu verhindern und zu bekämp-
1029 fen, sind wesentliche Ziele unserer Sozialpolitik. Die Ungerechtigkeiten in der Einkommensverteilung,
1030 die niedrigen Hartz-IV-Regelsätze, prekäre Beschäftigung und niedrige Löhne in vielen Bereichen
1031 können wir auf der Landesebene nicht oder nur unzureichend ausgleichen. Aber DIE LINKE will alle
1032 vorhandenen Spielräume auf Landesebene nutzen, um sozial benachteiligten Berlinerinnen und Ber-
1033 liner mehr kulturelle und gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen.

1034 Die demografische Entwicklung führt dazu, dass die Zahl der älteren Menschen erheblich zunehmen
1035 wird. Gemäß der aktuellen Bevölkerungsprognose wird in Berlin bis zum Jahr 2030 mit einer Steige-
1036 rung der Anzahl der Menschen im Alter von 65 – 80 Jahren um 14,4 % und bei den Über-80-Jährigen
1037 sogar um 80,7 % gerechnet. Die LINKE stellt sich dieser Herausforderung. Sie begreift sie nicht als
1038 Problem, sondern als Chance und neue Herausforderung, älteren Menschen weitere Türen zu Teilha-
1039 be zu öffnen und ihr Wissen und ihre Erfahrung für die Gestaltung des Gemeinwesens zu nutzen.

1040
1041 **Armut zurückdrängen**

1042

1043 Die Armut in Berlin ist weiter angestiegen. Das Armutsrisiko ist besonders hoch für Erwerbslose und
1044 auch die Altersarmut steigt an. Im Jahr 2030 werden 40 Prozent der NeurentnerInnen nur noch die
1045 Grundsicherung erhalten. Denn viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, kleine Selbständige
1046 haben gebrochene Ewerbsbiografien. Das bedeutet, dass sie oft nur wenig oder gar nichts in die Ren-
1047 tenkasse einzahlen konnten und deshalb nur die Grundrente bekommen. Deshalb kämpfen wir für
1048 eine lebensstandardsichernde Rente. Dramatisch ist die Kinderarmut, die in Berlin höher ist als in
1049 anderen Bundesländern. Arme Kinder haben arme Eltern. Besonders alleinerziehende Frauen haben
1050 nach wie vor große Schwierigkeiten, existenzsichernde Beschäftigung zu finden, um sich und ihre
1051 Kinder eigenständig über die Runden zu bringen. DIE LINKE bekämpft auf der Bundesebene die Ar-
1052 mut der Eltern und schöpft auf Landesebene alle möglichen Spielräume aus. Durch kinder- und ju-
1053 gendspezifische Maßnahmen wollen wir Kindern Wege aus dem Teufelskreis von Armut, Ausgren-
1054 zung, Zukunfts- und Hoffnungslosigkeit öffnen.

1055 1056 **Wohnungslosigkeit bekämpfen**

1057
1058 Die Wohnungslosigkeit in Berlin nimmt zu und zunehmend sind davon auch Familien mit Kindern
1059 betroffen. Die Angebote der Wohnungslosenhilfe müssen der veränderten Struktur der Betroffenen
1060 angepasst werden. Notwendig sind vor allem Angebote und Unterbringungsmöglichkeiten für Fami-
1061 lien mit Kindern und solche, die ausschließlich Frauen zu Verfügung stehen. Gemeinsam mit den Akt-
1062 euren dieser Stadt wollen wir uns auf die Eckpunkte für eine Berliner Wohnungslosenstatistik ver-
1063 ständigen, um auf dieser Grundlage bedarfsgerechte Hilfe- und Unterstützung anzubieten.

1064 1065 **BerlinPass ausweiten**

1066
1067 Die LINKE will die soziale Infrastruktur stärken und damit für mehr soziale Teilhabe sorgen.
1068 Wir wollen den Kreis der Berlin Pass-Berechtigten ausweiten. Er eröffnet den Empfängerinnen und
1069 Empfängern von Arbeitslosengeld II, Grundrente und Sozialhilfe sowie Leistungen nach dem Asylbe-
1070 werberleistungsgesetz viele Möglichkeiten in der Stadt. Mit dem Berlin-Pass erhalten sie das verbil-
1071 ligte Sozialticket für den öffentlichen Nahverkehr, vergünstigten Eintritt zu Bädern, Kinos oder Muse-
1072 en, und vieles mehr. DIE LINKE will sich dafür einsetzen, dass der Berlin Pass auch von denjenigen
1073 genutzt werden kann, die Wohngeld. Auch wollen wir, dass sich das Angebot des Berlin-Passes nicht
1074 nur auf die Monatskarte im öffentlichen Nahverkehr beschränkt, sondern auch auf Einzelfahrscheine
1075 ausgeweitet wird.

1076 1077 **Soziale Infrastruktur stärken- wohnortnah, barrierefrei und kultursensibel ausgestalten**

1078
1079 Berlin hat eine vielfältige soziale Infrastruktur, deren Rückgrat die vielen Stadtteilzentren, Nachbar-
1080 schaftshäuser, Stadtteilzentren, SeniorInnentreffs, Kiezcafés, Beratungsstellen und Fraueninitiativen
1081 sind. Sie gehören zu einer lebendigen und demokratischen Kiezkultur, die Willkommenskultur, zivil-
1082 gesellschaftliches Engagement und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, an Bildung und Kultur un-
1083 abhängig vom Geldbeutel der Einzelnen organisiert. DIE LINKE will diese Arbeit weiter unterstützen
1084 und eine wohnortnahe soziale Infrastruktur sichern, die barrierefrei und kultursensibel ausgestaltet
1085 ist. Alle Einrichtungen sollen eine Grundfinanzierung erhalten, die durch Projektfinanzierungen er-
1086 gänzt werden kann.

1087 1088 **Freiwilliges und bürgerschaftliches Engagement stärken**

1089
1090 Viele Berlinerinnen und Berliner engagieren sich freiwillig in ihrer Nachbarschaft, in Pflegeeinrichtun-
1091 gen, Vereinen, Bürgerinitiativen, Selbsthilfegruppen, im Kulturbereich, in Seniorenvertretungen und
1092 bei der Unterstützung der geflüchteten Menschen. Dieses unverzichtbare Engagement ist grundle-
1093 gend für ein gutes Miteinander und gibt Anstöße für die Weiterentwicklung unseres Gemeinwe-
1094 sens. Doch Ehrenamt ist nicht dazu da, staatliches Handeln zu ersetzen. Umgekehrt ist es richtig:
1095 Hauptamtlichkeit ist das Rückgrat für ehrenamtliches Engagement. Und das wollen wir durch ein

1096 Bündel von Maßnahmen fördern. Dazu zählen Weiterbildungsangebote und professionelle Beglei-
1097 tung, Aufwandsentschädigungen oder auch z.B. Fahrkarten. Wir wollen, dass in jedem Berliner Be-
1098 zirk ein Freiwilligenzentrum oder eine Freiwilligenagentur dauerhaft finanziert wird. Nur so kann
1099 nachhaltig Engagement gefördert werden..

1100 Die bisherigen Landesmittel zur Finanzierung der Selbsthilfe, im Bereich der Pflege und der Nachbar-
1101 schaftszentren wollen wir weiter ausbauen.

1102
1103 Wie sehr das bürgerschaftliche Engagement an seine Grenzen stößt, erleben wir gegenwärtig bei der
1104 Hilfe und Unterstützung geflüchteter Menschen. Es ist nicht hinnehmbar, dass sie staatliche Aufga-
1105 ben erledigen müssen. Zur Unterstützung der ehrenamtlichen Arbeit mit geflüchteten Menschen
1106 schlägt DIE LINKE ein Landesprogramm „Flüchtlingshilfe“ vor. Hier sollen die Unterstützungsgruppen
1107 kleinere Summen beantragen können, damit sie Aktivitäten, wie z.B. Bastelaktionen, Schwimmbad-
1108 besuche, u.ä.. finanzieren können, die bisher privat gestemmt werden müssen.

1109

1110 **Die medizinische Versorgung in der Fläche und wohnortnah garantieren**

1111

1112 Die wachsende Stadt stellt auch die Gesundheitspolitik vor neue Aufgaben. Immer mehr Menschen in
1113 der Stadt erreichen ein hohes Alter und brauchen auch aus diesem Grund eine wohnortnahe medizi-
1114 nische Versorgung. Diese zeitnah und in der Fläche zu garantieren ist Aufgabe der
1115 Kassenärztlichen Vereinigung. Sie hat den entsprechenden Versorgungsauftrag. Berlin hat nicht zu
1116 wenige Ärzte, diese sind in der Stadt nur ungleich verteilt. Seit Jahren sind Wanderungsbewegungen
1117 zu den Fleischtöpfen in vermeintlich lukrativere Bezirke zu verzeichnen.

1118

1119 Seit dem 1.1.2012 dürfen Arztstühle nur noch verlagert werden, wenn durch den Fortzug keine Unter-
1120 versorgung in dem jeweiligen Versorgungsgebiet entsteht. Doch wir brauchen klare Kriterien, wie der
1121 Begriff der Unterversorgung definiert wird. Denn es kommt nicht in erster Linie auf die statistische
1122 Anzahl der niedergelassenen Ärzte pro Einwohner in einer Versorgungsregion an. Entscheidend sind
1123 andere Kriterien wie das soziale Umfeld oder die altersgemäße Zusammensetzung der Bevölkerung
1124 im jeweiligen Wohngebiet.

1125

1126 Wo die Kassenärztliche Vereinigung ihrem Versorgungsauftrag nicht nachkommen kann, ist ihr Mo-
1127 nopolanspruch für die ambulante Versorgung in Frage zu stellen. Ein erster Schritt dahin ist die Rück-
1128 führung des gemeinsamen Versorgungsbezirkes Berlin (der Kassenärztlichen Vereinigung) in zwölf
1129 Versorgungsbezirke.

1130

1131 **Den öffentlichen Gesundheitsdienst ausbauen**

1132

1133 Bei der medizinischen Versorgung der Flüchtlinge fehlt es an allen Ecken und Enden. Ehrenamtliche
1134 Helferinnen und Helfer, abgeordnete Ärztinnen und Ärzte von Charité und Vivantes übernehmen
1135 Aufgaben, die eigentlich der öffentliche Gesundheitsdienst zu leisten hätte. Auch bei der letzten Ma-
1136 sern-Epidemie wurden die Mängel im Öffentlichen Gesundheitsdienst deutlich. Er ist wieder zu einer
1137 wesentlichen Säule der medizinischen Versorgung der Berliner Bevölkerung zu entwickeln. Dazu
1138 reicht es nicht allein neue Stellen zu schaffen. Denn oftmals können diese dann nicht besetzt werden,
1139 weil es keine Bewerber*innen gibt. Der öffentliche Gesundheitsdienst muss zu einem attraktiven
1140 Arbeitsplatz ausgestaltet werden, der auch jungen Medizinerinnen und Mediziniern eine interessante
1141 Alternative zum Klinikalltag oder zur eigenen Niederlassung bietet.

1142

1143 **Pflege: ambulant vor stationär**

1144

1145 Wir wollen die Möglichkeiten für die ambulante und häusliche Pflege ausweiten, damit die pfl-
1146 gebedürftigen Menschen möglichst lange in ihren eigenen vier Wänden leben können. Dazu braucht
1147 es eine deutliche Verbesserung der Qualität ambulanter und häuslicher Pflege und eines Ausbaus der

1148 Pflegestützpunkte. Im stationären Bereich setzt die LINKE zuerst auf den Ausbau der vorhandenen
1149 kommunalen Angebote (Sozialstiftungen).

1150

1151 **Die stationäre Krankenhaus-Versorgung sichern**

1152

1153 Die öffentlichen Krankenhäuser der Stadt, die Charité mit ihren drei und Vivantes mit seinen neun
1154 Standorten bilden nicht nur das Rückgrat der stationären Versorgung der Berlinerinnen und Berliner,
1155 sie sind mit ihren Rettungsstellen rund um die Uhr auch die wichtigste Anlaufstelle für alle Notfallpa-
1156 tientinnen und -patienten. Aber immer noch sind die öffentlichen Krankenhäuser der Stadt
1157 unterfinanziert. Der jährliche Investitionsbedarf der Berliner Kliniken liegt zwischen 220 und 250 Mil-
1158 lionen Euro. Allein für den 1. Bauabschnitt des Neuköllner Krankenhauses bräuchte das landeseigene
1159 Krankenhausunternehmen Vivantes 150 Millionen Euro. Eine Finanzierung aus „Eigenmitteln“ ist
1160 durch die bundesgesetzlich vorgegebenen Grundlagen der Krankenhausfinanzierung nahezu ausge-
1161 schlossen. Alle eingesetzten „Eigenmittel“ sind zweckentfremdete Gelder, die aus Einsparungen beim
1162 Personal oder bei der Patientenversorgung abgezweigt werden müssen. Solange dieser Mechanismus
1163 vom Senat sogar noch befördert wird, gibt es trotz aller Beteuerungen des CDU-Senators keine wirk-
1164 liche Trendwende in der Investitionspolitik des Landes. So musste Vivantes 34 Millionen Euro „Ei-
1165 genmittel“ aufbringen, um 40 Millionen Euro aus dem „Sondervermögen Wachsende Stadt“ zu erhal-
1166 ten.

1167

1168 Die Linke fordert ein Berliner Sonderinvestitionsprogramm zur mittelfristigen Beseitigung des enor-
1169 men Sanierungsstaus in unseren Kliniken. Gleichzeitig muss auf Bundesebene endlich eine Vorhalte-
1170 pauschale als zusätzliche Säule der Krankenhausfinanzierung durchgesetzt werden, um die Aufgaben
1171 zu finanzieren, die die Krankenhäuser 24 Stunden im Rahmen ihres Versorgungsauftrags vorhalten
1172 müssen, ohne, dass diese sich für die Häuser rechnen.

1173

1174 **Drogenpolitik neu denken**

1175

1176 Die Kriminalisierung von Drogenkonsumierenden ist nicht geeignet, die gesundheitlichen und gesell-
1177 schaftlichen Schäden durch Drogenkonsum wirksam zu verringern. Der Schwarzmarkt boomt. Der
1178 Drogenhandel an öffentlichen Plätzen nimmt zu. DIE LINKE Berlin fordert ein grundsätzliches Umden-
1179 ken in der Drogenpolitik. Eine moderne und progressive Drogenpolitik stellt den Gesundheits-, Ver-
1180 braucher- und Jugendschutz sowie Prävention in dem Mittelpunkt. Drogenkonsum ist immer auch
1181 ein Spiegel der Gesellschaft. Eine gute Präventionspolitik kann daher nur wirksam sein, wenn sie als
1182 Teil einer sozialen und gerechten Gesamtpolitik begriffen wird. Wir setzen uns auf Bundesebene und
1183 die Überprüfung des Betäubungsmittelgesetzes ein. Zudem wollen wir uns aktiv für Bundesratsinitia-
1184 tiven für eine regulierte Abgabe von Cannabis – zum Beispiel in Form von Cannabis-Clubs – und für
1185 eine umfängliche Verwendung von Cannabis als Medizin einsetzen.

1186

1187 Auch im Rahmen der geltenden bundespolitischen Regelungen sind progressive drogenpolitische
1188 Ansätze auf Landesebene möglich. DIE LINKE Berlin hat durchgesetzt, dass der Besitz von Cannabis
1189 zum Eigenbedarf in der Regel nicht strafrechtlich verfolgt wird (Anhebung der sogenannten geringen
1190 Menge auf den bundesweit höchsten Wert). Wir werden uns jedweden Bestrebungen, diese Errun-
1191 genschaft zunichte zu machen, entschieden widersetzen. Daneben fordern wir die sofortige Aufhe-
1192 bung der Null-Toleranz-Zonen.

1193

1194 **Suchtprävention und Suchthilfe**

1195

1196 Die Angebote zur Suchtprävention wollen wir verstetigen und ausbauen. Träger und Einrichtungen
1197 der Drogen- und Suchthilfe, wie integrierte Wohnungsstätten für Menschen mit Suchterkrankungen,
1198 dürfen nicht an den Stadtrand verdrängt werden. Sie gehören mit zur sozialen Infrastruktur, wie Ab-
1199 hängige auch Teil der Gesellschaft sind. Wir wollen insbesondere Projekte der Drogenhilfe unterstüt-

1200 zen, welche die Teilhabe an der Gesellschaft und selbstbestimmtes Leben der Betroffenen in den
1201 Mittelpunkt stellen.

1202

1203 Suchterkrankungen stellen nicht in erster Linie individuelles Versagen dar. Jede Stigmatisierung von
1204 Suchtkranken schadet den Betroffenen und gefährdet die medizinische und psychosoziale Hilfe. Eine
1205 erfolgreiche Therapie ermöglicht den Betroffenen Selbstbestimmung und gesellschaftliche Teilhabe.
1206 Sie muss nicht zwingend das Ziel der Abstinenz verfolgen. DIE LINKE Berlin setzt sich für den Ausbau
1207 psychosozialer Betreuungsangebote für Schwerstabhängige und von Diamorphin-
1208 Behandlungszentren ein.

1209

1210 Eine verantwortungsvolle Drogenpolitik akzeptiert Drogengebrauch in der Gesellschaft und versucht,
1211 dessen gesundheitlichen Risiken zu reduzieren (Harm Reduction). Wir fordern die Vergabe von saue-
1212 remem Spritzbesteck in Haftanstalten und die Einrichtung weiterer Drogenkonsumräume, um die
1213 Gefahren durch Infektionen zu reduzieren. Konsumierende müssen die Möglichkeit haben, Drogen
1214 auf gefährliche Verunreinigungen prüfen zu lassen (Drugchecking). DIE LINKE Berlin setzt sich daher
1215 für ein Modellprojekt zur Durchführung von Drugchecking auf Landesebene ein. Dies ist auch unter
1216 dem bestehenden Bundesrecht möglich.

1217

1218 Alkohol und Tabak sind weiterhin die am meisten konsumierten Drogen. Wir stehen für ein umfas-
1219 sendes Werbeverbot für Alkohol und Zigaretten. Aufklärungskampagnen, die lediglich Abstinenz an-
1220 streben, sind zum Scheitern verurteilt. Dass Zigaretten und Alkohol schädlich sind, ist bekannt. Den-
1221 noch rauchen Menschen weiterhin und trinken Alkohol. Konsumierende müssen vielmehr in ihrer
1222 Konsumkompetenz gestärkt und zu einem verantwortungs- und rücksichtsvollen Umgang gegenüber
1223 der eigenen Gesundheit und der Gesundheit anderer bewegt werden.

1224

1225 **Sport macht Spaß und ist gesund**

1226

1227 Sport gehört zum Leben vieler Berliner*innen. Egal ob sie aktiv selbst Sport treiben oder sportliche
1228 Aktivitäten als Zuschauerinnen oder Konsumenten erleben. Sport erhöht die Lebensqualität der Ber-
1229 liner*innen und hat Potenziale für gesunde Lebensweisen, sowie für soziales, inklusives und faires
1230 Miteinander. Diese müssen ausgebaut und gestärkt werden. DIE LINKE will daher den freien Zugang
1231 zu öffentlichen Sportstätten - egal ob im Verein oder individuell – erhalten und vor allem den integ-
1232 rativen Faktor des Sports stärken.

1233

1234 Mit dem Sportförderungsgesetz und den Ausführungsvorschriften über die Nutzung öffentlicher
1235 Sportanlagen Berlins, sowie der Vermietung und Verpachtung landeseigener Grundstücke an Sport-
1236 organisationen, besteht seit Jahren eine Grundlage dafür, dass Sportvereine die Sportanlagen der
1237 Bezirke und des Landes unentgeltlich nutzen können. Daran wollen wir uneingeschränkt festhalten.
1238 Für die Erhaltung der Sportstätten in einem angemessenen Zustand sind zusätzliche Investitionen
1239 einzusetzen und eine ständige Gebrauchswerterhaltung zu organisieren. Die Finanzierung des Ver-
1240 einsinvestitionsprogramms bietet eine solide Grundlage für die Sicherstellung der Arbeit der Berliner
1241 Sportvereine und soll in der bisherigen Höhe fortgesetzt werden.

1242

1243 Die wachsende Stadt muss auch durch den Bau neuer Sportstätten auf mehr Nutzer*innen vorberei-
1244 tet sein. Das ehrenamtliche Engagement von Übungsleiter*innen in den Vereinen verdient eine grö-
1245 ßere Aufmerksamkeit und Anerkennung.

1246

1247 **Bäderlandschaft**

1248

1249 Bäder müssen bezahlbar für alle bleiben. Die unentgeltliche Nutzung für Schüler*innen, Vereins-
1250 sportler*innen und Kita- sowie Hortkinder bleiben für uns zwingend notwendig. Das Prinzip der Da-
1251 seinsvorsorge gilt für uns auch beim Baden und Schwimmen. Bei der Fortführung der Sanierung der
1252 Hallenbäder wird die energetische Sanierung ein Schwerpunkt sein, um auch nachhaltig Betriebskos-

1253 teneinsparungen zu erreichen. Unser Ziel ist, alle Hallen- und Sommerbäder zu erhalten. Darüber
1254 hinaus soll der regionale Versorgungsunterschied bei Hallen- und Sommerbädern überwunden wer-
1255 den.

1256

1257 **Sportförderung**

1258

1259 DIE LINKE will die Förderung des Sports - primär des Landessportbundes - in der bisherigen Größen-
1260 ordnung aufrechterhalten, auch wenn die Lottoeinnahmen zurückgehen. Um die Grundlage für die
1261 Finanzierung des Sports zu erhalten, müssen das staatliche Glücksspielmonopol und die Festschrei-
1262 bung der Lottomittel bestehen bleiben. Unabhängig davon streben wir an, den Berliner Sport durch
1263 Zuwendungsverträge und ein Solidarpaket Sport langfristig zu sichern.

1264

1265 DIE LINKE. Berlin will das Schul- und Sportstättenanierungsprogramm uneingeschränkt fortführen.

1266

1267 Berlin ist tagtäglich Austragungsort von Sportveranstaltungen auf allen Ebenen. Dies soll so bleiben,
1268 auch wenn wir Olympische Spiele in der Hauptstadt unter den Bedingungen des IOC weiterhin ableh-
1269 nen, da sie der Stadt hohe Kosten verursachen.

1270

1271 Für sportliche Großveranstaltungen sind die Bedingungen zu diskutieren und gegebenenfalls zu än-
1272 dern. Es kann nicht sein, dass zwar für internationale und nationale Großveranstaltungen viel Geld
1273 vorhanden ist, der Breitensport aber vernachlässigt wird. Sport ist für Kinder und Jugendliche, Frauen
1274 und Männer, Menschen mit und ohne Behinderung, mit und ohne Einwanderungsgeschichte gleich-
1275 ermaßen in allen Bereichen des Sports zu fördern.

1276

1277

1278

1279 **Kapitel 4**

1280 **Stadt der Vielfalt:**

1281 **Solidarität und Mitbestimmung statt Ausgrenzung und Stigmatisierung**

1282
1283 *In Berlin leben Menschen aus über 190 Ländern. Es leben junge und alte, Menschen mit und ohne*
1284 *Behinderung, unterschiedlicher Religionen und unterschiedlicher Weltanschauungen unterschiedlicher*
1285 *sexueller Orientierung zusammen. Doch diese Vielfalt bildet sich in Verwaltung, Polizei, Feuerwehr,*
1286 *Gesundheits- und Bildungswesen zu wenig ab. Deshalb schlagen wir vor, die Investitionsoffensive in*
1287 *mehr Personal für den öffentlichen Dienst mit einer Offensive zur interkulturellen Öffnung zu verbind-*
1288 *den. Es kommen viele neue junge Menschen und Familien mit Kindern nach Berlin, gleichzeitig wächst*
1289 *die Zahl der Älteren und vor allem der Hochaltrigen. Dem muss die Stadtentwicklung Rechnung tra-*
1290 *gen. Wir schlagen vor, unsere Investitionsoffensive mit dem Ausbau wohnortnaher, sozialer Infra-*
1291 *struktur, der gesundheitlichen Versorgung und des Bildungswesens zu verknüpfen und Berlin ohne*
1292 *Barrieren für Menschen mit Behinderungen weiter zu entwickeln.*

1293
1294 *Solidarität ist unser Leitmotiv im politischen Umgang mit den geflüchteten Menschen in Berlin. Im*
1295 *Vordergrund steht jetzt die menschenwürdige Unterbringung der Flüchtlinge. Wir wollen, dass sie*
1296 *schnellstmöglich in eigenen Wohnungen ziehen können und rasch Zugang zu gesellschaftlicher Teil-*
1297 *habe erhalten. Das heißt: Öffnung der regulären Schulen, Kitas, der Ausbildung, der Hochschulen und*
1298 *des Arbeitsmarkts sowie der öffentlichen Gesundheitsversorgung. Dafür braucht es dringend einen*
1299 *Ausbau der sozialen Infrastruktur in der Stadt, die gewährleistet, dass sich künftig sowohl neu an-*
1300 *kommende Flüchtlinge als auch schon länger in Berlin lebende Menschen auf eine zuverlässige soziale*
1301 *Infrastruktur verlassen können und hier nicht verschiedene Gruppen gegeneinander ausgespielt wer-*
1302 *den.*

1303
1304 *Und wir schlagen vor, die Initiative sexuelle Vielfalt, die seit der Regierungsübernahme durch schwarz-*
1305 *rot mehr oder weniger zum Erliegen gekommen ist, wieder aufzugreifen.*

1306 1307 **Berlin – Stadt der Vielfalt**

1308
1309 In Berlin leben Menschen aus über 190 Ländern zusammen. Diese Vielfältigkeit der Bevölkerung ist
1310 eine der großen Stärken Berlins. Viele leben seit Jahren, oft seit Generationen in Berlin. Viele sind in
1311 den letzten Monaten gekommen. Die meisten sind vor Krieg, Verfolgung und Not geflohen und su-
1312 chen hier Schutz und Aufnahme. Andere - vor allem junge - Menschen sind aus den krisengeschüttel-
1313 ten EU-Ländern gekommen, um sich hier neue Perspektiven und eine sichere Zukunft zu erarbeiten.
1314 Wir heißen sie alle willkommen und wissen, dass sich Berlin mit seinen Neubürgerinnen und Neubür-
1315 gern verändert, dass wir uns alle gemeinsam verändern, um diese Stadt für alle lebenswert zu gestal-
1316 ten. Dabei wollen wir die vorhandenen Probleme bewältigen. Soziale, politische und rechtliche Aus-
1317 grenzung, Diskriminierung und Rassismus führen dazu, dass viele Menschen mit Einwanderungsge-
1318 schichte ausgegrenzt werden. Doch nur wer sich als gleichberechtigtes Mitglied einer Gesellschaft
1319 wahrgenommen erfährt, fühlt sich auch eingeladen, in ihr mitzuwirken und Verantwortung zu über-
1320 nehmen. Dafür werden wir uns auch in Zukunft einsetzen.

1321
1322 Dazu gehört, dass wir es nicht zulassen, dass unterschiedliche Bevölkerungsgruppen gegeneinander
1323 ausgespielt werden. Wir stehen solidarisch an der Seite geflüchteter Menschen genauso wie an der
1324 Seite prekär Beschäftigter, einkommensarmer Menschen oder Wohnungslose. Eine Stadt der Vielfalt
1325 muss ihnen allen ein zu Hause, Bildung, Arbeit, Einkommen und gesellschaftliches Miteinander er-
1326 möglichen.

1327 1328 **Eine Partizipations- und Integrationsoffensive für Berlin**

1329

1330 DIE LINKE schlägt eine Partizipations- und Integrationsoffensive vor. Das Partizipations- und Integra-
1331 tionsgesetz muss endlich vollständig umgesetzt werden. Kernstück davon ist die interkulturelle Öff-
1332 nung der Verwaltung und der öffentlichen Institutionen. Wir möchten, dass mehr Menschen mit
1333 Einwanderungsgeschichte im öffentlichen Dienst arbeiten und die Belange und Anforderungen von
1334 Berlinerinnen und Berlinern mit ähnlichen Erfahrungen in die Struktur und Arbeitsweise ihrer Institu-
1335 tionen einbringen. Eine Stadt der Vielfalt verlangt vielfältige Behörden, Unternehmen, Einrichtungen
1336 auf Landes- und bezirklicher Ebene, dazu gehört auch die Qualifizierung aller Beschäftigten. Die Ein-
1337 richtungen der Gesundheitsversorgung, der Seniorenarbeit, der Pflege müssen sich für die verschie-
1338 denen Kulturen, die unterschiedlichen Schmerz- oder Gesundheitsempfindungen, die unterschiedli-
1339 chen Lebensformen der Berliner Bürgerinnen und Bürger öffnen und kultursensibel vorgehen. DIE
1340 LINKE möchte, das Partizipations- und Integrationsgesetz zu einem wirksamen Instrument schärfen,
1341 um Teilhabe und Gleichberechtigung von Berlinerinnen und Berlinern mit und ohne Einwanderungs-
1342 geschichte auf Bezirks- und Landesebene weiterzuentwickeln. Dazu gehört auch, dass die Flüchtlinge
1343 und ihre Belange dort aufgenommen werden.

1344
1345 Ältere Menschen mit Migrationshintergrund sind die am schnellsten wachsende Bevölkerungsgruppe
1346 in der Stadt. DIE LINKE engagiert sich für die interkulturelle Öffnung der Altenhilfe- und Pflegestruk-
1347 turen und die stärkere Einbeziehung von älteren Migrant*innen in die Teilhabemöglichkeiten, wie sie
1348 mit dem Seniorenmitwirkungsgesetz in Berlin bestehen. Das schließt die Förderung ehrenamtlichen
1349 Engagements in den Strukturen der Altenhilfe und Seniorenfreizeitstätten mit ein. Unser Kita- und
1350 Schulsystem muss sich weiter für Kinder und Jugendliche mit Einwanderungs- und Fluchtgeschichte
1351 öffnen, ihre Erfahrungen für alle Kinder nutzbar machen und Ausgrenzung verhindern.

1352
1353 Wohnungsbau und Wohnungsankauf durch das Land oder Genossenschaften müssen zu ausreichend
1354 bezahlbarem Wohnraum für alle Neu- und Alt-BerlinerInnen mit geringen und mittleren Einkommen
1355 führen. Wir wollen die Berliner Mischung neu erfinden und das Miteinander in den Vordergrund stel-
1356 len und organisieren. Erwerbsarbeit und Ausbildung sind Schlüssel zur gesellschaftlichen Integration
1357 und Teilhabe. Deshalb werden wir verstärkte Anstrengungen unternehmen, damit vorhandene Quali-
1358 fikationen schnell anerkannt werden, dass sich die Menschen wenn erforderlich zügig weiter qualifi-
1359 zieren können. Wir werden das erfolgreiche Programm „Berlin braucht dich“, das Jugendlichen mit
1360 Einwanderungsgeschichte in Ausbildung vermittelt, verstärken und den öffentlichen Dienst und die
1361 landeseigenen Unternehmen zum Vorreiter interkultureller Öffnung ausbauen.

1362

1363 **Flüchtlinge willkommen**

1364

1365 In den letzten Jahren sind viele tausend Menschen vor Krieg, Not und Verfolgung nach Berlin geflo-
1366 hen und haben hier Schutz und Aufnahme gesucht. Tausende von Berlinerinnen und Berliner enga-
1367 gieren sich, um die Flüchtlinge willkommen heißen und die soziale Infrastruktur für ihre Unterbrin-
1368 gung und Versorgung zu organisieren. Auf der anderen Seite sehen wir ein dramatisches institutio-
1369 nelles Versagen des Senats - und das, obwohl hunderte Beschäftigte des öffentlichen Dienstes hier in
1370 Berlin auf Landes- und Bezirksebene vieles tun, um das Versagen der Spitze vor Ort abzumildern.
1371 Gleichzeitig nimmt die rassistische Hetze gegen Flüchtlinge und gegen ihre Unterstützerinnen und
1372 Unterstützer dramatisch zu.

1373

1374 In der Flüchtlingspolitik wollen wir für dezentrale Unterbringung statt Sammelunterkünfte und Ghet-
1375 tobildung. Besonders die Bedürfnisse der besonders schutzbedürftigen Flüchtlinge, wie z.B. Schwan-
1376 gere, Menschen mit Behinderung, alleinstehende Frauen oder queere geflüchtete Menschen müssen
1377 berücksichtigt werden. Wir brauchen ausreichende Plätze für traumatisierte und schwersttraumati-
1378 sierte Flüchtlinge.

1379

1380 Wir setzen uns für bezahlbare Wohnungen für alle mit keinen oder geringen Einkommen ein und
1381 lassen es nicht zu, dass jetzt die verschiedenen Bevölkerungsgruppen gegeneinander ausgespielt
1382 werden. Dabei sind die Rahmenbedingungen für gemeinnützige Träger zu verbessern, damit auch sie

1383 sich an der Bereitstellung von Wohnraum beteiligen können. Die Vereinbarung mit den landeseige-
1384 nen Wohnungsbaugesellschaften, Wohnungen für Flüchtlinge zur Verfügung zu stellen, muss ausge-
1385 weitet werden. Dabei müssen alle Anstrengungen unternommen werden, dass genossenschaftliche
1386 und gemeinnützige Vermieter*Innen für eine solche Vereinbarung gewonnen werden. Wir werden
1387 uns auch weiterhin dafür einsetzen, dass leerstehende Immobilien und Wohnraum für eine vo-
1388 rübergehende Nutzung durch Flüchtlinge und andere einkommensbenachteiligte Bevölkerungsgrup-
1389 pen auch nach dem Vorbild von Bremen und Hamburg durch öffentliche Beschlagnahme mit und
1390 ohne Einvernehmen des Eigentümers genutzt werden können.

1391

1392 Spracherwerb ist ein zentraler Schlüssel zur Integration. Deshalb brauchen wir einen schnellen und
1393 unbeschränkten Zugang zu Sprach- und Integrationskursen für Flüchtlinge .

1394

1395 Die Bezirke müssen mit ausreichenden finanziellen Mitteln und weiterem Personal ausgestattet wer-
1396 den, damit sie die Flüchtlinge, die in ihre Zuständigkeit fallen, in Wohnungen unterbringen können
1397 sowie die Betreuung und Integration von Flüchtlingen mit absichern können. Die Bezirke, zivilgesell-
1398 schaftlichen Organisationen, Nachbarschaftszentren und -initiativen bei der Weiterentwicklung einer
1399 Willkommenskultur müssen unterstützt werden, um unter anderem damit die schnelle Teilhabe der
1400 Flüchtlinge am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Dazu gehört der Zugang zur regulären Ge-
1401 sundheitsversorgung und die sofortige Einführung einer Gesundheitskarte

1402

1403 Mit den Agenturen für Arbeit, den Jobcentern, Kammern, Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaf-
1404 ten müssen Maßnahmen vereinbart werden, um Flüchtlingen schnell den Weg in Erwerbsarbeit und
1405 Ausbildung zu öffnen und landesrechtliche und bürokratische Hürden zur Arbeitsaufnahme von
1406 Flüchtlingen abzuschaftern. Mit den Hochschulen wollen wir die unkomplizierte Immatrikulation von
1407 Flüchtlingen vereinbaren.

1408

1409 Wir setzen uns für Kita-Plätze für alle kleinen Flüchtlingskinder in regulären Kitas ein. Diese müssen
1410 wo notwendig ausgebaut werden und personell gestärkt werden. Die größeren Kinder brauchen
1411 Schulbesuche in regulären Schulen, nicht in Sammelunterkünften.

1412

1413 Die Bezirke sollen bei der Sicherstellung von ausreichend Plätzen in Schulen und Kitas für die Beschul-
1414 lung und die Betreuung von Flüchtlingskindern unterstützt werden; Wir brauchen ein Landesauf-
1415 nahmeprogramm ohne lebenslange Verpflichtungserklärungen für Menschen, die Angehörige von
1416 Flüchtlingen bei ihrer Einreise und Integration in Berlin unterstützen. Wir brauchen eine kinder- und
1417 jugendgerechte Betreuung für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge ohne entwürdigende Alters-
1418 feststellung.

1419

1420 Die Arbeit der Härtefallkommission muss verbessert werden – ihre Entscheidungen müssen bindende
1421 Wirkung auf die Entscheidungen des Senates entfalten (Möglich wäre auch eine Forderung dahinge-
1422 hend zu formulieren, dass der Innensenator durch ihn abgelehnte Anträge vor der Härtefallkommis-
1423 sion begründen muss.)

1424

1425 **Bundesweite Regelungen**

1426

1427 Von der Bundesebene fordern wir, die ständigen Verschärfungen des Asyl- und Flüchtlingsrechts
1428 zurückzunehmen, das Grundrecht auf Asyl wieder herzustellen und alle Sondergesetze zulasten von
1429 Flüchtlingen abschaffen. Alle Flüchtlinge müssen schnell einen Zugang zum Gesundheitssystem und
1430 den übrigen sozialen Sicherungssystemen bekommen. Hierzu ist es notwendig, dass alle Menschen,
1431 die Berlin als Erstziel aufsuchen, bereits am ersten Tag registriert werden. Wir brauchen ein Investiti-
1432 onsprogramm für den sozialen Wohnungsbau für alle Menschen mit geringen Einkommen, die weite-
1433 re Öffnung des Arbeitsmarkts und lehnen jede Form von Sozialkürzungen ab, schon gar solche, die
1434 mit Verweis auf die Versorgung von Flüchtlingen angekündigt werden. Wir fordern die Entwicklung
1435 einer ernsthaften Strategie zur Bekämpfung der Fluchtursachen, nicht der Flüchtlinge. Dazu gehören

1436 diplomatische Offensiven der Bundesregierung und der EU zur Befriedung der Kriege und Bürgerkriege im Nahen und Mittleren Osten, in Afrika und auch in Europa, ein Ende der rassistischen Verfolgung von Sinti und Roma in vielen Ländern selbst der EU, ein Stopp der Waffenexporte, der Kriegeinsätze der Bundeswehr, der polizeilichen und geheimdienstlichen Kooperation mit Diktaturen.

1440

1441 **Berlin – barrierefrei!**

1442

1443 Viele Berlinerinnen und Berliner haben körperliche oder andere Beeinträchtigungen. Die Konvention der Vereinten Nationen für die Rechte der Menschen mit Behinderungen stellt der Gesellschaft die Aufgabe, in allen Lebensbereichen Barrieren, die Menschen an voller gesellschaftlicher Teilhabe hindern, zu erkennen und zu beseitigen. Es geht um das Menschenrecht der Inklusion, um den Einschluss aller Menschen in ein gemeinsames gesellschaftliches Leben. Diesen Ansatz unterstützt DIE LINKE nachhaltig. Wir sind in Berlin schon recht weit damit, aber Berlin ist noch lange keine inklusive Stadt.

1449

1450 Wir wollen den gemeinsamen Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderung, die uneingeschränkte Zugänglichkeit öffentlicher Gebäude, der Verkehrsmittel und des Straßenlandes, aber auch die Barrierefreiheit des öffentlichen Internet-Auftritts. Wir wollen der gleichberechtigten Zugang zu Arbeit und Ausbildung und wir wollen, dass alle Menschen ein selbstbestimmtes Leben führen können.

1455

1456 Wir begreifen unsere Politik mit und für Menschen mit Behinderung als Querschnittsaufgabe, die sich in vielen Politikfeldern auch dieses Wahlprogramms wieder findet.

1458

1459 **Älter werden in Berlin**

1460

1461 Der medizinische Fortschritt und ein verändertes Gesundheits- und Ernährungsbewusstsein lassen die Menschen in unserer Gesellschaft immer älter werden. Immer mehr Seniorinnen und Senioren nutzen ihre Zeit nach der Erwerbsarbeit für sich, für die Familie und Freunde, für ehrenamtliches und/oder politisches Engagement, für Sport, für Kultur, für Reisen und vieles mehr. Doch für ein erfülltes gesundes Alter braucht es Grundvoraussetzungen für alle - dabei muss auch die materielle Basis, die Rente, stimmen.

1467

1468 Nicht nur allein wegen der Rentenreform ist die Alterssicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung nicht armutsfest. Prekäre Beschäftigung und unstete Erwerbsverläufe z.B. durch Arbeitslosigkeit oder Familienarbeit verschärfen dies noch. Im Ergebnis steigt die Altersarmut auch in Berlin weiter an. DIE LINKE streitet daher auf Bundesebene für die Anhebung des Rentenniveaus zur Lebensstandardsicherung, für armutsfeste Mindestrenten, die Angleichung der ostdeutschen Renten an das Westniveau und für einen Mindestlohn, der auch existenzsichernde Rentenansprüche sichert.

1474

1475 DIE LINKE streitet für eine demokratische Kultur der Teilhabe, der Gleichberechtigung aller Berlinerinnen und Berliner - unabhängig von Herkunft, Weltanschauung, Alter, Gesundheitszustand oder sexueller Orientierung. Menschen in höherem Alter haben Wissen, Erfahrungen, Kreativität und Können, die für die Gesellschaft von unschätzbarem Wert sind. Nicht einfach unter dem Aspekt ökonomischer Verwertbarkeit, sondern als Vermittlung von Wissen und Erfahrungen im Sinne eines solidarischen Miteinanders und einer solidarischen Stadtgesellschaft in Berlin.

1481

1482 Berlin war das erste Bundesland, das ein SeniorInnenmitwirkungsgesetz eingeführt hat. DIE LINKE setzt sich für die verbesserte Umsetzung und Weiterentwicklung des Gesetzes in allen Bezirken ein. Das bezieht sich sowohl auf eine einheitliche Handhabung der bestehenden Mitwirkungsrechte als auch auf die Verbesserung der Arbeitsmöglichkeiten für die Seniorenvertretungen. Wir wollen die Beteiligung älterer Berlinerinnen und Berliner an der Gestaltung ihrer Stadt ausweiten, mehr Senio-

1487

1488 rinnen und Senioren mit Migrationshintergrund für die Arbeit gewinnen und die Beteiligung bei Wah-
1489 len zu den Seniorenvertretungen erhöhen.

1490

1491 Wir fordern, dass der 1. Oktober jährlich als Tag der älteren Menschen auch in Berlin begangen wird,
1492 wie es bereits in vielen Städten seit dem Beschluss der UNO von 1990 geschieht. An diesem Tag sol-
1493 len die Herausforderungen und Chancen des demografischen Wandels in Berlin verdeutlicht und die
1494 Ergebnisse der Berliner Seniorenpolitik kritisch beleuchtet werden. Zugleich sollen die Leistungen der
1495 älteren Menschen und deren Gewinn für die Gesellschaft hervorgehoben und mit entsprechenden
1496 Ehrungen gewürdigt werden

1497

1498 Für DIE LINKEN haben die Themen Barrierefreiheit sowie Mobilität und Sicherheit einen hohen Stel-
1499 lenwert. Dabei geht um den flächendeckenden Ausbau niedrigschwelliger Angebote zum Erhalt der
1500 Mobilität und zum Verbleib in der eigenen Häuslichkeit von älteren und mobilitäts-eingeschränkten
1501 Menschen. Die Mobilitätshilfsdienste in den Bezirken müssen abgesichert werden, der Sonderfahr-
1502 dienst und der VBB Begleitservice müssen erhalten bleiben.

1503

1504 **Queer in Berlin**

1505

1506 Fünf Jahre Großer Koalition in Berlin haben die Initiative „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und
1507 Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt“ (ISV) auf der Stelle treten lassen. Entgegen aller
1508 Versprechungen sahen sich SPD und CDU nicht in der Lage, die ISV konzeptionell weiterzuentwickeln.
1509 Heute ist Berlin, der Geburtsort der modernen Bewegungen von Lesben, Schwulen, Bi- und Transse-
1510 xuellen, Transgendern und Intersexuellen` (LSBTTI*), nur noch Mittelmaß in Deutschland. Andere
1511 Bundesländer, die nach 2009 die ISV nachgenutzt und weiterentwickelt haben, haben Berlin längst
1512 überholt.

1513

1514 Dabei stellten sich nach der ersten ISV aus den Jahren 2009-2011 eine Reihe von neuen Fragen und
1515 Herausforderungen, die aufgegriffen werden müssen. Selbst der Bestand der ISV stand in den Jahren
1516 der schwarz-roten Schlafwagenmentalität in Frage. Ohne das Engagement aus den Communities
1517 wäre selbst das 2011 erreichte verloren gewesen.

1518

1519 **Initiative sexuelle Vielfalt weiterführen**

1520

1521 Wir meinen, Berlin braucht einen Neustart der ISV, der sich ressortübergreifend, dialogorientiert und
1522 nachhaltig entwickeln muss. Wir streiten dafür, dass aus der Initiative eine dauerhafte Struktur der
1523 Akzeptanzarbeit entsteht, in der die Landesantidiskriminierungsstelle und die vielen zivilgesellschaft-
1524 lichen Akteur*innen kooperieren.

1525

1526 Neben den überfälligen Schritten der rechtlichen Gleichstellung, wie der „Ehe für alle“ und der Reha-
1527 bilitierung und Entschädigung der nach den §§ 175 StGB und 151 StGB-DDR verurteilten Männer, der
1528 Arbeit im Bildungsbereich und im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe, der Sicherung, Bewahrung
1529 und Präsentation der Erinnerung der LSBTTI* Communities in der Stadt, der Wiedererrichtung des
1530 Magnus-Hirschfeld-Institutes, der Förderung für Regenbogenfamilien, der Öffnung der gesamten
1531 Verwaltung, der Förderung der Selbstorganisation in den bunten Communities der Stadt wollen wir
1532 neue Themen auf die Agenda setzen.

1533

1534 **Homo- und transfeindlicher Gewalt entgegentreten**

1535

1536 LSBTTI* sehen sich einer besonderen Gefährdung im öffentlichen Raum ausgesetzt. Immer wieder
1537 werden sie auf Grund ihrer sichtbaren oder vermuteten sexuellen Orientierung und/oder Identität
1538 verbal und körperlich bedroht oder angegriffen. DIE LINKE. Berlin wird sich für eine stärkere Sensibili-
1539 tät für die Gefahren homo- und trans*feindlicher feindlicher Übergriffe bei den Polizeibehörden und
1540 für eine Stärkung von Projekten der Gewaltprävention einsetzen.

1541
1542 Von der Community werden oft vorschnell junge, muslimischer Männer mit Migrationshintergrund
1543 als hauptsächliche Tätergruppe identifiziert. Es gibt jedoch keine belastbaren Nachweise dafür, dass
1544 von der charakterisierten Gruppe besonders viele Übergriffe ausgehen würden. Der Grund für Ge-
1545 walt gegen LSBTTI* findet sich oftmals in einem archaischen, übersteigerten Männlichkeitsbild ganz
1546 verschiedener Gruppen, ob dies nun Migranten, Fußballfans oder Partygänger sind. Wir treten dafür
1547 ein, dass nicht die Konstruktion bestimmter „Feindbilder“, sondern die Begegnung, der Austausch
1548 und die Präventionsarbeit der Communities das effektivste Mittel der Gewaltverbrechens-
1549 Bekämpfung ist.

1550

1551 **Diskriminierungsfrei im Sport**

1552

1553 Viele LSBTT*I schrecken vor dem Besuch von Sportveranstaltungen oder dem Mitmachen in einem
1554 Sportverein zurück, weil sie dies als eines der verbliebenen Felder besonderer Diskriminierung wahr-
1555 nehmen. Häufig bietet Sport durch seinen naturgemäßen Wettkampfcharakter diskriminierendem
1556 Verhalten einen fruchtbaren Nährboden. Dem wird insbesondere durch Vereins- und Faninitiativen,
1557 wie z.B. „Fußballfans gegen Homophobie e.V.“ von Fans und Sportler*innen selbst gut entgegenge-
1558 wirkt. DIE LINKE. Berlin unterstützt diese Initiativen und setzt sich aktiv für eine Ausweitung ihrer
1559 Arbeit ein.

1560

1561 **Berlin braucht eine neue Aids-Strategie**

1562

1563 Mit der Zustimmung des Landes zur Speicherung des Merkmals ANST bei einer HIV-Infektion in poli-
1564 zeilichen Datenbanken wurde erstmals seit Auftreten von Aids in Deutschland eine namentliche Spei-
1565 cherung von Menschen mit HIV eingeführt. Dies widerspricht allen Zielen einer humanen Aids-Politik.
1566 Wer Menschen mit HIV stigmatisiert und ausgrenzt, trägt zur Verbreitung von HIV bei und bekämpft
1567 es nicht. Wir werden deshalb diese Speicherung beenden.

1568

1569 Nach den neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen der Nichtinfektiosität unter Therapie muss auch
1570 das Entwicklungskonzept von 2010 weiterentwickelt werden. Berlin braucht eine moderne Strategie
1571 der HIV-Prävention, die auf die Communities setzt, Diskriminierung von Menschen mit HIV bekämpft
1572 und Zugang zu Behandlung und Diagnostik für alle ermöglicht. Es wird Zeit, sich neue Ziele zu setzen
1573 und gemeinsam für sie zu kämpfen.

1574

1575

1576

1577 **Kapitel 5:**

1578 **Wohnen, Mieten und Stadtentwicklung**

1579

1580 *Berlin ist eine Metropole geworden. Dennoch ist Berlin international in Rückstand geraten, es man-*
1581 *gelt an den Grundlagen. Der Investitionsstau muss behoben und in die Infrastruktur der Zukunft inves-*
1582 *tiert werden. Berlin muss von anderen lernen, um auf der Höhe der Zeit anzukommenn und künftig*
1583 *wieder Impulse zu setzen. Das erfordert ein Umdenken, Stadtplanung muss langfristiger, verlässlicher,*
1584 *kooperativer und dabei großräumig und lokal zugleich gestaltet werden. Benötigt werden dafür fun-*
1585 *dierte Prognosen, Monitoring und Potenzialanalysen. Anstatt Planungen zu zentralisieren und entde-*
1586 *mokratisieren, müssen Senat und Bezirke zusammenarbeiten, lokale und zivilgesellschaftliche Akteure*
1587 *und Initiativen eingebunden werden.*

1588

1589 *Berlin ist immer noch im Trend, aber keine günstige Stadt mehr. Das größte Pfund, sozial tragbarer*
1590 *Wohnraum und städtische Freiräume, drohen verloren zu gehen. Die Wohnungsfrage als soziale Fra-*
1591 *ge zu begreifen und politisch anzugehen wird die größte Herausforderung der kommenden Jahre.*
1592 *Dabei gilt: Stadt ist mehr als Wohnen und Grün ist Teil der städtischen Infrastruktur.*

1593

1594 *Berlin ist viele Städte und Heimat unterschiedlichster Menschen. Aus der Vielfalt erwachsen Kreativi-*
1595 *tät und Urbanität. Sie ist Nährboden und Schlüssel der Entwicklungsdynamik unserer Stadt. Kultur*
1596 *und Wissenschaft sind unsere Rohstoffe, Gemeinsinn und Zusammenhalt unsere Werte – das macht*
1597 *unsere Stadt lebens- und liebenswert. Nur als multikulturelle, solidarische und innovative Stadt ist*
1598 *Berlin eine soziale Metropole mit Ausstrahlung.*

1599

1600 *Berlin wächst und hat nach Jahren der Stagnation damit Probleme. Politik ist darauf schlecht vorbe-*
1601 *reitet, Behörden sind nicht ausreichend ausgestattet. Berlin und Brandenburg finden bisher keine ge-*
1602 *meinsame, beiden Seiten nützende Antwort. Berlin braucht fast 100 Jahre nach der Gründung von*
1603 *Groß-Berlin ein neues Selbstverständnis und eine tragfähige Entwicklungsstrategie.*

1604

1605 **Gemeinsam Stadt gestalten**

1606

1607 Stadtentwicklung von oben ist passé. Die Menschen wollen mitreden und mitentscheiden. DIE LINKE
1608 nimmt die Aufforderung zum Dialog gern an. Für die wachsende Stadt mit ihren vielfältigen Heraus-
1609 forderungen ist eine andere Planungs- und Entscheidungskultur unerlässlich: offen für alle und nicht
1610 in geschlossenen Zirkeln, den Kiez, die Metropole und die Region mitdenkend, statt hastig mit länge-
1611 rem Atem und gegenseitigem Verständnis. Dafür brauchen wir eine kooperative Stadtentwicklung
1612 mit der Bürgerschaft, den Eigentümern, den Bezirken und dem Nachbarland.

1613

1614 Wir wollen ein ständiges Stadtforum etablieren, in dem Politik, Verwaltung, Gesellschaft und Bürger-
1615 schaft aktuelle Aufgaben und Projekte der Stadtentwicklung miteinander debattieren. Die daraus
1616 erwachsenden Entscheidungsvorschläge werden dem Senat bzw. Abgeordnetenhaus vorgelegt. Das
1617 Stadtforum soll auch als Plattform lokaler und thematischer Bürgerinitiativen dienen und als perma-
1618 nenter Informations-, Kommunikations- und Ausstellungsort mit nutzbarer Infrastruktur eine selbst-
1619 bestimmte Stadtentwicklung unterstützen. Auf Landesebene und in den Bezirken unterstützen für
1620 die Einrichtung von Planungsbeiräten und Projekt begleitenden Gremien.

1621

1622 Bezirkliche Planungen und Vorhaben, zu denen ein Bürgerbegehren angestrengt worden ist, sollen
1623 bis zu dessen Abschluss nicht in die Zuständigkeit des Senats übergehen. Für den Ausbau der Bürger-
1624 beteiligung sollen im Landeshaushalt und auf bezirklicher Ebene mehr Mittel bereitgestellt werden,
1625 von denen ein Teil bürgerschaftlichen Gremien zur eigenen Verfügung stehen soll.

1626

1627 **Soziale Wohnraumversorgung**

1628

1629 Seit 2009 steigen die Mieten überdurchschnittlich. Die Einkommensentwicklung hält nicht Schritt.
1630 Haushalte mit geringen Einkommen finden kaum Wohnraum zu bezahlbaren Preisen. Menschen mit
1631 Schulden haben kaum Chancen, eine Wohnung anzumieten. Die Zahl der Wohnungslosen steigt.
1632 Menschen, die Transferleistungen beziehen, finden keine günstigere Wohnung, wenn sie zur Kosten-
1633 senkung aufgefordert werden. Immer mehr Menschen haben keine Chance, auf dem Wohnungs-
1634 markt eine Wohnung zu finden.

1635
1636 Aber Wohnen ist ein Grundrecht - Wohnraumversorgung staatlicher Auftrag. DIE LINKE fordert als
1637 Grundlage für alle Planungen und Maßnahmen zur sozialen Wohnraumversorgung einen Wohn-
1638 raumversorgungbericht, einschließlich Wohnungslosenstatistik, und darauf aufbauend ein Wohn-
1639 raumversorgungskonzept mit konkreten Maßnahmen.

1640
1641 Die Richtwerte für die Kosten der Unterkunft müssen für alle Wohnlagen im Mietspiegel gelten. Mie-
1642 ten und Betriebskosten, die der ortsüblichen Vergleichsmiete und der Berliner Betriebskostenüber-
1643 sicht entsprechen, müssen übernommen werden, ebenso alle Miethöhen im sozialen Wohnungsbau.
1644 Eine Aufforderung zur Kostensenkung darf nur ergehen, wenn vom Amt nachgewiesen ist, dass kos-
1645 tengünstigerer Wohnraum zur Verfügung steht. Die Prävention von Wohnungsverlust muss absolute
1646 Priorität haben. Wir fordern ein Konzept zur Vermeidung von Zwangsräumungen.

1647
1648 Berlin braucht ein ausreichendes Wohnungskontingent, um schnell und unbürokratisch Notfälle ab-
1649 zuwenden. Das Geschützte Marktsegment für Menschen, die sich in besonderen Notlagen befinden,
1650 muss erweitert werden. Die Kooperationsvereinbarung zum Wohnen für Flüchtlinge muss an die
1651 Realität angepasst und auf weitere Partner erweitert werden.

1652
1653 **Gutes Wohnen für alle**

1654
1655 Wir wollen selbstbestimmtes Wohnen jenseits von Sammeleinrichtungen, für kinderreiche Familien
1656 und Studierende genauso wie für Singles, Flüchtlinge, kranke oder ältere Menschen, Menschen mit
1657 Behinderung. Wir schlagen vor, die spezifischen Wohnraumbedarfe wie etwa Appartements für
1658 Flüchtlinge und studierende, besonders große Wohnungen für große Familien und Wohngemein-
1659 schaften, barrierefreier Wohnraum in die Wohnraumförderung zu integrieren. Spezielle Beratungs-
1660 angebote sollen jeweils helfen – auch gegen Diskriminierungen auf dem Wohnungsmarkt.
1661 Nicht alle Singles wollen allein oder in zu groß gewordenen Wohnungen wohnen. Durch kommunale
1662 Wohnungstauschbörsen und -vermittlung, ohne Neuvermietungszuschläge, wollen wir flächenspar-
1663 sames und gemeinsames Wohnen fördern.

1664
1665 **Soziale Mietenpolitik und Mieterschutz**

1666
1667 Mietrecht ist Bundesrecht. Aber das Land Berlin muss im Bundesrat alle Möglichkeiten für eine Ver-
1668 besserung der sozialen Wohnraumversorgung und des Mieterschutzes nutzen und selbst initiativ
1669 werden.

1670
1671 Wir streiten z.B. dafür, dass Mieterhöhungen ohne Wohnwertverbesserung - auch bei Wiederver-
1672 mietung - dürfen nur noch im Rahmen eines Inflationsausgleichs erfolgen dürfen. Die Modernisie-
1673 rungsumlage muss abgeschafft und in den Mietspiegel integriert werden. In den Mietspiegel müssen
1674 alle Mieten - auch unveränderte Bestandsmieten – einfließen. Die Kündigungsmöglichkeiten der
1675 Vermieter bei Eigenbedarf sollen eingeschränkt und die Kündigungsfristen verlängert werden. Der
1676 Schutz der Mieterinnen und Mieter vor Kündigungen bei Mietrückständen soll verbessert werden.
1677 Darüber hinaus streiten wir für eine Verbesserung der Bedingungen für eine Wohnungswirtschaft,
1678 die nicht profitorientiert ist, z.B. durch eine neue Gemeinnützigkeit: Ein non-profit-Sektor schafft
1679 bezahlbare Mieten für soziale Zielgruppen, beteiligt Mieterinnen und Mieter an Entscheidungen,
1680 verzichtet auf Gewinne und wird im Gegenzug von der Steuerlast befreit. Die Möglichkeit die Grund-

1681 erwerbsteuer zu umgehen, soll abgeschafft werden. Berlin soll eine Demokratisierung der Genossen-
1682 schaften unterstützen.

1683

1684 **Bezirke und Land Hand in Hand für soziales Wohnen**

1685

1686 Soziale Wohnungspolitik braucht starke bezirkliche Behörden, Personal, funktionierende Verwal-
1687 tungsstrukturen und öffentliche Mittel. Die Bezirksämter müssen wieder in die Lage versetzt werden,
1688 ordnungspolitisch gegen Verdrängung, Mietpreisüberhöhung, Verwahrlosung und Zweckentfrem-
1689 dung von Wohnraum etc. vorzugehen. Wir fordern die Einrichtung von Wohnungsämtern in allen
1690 Bezirken.

1691

1692 Leerstand, Zweckentfremdung und Abriss von Wohnraum muss erfasst werden. Spekulativer Leer-
1693 strand soll bereits nach drei Monaten geahndet und durch eine Belegung durch das Wohnungsamt
1694 unterbunden werden können. Auch die Umwandlung in Gewerbe, Ferienwohnungen sowie der Ab-
1695 riss effektiv eingedämmt werden.

1696

1697 Die Ausübung des kommunalen Vorkaufsrechts z.B. in Milieuschutzgebieten soll intensiviert werden,
1698 um Spekulation mit Wohnraum wirksam zu begegnen. Das soll durch einen Fonds des Landes bzw.
1699 Eintreten von städtischen Wohnungsbaugesellschaften erleichtert werden.

1700

1701 Mieterinnen und Mieter sollen dabei unterstützt werden, ihre Rechte zu kennen und wahrzuneh-
1702 men. Wir wollen offene Mieterberatungen in allen Bezirken und die Unterstützung lokaler Mieter-
1703 gremien. Mieterforen auf bezirklicher Ebene sollen auf die Entwicklung des Quartiers Einfluss neh-
1704 men. Jobcenter müssen ein Interesse daran haben, Kosten, die der Vermieter in Rechnung stellt,
1705 überprüfen zu lassen. Daher sollen die Kosten für eine Mieterberatung bzw. Mitgliedsbeiträge in
1706 Mietervereinen für Transferleistungsbeziehende übernommen werden.

1707

1708 Die Betriebskosten sind in den letzten Jahren erheblich gestiegen und entscheiden, wieviel Wohnen
1709 unter dem Strich kostet. Zwar sind Erhebung und Abrechnung von Betriebskosten bundesrechtlich
1710 geregelt, die Landespolitik kann indirekt über ihre kommunalen Unternehmen auf die Betriebskosten
1711 einwirken. DIE LINKE setzt sich für eine soziale Preispolitik der öffentlichen Unternehmen ein.

1712

1713 **Die städtischen Wohnungsbaugesellschaften**

1714

1715 Die städtischen Wohnungen sind ein zentrales Instrument für eine soziale Wohnungspolitik. Wir wol-
1716 len sie konsequent sozial ausrichten und wirtschaftlich stärken und demokratisieren. Wir schlagen
1717 vor, dass die städtischen Wohnungsbaugesellschaften aus ihrem Bestand jährlich wachsend eine
1718 bestimmte Zahl von Mietpreis- und Belegungsgebundenen Wohnungen zur Verfügung stellen. So
1719 entsteht ein Pool von Wohnungen die dauerhaft nicht der Mietspiegelsystematik unterliegen, son-
1720 dern zu fixierten Höchstmieten (5,50 Euro pro Quadratmeter) für bevorrechtigte Personenkreise
1721 (Transferleistungsbeziehende und WBS-Berechtigte) zur Verfügung stehen.

1722

1723 Außerdem sollen die Gesellschaften ihre Bestände durch Ankauf und Neubau ihre Bestände auf
1724 400.000 Wohnungen erhöhen. Damit die städtischen Wohnungsbaugesellschaften diese Aufgaben
1725 bewältigen können, erhalten sie einen Zuschuss ins Eigenkapital. Dafür gelten Vorgaben zur Mieten-
1726 gestaltung: keine Neuvermietungszuschläge ohne Wohnwertverbesserung, Beibehaltung der alten
1727 Mietkonditionen bei Wohnungstausch in kleinere Wohnungen. Die Gesellschaften sollen mit den
1728 jährlichen Zielbildern konkrete, unternehmensspezifische wohnungswirtschaftliche und soziale Vor-
1729 gaben erhalten.

1730

1731 Die innere Demokratisierung der städtischen Wohnungsunternehmen ist uns ein wichtiges Anliegen.
1732 Neben den klassischen Mieterbeiräten sollen auch neue Mitwirkungs- und Mitentscheidungsformen

1733 gefördert werden. Individuelle Modernisierungsvereinbarungen sollen Standard werden. Mieterinnen und Mieter sollen über Modernisierungsvarianten mitentscheiden.

1734

1735

1736 Die städtischen Wohnungsbaugesellschaften sollen ihre Rolle als Partner einer sozialen Stadtteilentwicklung ausbauen. Projektbezogen werden Bewohnerschaft und Nachbarschaft einbezogen und
1737 eine enge Kooperation mit Bezirken und lokalen Bündnissen angestrebt. Spezielle wohnungsnahe
1738 Dienstleistungen etwa für Ältere werden ausgebaut.

1739

1740

1741 Die städtischen Wohnungsbaugesellschaften sollen die rd. 4.600 Wohnungen des Bundes in ihre Bestände eingliedern und bewirtschaften. Auch die Berliner Wohnungsbestände der berlinovo ist, sollen als städtische Wohnungen gesichert werden.

1742

1743

1744

1745

Unterstützung von und Kooperation mit Genossenschaften

1746

1747

1748

1749

1750

1751

1752

1753

1754

1755

Die Berliner Genossenschaften mit fast 200.000 Wohnungen können wichtige Partner für die soziale Wohnraumversorgung sein. Damit die Wohnkosten weiterhin moderat und die wirtschaftliche Lage der Genossenschaften gut sind, muss das Land Berlin Genossenschaften besser als bislang unterstützen. Sie brauchen besseren Zugang zu landeseigenen Grundstücken für eine sozial orientierte Bestandserweiterung. Durch Übernahme von Mitgliedsanteilen sollen auch Transferleistungsbeziehende Mitglieder bei Genossenschaften werden können. Die von uns vorgeschlagene Wohnraumförderung Berlins richtet sich explizit auch an das starke Genossenschaftssegment. Hinzu kommen spezielle Wettbewerbe und Unterstützung bei Neugründungen.

1756

Neue soziale Wohnraumförderung

1757

1758

1759

1760

1761

1762

Die derzeitige Wohnraumförderung ist der falsche Weg. Die Anfangsmieten von durchschnittlich 6,50 Euro pro Quadratmeter sind zu hoch und die Bindungen sind befristet. Die Konzentration auf den Wohnungsneubau ist nicht zielführend, weil diese Förderung am teuersten ist. Die Förderung der Wohnungsmodernisierung und des Ankaufs von Wohnungen muss erweitert werden.

1763

1764

1765

1766

1767

1768

1769

Wir schlagen vor, dass sich eine soziale Wohnraumförderung vor allem an die öffentlichen Wohnungsunternehmen, aber auch an Genossenschaften sowie sozial orientierte Baugemeinschaften und Bauträger richtet. Gegenleistung für die Förderung ist die dauerhafte Bereitstellung von mietpreis- und belegungsgebundenem Wohnraum. Für die Ausreichung der Mittel schlagen wir ein transparentes Bewertungsmodell mit Förderkriterien (wie Wohnungsstruktur und Qualität, städtebauliche Anforderungen, ökologische Vorgaben) und ein zivilgesellschaftliches Begleitgremium vor.

1770

1771

1772

1773

1774

1775

1776

Die Schaffung von Wohnraum für besondere Bedarfsgruppen wie etwa für geflüchteten Menschen, Studierenden, betreute Wohngruppen, aber auch z.B. die Schaffung von Ateliers soll in die Förderung integriert werden. Ebenso sollen Kleinstwohnungen und modulare Gebäude gefördert werden können, um den Bedarf an sehr preisgünstigem, einfachem, aber qualitativ gutem Wohnraum nachzukommen. Zusammen mit der Eigenkapitalzuführung an die Städtischen Wohnungsbaugesellschaften sollen so jährlich 10.000 sozial gebundene Wohnungen zusätzlich bereitstehen.

1777

1778

1779

1780

1781

1782

1783

1784

1785

Unser langfristiges Ziel sind 500.000 dauerhaft mietpreis- und belegungsgebundene Wohnungen, das entspricht einem Viertel aller Berliner Wohnungen. Gegenüber dem derzeitigen Stand wäre das fast eine Verdopplung, bei mietpreisgebundenen Wohnungen sogar eine Verdreifachung. Wir wollen erreichen, dass auch die aus früheren Programmen der Wohnungsbau- und Städtebauförderung vorhandenen Belegungsbindungen erhalten, wieder genutzt und ihre Einhaltung kontrolliert werden. Die Wohnungen des alten sozialen Wohnungsbaus sind ein wohnungspolitisches Potential. Wir wollen dass diese ca. 130.000 Sozialwohnungen müssen dauerhaft für soziale Wohnungspolitik zur Verfügung stehen und wieder bezahlbar werden. Dabei wollen wir alle Möglichkeiten ausschöpfen, um die Eigentümer über eine soziale Richtsatzmiete an den Kosten für eine soziale Mietgestaltung zu

1786 beteiligen. Außerdem können durch ein Streckung der Rückzahlung von Landesdarlehen und sowie
1787 eine niedrigere Verzinsung Spielräume für eine Mietsenkung erschlossen werden. Zusätzlich soll im-
1788 mer auch der von Sozialwohnungen durch das Land oder seine Wohnungsbaugesellschaften angebo-
1789 ten und geprüft werden. Insbesondere gilt dies entsprechend dem Grundsatz ‚Ankauf vor Nachsub-
1790 ventionierung‘ für Objekte in wirtschaftlicher Schieflage.

1791

1792 **Nachhaltige Bodenpolitik**

1793

1794 Boden ist nicht vermehrbar und deshalb von besonderem Wert für eine soziale Stadtentwicklung.
1795 Berlin muss strategisch handeln und wieder eine aktive Vorratspolitik betreiben. Städtische Grund-
1796 stücke für den Wohnungsbau sollen vorrangig an städtische Wohnungsbaugesellschaften, Genossen-
1797 schaften und soziale Bauträger vergeben werden.

1798

1799 Für private Bauflächen ist eine soziale Bodennutzung vorzuschreiben. Wenn ein Investor Baurecht
1800 erhält, soll er einen Anteil von mindestens der Hälfte der Wohnungen zu sozial tragbaren Miethöhen
1801 vorsehen. In Bebauungsplänen sind durch textliche Festlegungen übergroße und Luxuswohnungen
1802 auszuschließen.

1803

1804 **Soziale Stadtentwicklung**

1805

1806 Wohnungspolitik und Städtebauförderung gehören zusammen. Denn Investitionen in den Woh-
1807 nungsbestand und die öffentliche Infrastruktur führen zu Veränderungen im Kiez. Sie gehen mit Auf-
1808 wertung, einer anderen Wahrnehmung des Stadtviertels, Veränderungen der Wohnlage, Verbesse-
1809 rung des Wohnungsbestands und steigenden Mieten einher.

1810

1811 Daher schlagen wir vor künftig die Inanspruchnahme von Städtebauförderung mit Instrumenten zur
1812 Mietendämpfung und zur sozialen Stabilisierung zu verbinden - wie etwa die Festlegung von Milieu-
1813 schutzgebieten, Ausweitung von Mietpreis- und Belegungsbindungen, offene Mieterberatungen,
1814 Rahmenvereinbarungen und Sozialpläne für Modernisierungen.

1815

1816 Die Rahmenstrategie und das Monitoring Soziale Stadtentwicklung sollen regelmäßig ressortüber-
1817 greifend und gemeinsam mit den Bezirken weiterentwickelt und transparent ausgewertet werden.
1818 Die Erfahrungen des Quartiersmanagements und bezirklicher Strategien sollen in ein stadtweites und
1819 permanentes sozialraumorientiertes Verwaltungshandeln der Bezirke überführt werden.

1820

1821 Die Anwendung insbesondere des Milieuschutzes durch die Bezirke soll vom Senat durch gezielte
1822 Maßnahmen angeregt werden. Für die erforderlichen Gebietsstudien stellt der Senat Mittel und bei
1823 Bedarf fachliche Unterstützung zur Verfügung.

1824

1825 **Ideen für die Stadt von morgen**

1826

1827 Im Jahr 2020 wird die Bildung der neuen Stadtgemeinde – Groß-Berlin – 100 Jahre her sein. Die Fra-
1828 ge des Verhältnisses von Stadt und Region stellt sich mit dem wachsen der Stadt neu. Konkurrenz-
1829 denken bei Ansiedlungen und beim Wohnungsbau führt nicht weit. Wir möchten eine kooperative
1830 Regionalentwicklung mit Brandenburg befördern. Die Planwerke und Staatsverträge mit Branden-
1831 burg sind zu aktualisieren, Wohnungsbau und Siedlungsentwicklung auf gut erschlossenen Siedlungs-
1832 achsen in Berlin und Brandenburg zu konzentrieren und dadurch Frei- und Naturräume zu schützen,
1833 der lokale Einzelhandel, die lokale Wirtschaft und der regionale Austausch zu fördern.

1834

1835 Wir sehen Chancen einer intelligenten, vernetzten Stadt nicht in erster Linie in neuen Verwertungs-
1836 wegen. Wir wollen keinen Verlust an öffentlichem Raum durch eine perfektionierte Überwachung.
1837 Wir wollen die Stadt lebenswerter machen etwa durch eine intelligente Vernetzung der Verkehrsmi-
1838 tel. Das heißt z.B. schlicht und einfach ausreichende Fahrradabstellplätze an Bahnhöfen.

1839
1840 Berlin wird in den nächsten Jahren wachsen und deshalb intensiver geplant und erweitert. Grünflächen müssen dabei von Bebauung weitgehend freigehalten werden. Wir brauchen sie in einer Stadt
1841 mit einem sich verändernden Klima, mit mehr Hitze- und Trockenperioden, für die Entstehung von
1842 Kaltluft, den Abbau von Luftschadstoffen und die Erholung.
1843
1844
1845 Eine dichtere, höhere Bebauung ist an anderen Orten sinnvoll. So wollen wir auf untergenutzten
1846 Grundstücken, etwa Parkplätze von Supermärkten, höhere bauliche Dichten erreichen. Wir schlagen
1847 dafür einen Wettbewerb für kooperative Vereinbarungen zwischen städtischen Wohnungsbaugesell-
1848 schaften und Grundstückseigentümern der Supermärkte vor.
1849
1850 Bei aller Nachverdichtung brauchen wir weiterhin zugängliche grüne halböffentliche Bereiche wie
1851 etwa Innenhöfe und keine großräumig umzäunten Wohnquartiere (gated communities). Die Pflicht in
1852 der Bauordnung, bei Neubauten auf Privatflächen Spielplätze zu errichten, die dann nicht öffentlich
1853 zugänglich sind, wollen wir durch eine Pflichtabgabe zugunsten der Sanierung und des Neubaus von
1854 öffentlichen Spielplätzen ersetzen.
1855
1856 Der Flächennutzungsplan (FNP) von 1994 ist in den letzten Jahren häufig geändert worden. Das er-
1857 setzt aber nicht die überfällige Revision, die mit einer Ablösung des überholten Baunutzungsplans
1858 (BNP) von 1958 für den Westteil der Stadt verbunden werden muss. Vor allem die im FNP enthalte-
1859 nen Verkehrsvorhaben bedürfen einer Aktualisierung. Anstelle der Fortführung der Stadtautobahn
1860 BAB 100 und der Anlage neuer Tangentialstraßen im Norden brauchen wir eine Weiterentwicklung
1861 des schienengebundenen Nah- und Regionalverkehrs.
1862
1863 Das Stadtentwicklungskonzept Berlin 2030 soll unter Beteiligung der Öffentlichkeit und der Bezirke
1864 und tatsächlich ressortübergreifend weiterentwickelt und für die darin enthaltenen Transformations-
1865 räume konkretisiert werden.
1866
1867 **Stadt ist mehr als Wohnen**
1868
1869 Der Stadtentwicklungsplan Wohnen von 2013 ist bereits überholt und muss aktualisiert werden. Dies
1870 muss damit verbunden werden, den mit dem Wohnungsbau einhergehenden Infrastrukturbedarf
1871 systematisch zu ermitteln und vorzusehen. Das bedeutet Bedarfserhebung, finanzielle Absicherung
1872 und rechtzeitige bauliche Umsetzung. Nahverkehrsplan sowie Verkehrsverträge mit BVG und S-Bahn
1873 müssen die notwendigen Netzerweiterungen rechtzeitig enthalten. Die aktuell von allen Bezirken
1874 erstellten Infrastrukturkonzepte müssen einem stadtweiten Monitoring unterliegen und regelmäßig
1875 fortgeschrieben werden. Für die Realisierung sollen die Investitionszuweisungen für die Bezirke be-
1876 darfsgerecht erhöht und ggf. bezirksübergreifende Lösungen für Planung und Bau umgesetzt werden.
1877
1878 **Berlin und der Bund**
1879
1880 Wir setzen uns dafür ein, dass der Bund Liegenschaften, die er dauerhaft nicht für seine Zwecke be-
1881 nötigte dem Land Berlin höchstens zum Verkehrswert angeboten werden, damit sie für öffentliche
1882 Interessen im Sinne einer sozialen Stadtentwicklung genutzt werden können.
1883
1884 Bei städtebaulichen Entwicklungen wie auch bei den bestehenden Standorten des Bundes sollen
1885 vielfältige, lebendige, öffentliche und frei zugängliche Nutzungen in den Erdgeschosszonen und in
1886 den Außenbereichen entstehen, die Begegnung und politische Aktionen ermöglichen und dadurch
1887 Urbanität erzeugen.
1888
1889 **Die Berliner Mitte gemeinsam gestalten**
1890

1891 Die Berliner Mitte ist ein besonderer Identität stiftender Ort. Sie muss vielem gerecht werden: Sie ist
1892 die Wiege Berlins, mit historischen Spuren aus allen Epochen, sie ist kulturelles und Handelszentrum,
1893 sie ist Wohn- und Arbeitsort. Sie kann ein städtisches, stadtpolitisches Forum werden, an dem sich
1894 die Stadtgesellschaft verständigt und ihrer selbst vergewissert.

1895
1896 Wir wollen den Bürgerdialog über die Berliner Mitte fortsetzen. Wir schlagen vor, dass der Raum
1897 zwischen Alexanderplatz und Spree als öffentlicher Raum frei von privater und kommerzieller Nut-
1898 zung bleibt: Ein zentraler Park bietet Erholung. Die authentischen historischen Funde und Bauten
1899 sind öffentlich zugänglich. Die Spandauer Straße wird verkehrsberuhigt. Am Fuß des Fernsehturms
1900 dominiert öffentliche Nutzung. Zusätzlich machen Zwischennutzungen und Aktionen den Raum inte-
1901 ressanter. Auch das Marx-Engels-Denkmalensemble wird wieder an prominenter Stelle aufgestellt.
1902 Wir wollen die Mitte der Stadt auch als lebenswerten Wohnort für alle Schichten der Bevölkerung
1903 erhalten. Deshalb muss an eine ausreichende soziale Infrastruktur gedacht werden. Hier sind in den
1904 letzten Jahren Defizite entstanden, die behoben werden müssen.

1905
1906 Der Alexanderplatz ist für viele Berlinerinnen und Berliner der zentrale Ort, den sie in ihrem Alltag
1907 passieren. Damit der Platz an Aufenthaltsqualität gewinnt, sind Maßnahmen erforderlich, die statt
1908 der Monofunktion Einkaufen einen Nutzungsmix und ein ansprechende Gestaltung ermöglichen. Die
1909 kommerzielle Platznutzung soll eingeschränkt werden. An die Geschichte des Platzes insbesondere
1910 im November 1989 soll durch einen Gedenkort erinnert werden.

1911
1912 Der Plan aus den frühen 90er Jahren, den Alexanderplatz mit einem Kranz von Hochhäusern zu um-
1913 zingeln, ist zum Glück bis heute nicht realisiert worden. Heute sind neben dem Haus des Lehrers auch
1914 das Haus des Reisens und das Haus des Berliner Verlags endlich denkmalgeschützt. Neue Hochhäu-
1915 ser, die in den Sichtachsen der auf den Alexanderplatz zulaufenden Magistralen den Fernsehturm
1916 verdecken, lehnen wir ab. Das frühere Haus der Statistik soll vom Bund erworben, erhalten und für
1917 unterschiedliche öffentliche und kreative Nutzungen hergerichtet werden.

1918
1919 **Ein neuartiger Plan fürs Stadtgrün**

1920
1921 DIE LINKE möchte einen Stadtentwicklungsplan Grün aufstellen. Parks und Grünflächen sollen ge-
1922 schützt werden. Statt sie zu bebauen, sollen mit ihren stadtklimatischen und sozialen Funktionen
1923 weiter entwickelt werden. Für den notwendigen Wohnungsbau sollen stattdessen die zahlreich in
1924 der Stadt vorhandenen Brachen und untergenutzten Flächen aktiviert sowie ein regionaler Ansatz
1925 verfolgt werden.

1926
1927 Ehemalige Friedhofsflächen, sollen allenfalls im Ausnahmefall zu bebaut werden dürfen. Kleingärten
1928 erfüllen eine wichtige ökologische und zugleich soziale Funktion. Sie sollen planerisch gesichert wer-
1929 den. Sie dürfen nicht bebaut werden, im Ausnahmefall ist eine Kompensation zwingend. Der Spree-
1930 park Plänterwald soll wieder öffentlich zugänglich werden, der Teufelsberg zum Naherholungsgebiet
1931 im Wald werden. Dauerhaft nicht mehr benötigte Bahnflächen sollen als Grünverbindungen gesichert
1932 werden. Der Besuch der Internationalen Gartenbauausstellung (IGA) 2017 in Marzahn-Hellersdorf
1933 soll für alle erschwinglich sein. Für wichtige bezirkliche Park- und Grünanlagen wollen wir zusätzliche
1934 Mittel für deren Pflege zur Verfügung stellen.

1935
1936 **Durch Nachnutzungen die Stadt sozial und ökologisch umbauen**

1937
1938 Die Schließung des Flughafens Tegel eröffnet große Möglichkeiten. Wir unterstützen die Entwicklung
1939 als modernes Industrie- und Technologiezentrum sowie die Errichtung eines Campus für die Beuth-
1940 Hochschule auf den bereits versiegelten Flächen. Die Lage am Landschaftsraum Tegeler Forst ermög-
1941 licht eine umfassende Renaturierung von Randflächen und eine umweltgerechte Verflechtung mit
1942 den benachbarten Wohnsiedlungen und Stadtteilen. Das geplante neue Wohnquartier soll mit preis-

- 1943 werten, überwiegend städtischen Wohnungen werden. Die Anbindung an das öffentliche Verkehrs-
- 1944 netz muss dabei insgesamt verbessert werden.
- 1945
- 1946 Gewerbliche Flächen, die auch längerfristig nicht mehr für diesen Zweck benötigt werden, sollen vom
- 1947 Land Berlin angekauft, behutsam umgewandelt und für den Wohnungsbau und soziale Einrichtungen
- 1948 nutzbar gemacht werden. Hierzu sollen die Reserven für Industrie- und Gewerbeansiedlungen neu
- 1949 überprüft und dem tatsächlichen Bedarf angepasst werden, um für den Wohnungsbau Flächenpo-
- 1950 tenziale gewinnen, damit Wohnungen nicht auf wertvollen Grün- und Freiflächen errichtet werden
- 1951 müssen.
- 1952
- 1953 Neu erschlossene Wasserlagen z.B. an der Stadtspreewald auf ehemaligen Gewerbeflächen müssen öf-
- 1954 fentlich zugänglich gemacht werden. DIE LINKE möchte ein Programm auflegen, mit dem das Land
- 1955 Brachflächen ankauft und recycelt, indem die Böden saniert und die Flächen für Wohnquartiere er-
- 1956 schlossen werden. Auch die Kombination von nichtstörendem Gewerbe und Wohnen soll planerisch
- 1957 ermöglicht und nicht länger ausgeschlossen werden. Die Trennung von Arbeiten und Wohnen ist
- 1958 nicht mehr zeitgemäß. Nicht mehr benötigte Bahnflächen sind möglichst für Grünflächen und Nut-
- 1959 zungen im öffentlichen Interesse zu sichern.
- 1960
- 1961 **Denkmalschutz und städtebauliches Erbe**
- 1962
- 1963 Berlin ist voller Geschichte und verfügt trotz sprichwörtlicher Modernität und Veränderungsdynamik
- 1964 über etliche historische Zeugnisse aller Epochen. Das Erbe zu bewahren und in die Zukunft zu integ-
- 1965 rieren ist eine herausragende Aufgabe der Stadtgestaltung. Die Kompetenzen und die Kapazitäten
- 1966 der dafür zuständigen Landes- und Bezirksbehörden sind deshalb zu stärken.
- 1967
- 1968 Für die Gebiete der Nachkriegsmoderne, die Berlin als Weltkulturerbe nominiert hatte (Hansaviertel,
- 1969 Karl-Marx-Allee, Corbusier-Haus), wollen wir Mittel aus dem Programm städtebaulicher Denkmal-
- 1970 schutz einsetzen und gemeinsam mit den Bezirken und den lokalen Initiativen eine Erhaltungs- und
- 1971 Entwicklungsstrategie vorlegen und schrittweise umsetzen.
- 1972
- 1973 Im Jahr 2019 feiert Berlin als eine der drei Wirkungsstätten zusammen mit Weimar und Dessau das
- 1974 100jährige Jubiläum der Gründung des Bauhauses. DIE LINKE hat sich jahrelang für einen Erweite-
- 1975 rungsbau des Bauhaus-Archivs eingesetzt und wird daher Planung, Finanzierung und Neubau sowie
- 1976 Sanierung des denkmalgeschützten Bestandsgebäudes mit Nachdruck unterstützen.
- 1977
- 1978 Auch das Ende des Ersten Weltkriegs, die Novemberrevolution und die Gründung der Weimarer Re-
- 1979 publik jähren sich in der nächsten Wahlperiode zum 100. Mal. Künstler und Architekten – nicht nur,
- 1980 aber vor allem auch das Bauhaus – hatten seinerzeit revolutionäre Vorstellungen vom Arbeiten und
- 1981 Wohnen in einer befreiten Gesellschaft. Nicht nur Berliner Siedlungen sind in ihrer Vielfalt lebendige
- 1982 Zeugnisse dieser Visionen. Auch sind die standardisierte Produktion im Wohnungsbau, funktionsge-
- 1983 rechter Wohnraum und kostengünstige Baustoffe heute wieder so aktuell wie früher. Berlin kann auf
- 1984 Grundlage dieses Erbes gute Lösungen entwickeln und wieder Vorbild werden.
- 1985
- 1986

1987 **Kapitel 6**

1988 **Bildung, Kultur, Medien und Digitalisierung**

1989

1990 *Die Kontinuität der vergangenen Jahre bestand im Wandel. Berlin ist gewachsen durch Zuwanderung*
1991 *aus anderen Teilen Deutschlands und aus der Welt. Damit sind kulturelle- und Bildungserfahrungen*
1992 *zugewandert, für die Räume geschaffen werden müssen, damit Berlin sich zum Besseren verändern*
1993 *kann. Zugleich ist die Erfahrung von Kriegen, Not und Verlust zugewandert, der Angebote und Chan-*
1994 *cen auf einen Neuanfang entgegengesetzt werden sollen.*

1995

1996 *Der größte Wandel der vergangenen Jahre bestand in der Wiederbelebung und in einer neuen Quali-*
1997 *tät der Bürgerschaft. Sie hat sich Teilhabe erobert und Mitsprache eingefordert. Zugleich hat sie An-*
1998 *gelegenheiten in die Hände genommen, die der Politik entglitten waren. Sie hat der elitären Idee eines*
1999 *verwertungsorientierten Stadtzentrums die Idee einer offenen Stadtmitte für alle entgegengesetzt. Sie*
2000 *hat auf das Chaos einer überforderten Verwaltung und Politik mit der Selbstorganisation einer Will-*
2001 *kommenskultur geantwortet. Sie hat sich der Landnahme durch Investoren entgegengestellt, deren*
2002 *einzigste Idee von Berlin darin besteht, dass hier Geld zu machen ist.*

2003

2004 *Bildung und Kultur, Teilhabe und Ausweitung der Bürgerrechte werden in den kommenden Jahren die*
2005 *wichtigsten Bindeglieder sein, um die sich mehr und mehr ausdifferenzierende Stadtgesellschaft als*
2006 *Gemeinwesen zu erhalten und zu entwickeln. In beiden Bereichen sollen kooperative Strukturen ge-*
2007 *fördert werden. Beide Bereiche brauchen politische Rahmenbedingungen, um alle Formen und Mög-*
2008 *lichkeiten der direkten Demokratie nutzen zu können. Sie brauchen finanzielle Rahmenbedingungen,*
2009 *die ihnen Selbstverwaltung in hohem Maß und Ausgestaltung ihrer Potenziale in Eigenregie ermögli-*
2010 *chen.*

2011

2012 *Förderung, Zuwendung und politische Entscheidungen sollten sich daran orientieren, ob und wie der*
2013 *Zugang zu Bildung allen geöffnet bleibt und all jenen geöffnet wird, die andere Sprachen sprechen,*
2014 *anderen Kulturen entstammen und ein neues Leben beginnen. Förderung, Zuwendung und politische*
2015 *Entscheidungen sollen sich ebenso daran messen, ob und wie Kultur Räume öffnet und die Potenziale,*
2016 *die uns aus aller Welt und dem eigenen Land zugewachsen sind, auf Augenhöhe einbindet.*

2017

2018 *Die Politik hat sich dabei zu kümmern, anstatt Vorgaben zu machen. Sie hat Entscheidungen zu tref-*
2019 *fen, die auf den Prämissen der Beteiligung, Förderung und Einbeziehung fußen und die Größenwahn*
2020 *nicht mit Kreativität verwechseln. Berlin ist die Stadt, in der dies gelingen kann. Wenn der politische*
2021 *Wille da ist, es gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern zu versuchen.*

2022

2023 *Bildung ist ein Menschenrecht. Sie ist Voraussetzung für die Entwicklung der Persönlichkeit und die*
2024 *Chancen für die persönliche und berufliche Verwirklichung aller, sie ist eine Grundbedingung für ein*
2025 *gelingendes Leben, für die Emanzipation und Teilhabe an der Gesellschaft. Für DIE LINKE ist Bildungs-*
2026 *politik aktive Sozialpolitik, denn sie muss für alle Menschen Chancengleichheit beim Zugang und Er-*
2027 *werb von Bildung garantieren.*

2028

2029 *Wir haben die Gemeinschaftsschulen 2006 auf den Weg gebracht und die wissenschaftliche Evaluati-*
2030 *on zeigt ganz klar, dass alle Schülerinnen und Schüler von dieser Gemeinschaftsschule profitieren- und*
2031 *eine andere Lern- und Lehrkultur gelingen kann. Wir wollen schrittweise allen Schülerinnen und Schü-*
2032 *lern diese Möglichkeit einer inklusiven Gemeinschaftsschule ab der ersten Klasse bis zum Abschluss*
2033 *eröffnen.*

2034

2035 **Inklusive Schule – eine Schule für alle!**

2036

2037 DIE LINKE. Berlin setzt sich dafür ein, dass entscheidende Schritte zur Verwirklichung der Inklusiven
2038 Schule getan werden, damit keine Schülerin und kein Schüler ausgegrenzt wird und jede und jeder
2039 sich in der Lerngemeinschaft akzeptiert und aufgehoben fühlen kann.

2040
2041 „Inklusive Schule“ steht für die Umsetzung der UN- Behindertenrechtskonvention im Schulbereich.
2042 „Inklusive Schule“ ist keine sonderpädagogische Aufgabenstellung. Sie beschränkt sich nicht darauf,
2043 Kinder und Jugendliche mit „sonderpädagogischem Förderbedarf“ in die Regelschule zu „integrie-
2044 ren“. Sie steht für ein neues Verständnis von Schule und Lernen. „Inklusive Schule“ ist die „Schule für
2045 alle“. Alle gehören dazu, vorbehaltlos. Verschiedenheit ist normal, Anderssein ein Wert. Alle werden
2046 akzeptiert, so angenommen wie sie in der Schule ankommen. Eine Schule für alle kann gelingen,
2047 wenn es ihr gelingt, die Potenziale der Kinder zu entfalten anstatt ihre Defizite festzustellen. Alle
2048 Kinder können etwas. Sie können Unterschiedliches. Und sie können es unterschiedlich gut. „Inklusi-
2049 on“ bedeutet gleichberechtigtes Dazugehören und gleichberechtigte Teilhabe aller, bedeutet, sich
2050 aufeinander einzulassen, voneinander zu lernen, miteinander zu gestalten.

2051
2052 Wir wollen das Recht auf das gemeinsame Lernen und damit auf eine angemessene Ausstattung in
2053 allen Schulen und ohne Ausnahme im Schulgesetz festschreiben. Wir fordern ein schlüssiges Gesamt-
2054 konzept für die Inklusive Schule mit einer gesicherten, ausreichenden und dauerhaften Finanzierung
2055 von qualifiziertem Personal, einem baulichen Konzept für Barrierefreiheit im Sinne der UN-
2056 Behindertenrechtskonvention sowie einem entsprechenden Finanzplan zur Absicherung der benötig-
2057 ten Mittel im Haushalt.

2058
2059 Gleichzeitig braucht es eine Qualifizierungsoffensive für das pädagogische Personal mit vielfältigen
2060 Weiterbildungsangeboten und ein Netzwerk von Beratungs- und Unterstützungssystemen in den
2061 Bezirken als qualifizierte, ständige Ansprechpartner_innen für die Schulen vor Ort.

2062
2063 Für uns gehört es auch zur Inklusiven Schule, dass Gymnasien Schülerinnen und Schüler nach dem
2064 Probejahr nicht mehr abschulen dürfen! Stattdessen müssen sie durch Fördermaßnahmen und -
2065 vereinbarungen auf ihrem Weg zu dem für sie bestmöglichen Schulabschluss besser unterstützt wer-
2066 den.

2067 2068 **Gemeinschaftsschule – die Schule von der Einschulung bis zum Abitur**

2069
2070 Die Gemeinschaftsschule ist die Schule der Zukunft und der Schlüssel für die Schaffung sozialer Ge-
2071 rechtigkeit in der Bildung.

2072
2073 Die Gemeinschaftsschule ist eine Vorreiterin einer grundsätzlich inklusiven Bildungspolitik. Sie stellt
2074 individuelles und längeres gemeinsames Lernen in heterogenen Lerngruppen in den Mittelpunkt und
2075 verkörpert den Beginn eines ungegliederten nicht auslesenden Schulsystems mit einer neuen Lern-
2076 und Lehrkultur jenseits von Leistungs- und Konkurrenzdruck. Gemeinschaftsschulen schaffen es bes-
2077 ser als die bisherigen Regelschulen, den Bildungserfolg von der sozialen Herkunft abzukoppeln. Dies
2078 soll auch durch eine Ausweitung der wissenschaftlichen Begleitung auf die Grundstufe und die Se-
2079 kundarstufe II der Gemeinschaftsschulen untersucht werden.

2080
2081 Für die Schulen, die sich neu auf den Weg zur Gemeinschaftsschule machen wollen, muss das Land
2082 einen auskömmlichen Fortbildungs- und Personaletat bereitstellen. Zugleich müssen die Schulen im
2083 Prozess der Suche nach Kooperation oder Fusion von Grundschule und Sekundarschule, Aufbau einer
2084 Grundstufe an der ISS und Einrichtung einer Oberstufe aktiv unterstützt werden, um die Gemein-
2085 schaftsschule als Schule von der Einschulung bis zum Abitur fest in der Berliner Bildungslandschaft zu
2086 etablieren. DIE LINKE. Berlin fordert, dass die Gemeinschaftsschule als schulstufenübergreifende
2087 Regelschule im Schulgesetz verankert wird!

2088 2089 **Schulneubau + Schulsanierung = Voraussetzung für gutes Lernen**

2090
2091 Der Sanierungsstau an den Berliner Schulen beträgt mindestens zwei Milliarden Euro. Notwendig ist
2092 ein Masterplan für seinen mittelfristigen Abbau. Die derzeitigen Sonderprogramme, die immer von
2093 der aktuellen Kassenlage abhängig sind, werden den Erfordernissen nicht gerecht.

2094
2095 Grundlage muss eine standortgenaue Analyse des Sanierungsbedarfs sowie, zur Durchsetzung der
2096 inklusiven Schule, des Bedarfs für die Schaffung von Barrierefreiheit der Bestandsschulgebäude sein.

2097
2098 Wir brauchen ein Sanierungskonzept, das angibt, wie, in welchem zeitlichen Rahmen und mit wel-
2099 chen finanziellen Mitteln der bestehende Sanierungsstau an den Berliner Schulgebäuden schnell
2100 aufgelöst werden soll.

2101
2102 Der Masterplan muss außerdem Richtlinien vorgeben, wie mit der Schulsanierung, den veränderten
2103 pädagogischen Anforderungen, der energetischen Sanierung und nachhaltigem Bauen entsprochen
2104 werden kann. Mit einer realistischen und zukunftsorientierten Schulentwicklungsplanung und einem
2105 Neubauprogramm muss auf die wachsende Zahl von Schülerinnen und Schülern reagiert werden.
2106 Eine weitere Verdichtung und die Anwendung des Raumnutzungskonzepts nur auf Neubauschulen
2107 dürfen nicht mehr zugelassen werden. Der erforderliche und zügige Schulneubau darf dabei aber
2108 nicht nur durch immer weitere „Schulergänzungsbauten“ ersetzt werden, denn diese sorgen nicht für
2109 eine mitwachsende Schulinfrastruktur wie Mensen, Fachräume, Sportanlagen usw..

2110
2111 **Stark im Team: Gute Schulen brauchen motiviertes Personal!**

2112
2113 Schulen brauchen Teams, in denen die verschiedenen Professionen auf Augenhöhe zusammenarbei-
2114 ten. DIE LINKE. Berlin fordert, dass in einem ersten Schritt zu diesen multiprofessionellen Teams in
2115 jeder Grundschule mindestens eine Schulsozialarbeiterin oder ein Schulsozialarbeiter beziehungswei-
2116 se eine Sozialpädagogin oder ein Sozialpädagoge gehören soll.

2117
2118 Lehrkräften, Erzieherinnen und Erziehern Anerkennung für ihr hohes Engagement zu zollen, bedeutet
2119 auch, für sie entsprechende Arbeitsbedingungen zu schaffen. Dazu gehört eine ausreichende Vertre-
2120 tungsreserve an jeder Schule ebenso, wie eine konkrete Arbeitsplatzbeschreibung oder die Arbeit so
2121 zu organisieren, dass sie nicht krank macht und auch von älteren Lehrkräften bewältigt werden kann.
2122 Lehrkräfte müssen nicht verbeamtet werden. DIE LINKE. Berlin fordert eine tarifliche Regelung für die
2123 Einkommen der angestellten Lehrkräfte, die diese den Beamten gleichstellt. Dabei muss gelten: Gle-
2124icher Lohn und gleiche Arbeitsbedingungen für gleiche Arbeit! Mit der Reform der Lehrkräftebildung
2125 an den Berliner Universitäten sind grundsätzliche Voraussetzungen für gleichwertige Lehrämter für
2126 alle Schulstufen, für den Umgang mit einer gewachsenen Heterogenität der Schülerinnen und Schü-
2127ler, für die inklusive Schule und für eine größere Praxisnähe des Studiums geschaffen worden. Auch
2128 hier braucht es bis zum Schuljahr 2017/18 eine Regelung, die die Abschaffung der Mehrklassenge-
2129sellschaft in den Lehrerzimmern und die Gleichstellung der Lehrämter – von der Grundschule bis zum
2130Gymnasium - zum Ziel hat.

2131
2132 **Gesundes Schulessen = wichtige Lernvoraussetzung**

2133
2134 Gesundes Schulessen ist ein Bildungsangebot. Es muss jedem Kind zugänglich und darf nicht vom
2135 Geldbeutel der Eltern abhängig sein. Die LINKE. Berlin setzt sich für die Erhöhung der Subventionie-
2136 rung von Landesseite ein, damit auch einkommensschwache Familien ihren Kindern das Essen bezah-
2137 len können. Keine Schülerin und kein Schüler in Ganztagschulen soll aus finanziellen Gründen auf
2138 das Essen verzichten müssen.

2139
2140 **Kulturelle Bildung**

2141

2142 Musikschulen und Volkshochschulen erfüllen für das Land Berlin einen Bildungsauftrag. Die dort be-
2143 schäftigten Lehrkräfte haben eine hohe Qualifikation und doch können die meisten von ihnen nicht
2144 ohne staatliche Unterstützung leben. Ihnen droht Altersarmut. Zur Bekämpfung prekärer Beschäfti-
2145 gung fordert DIE LINKE. Berlin eine Anpassung der Festanstellungs-Quote in Musik- und Volkshoch-
2146 schulen an den Bundesdurchschnitt von 75 Prozent.

2147

2148 **Bundeswehr raus aus den Schulen**

2149

2150 Neben der kulturellen Bildung muss Schule ein Ort sein, an dem Frieden, Humanität und Völkerver-
2151 ständigung eine große Rolle spielen. Deshalb fordern wir, dass keine Berufsberatung durch Karrie-
2152 reberater der Bundeswehr stattfindet, und Jugendoffiziere nicht in die Schulen eingeladen werden
2153 dürfen. Kein Werben für's Sterben!

2154

2155 **Digitalisiertes Lernen**

2156

2157 Die neuen Medien und die damit verbundene voranschreitende Digitalisierung prägen einerseits die
2158 Lebenswelt und Zukunft der Schülerinnen und Schüler, andererseits bilden sie schon jetzt eine Her-
2159 ausforderung für das Lernen und Lehren an den Berliner Schulen.

2160

2161 In diesem Bereich darf das Feld nicht privaten Unternehmen, Verlagen und Bildungsanbietern über-
2162 lassen werden. DIE LINKE. Berlin setzt sich dafür ein, Open-Data in den Schulunterricht zu integrieren.
2163 Dazu zählen die Nutzung und die Erstellung offener Lehr- und Lernmaterialien (Open Educational
2164 Resources, OER) sowie der Einsatz von Open-Source Software.

2165

2166 Medien- und Informationskompetenz in Form selbstverständlicher und selbstbestimmter, aber trotz-
2167 dem kritischer Umgangsweise mit digitalen Technologien und dem Internet sind untrennbar mit Bil-
2168 dung im 21. Jahrhundert verbunden. Die Schulen müssen in die Lage versetzt werden, diesen Heraus-
2169 forderungen gerecht zu werden. Dafür sind einerseits entsprechende Weiterbildungsangebote für
2170 das Lehrpersonal sowie zusätzliche und qualifizierte Stellen zu schaffen. Andererseits muss die IT-
2171 Infrastruktur der Schulen auf das erforderliche Maß ausgebaut werden, um allen Schülerinnen und
2172 Schülern den Zugang zu digitalen Technologien und dem Internet unabhängig vom Elterneinkommen
2173 und sozialem Hintergrund zu ermöglichen.

2174

2175 **Kulturpolitik ernst nehmen, mehr Teilhabe ermöglichen, bessere Arbeitsbedingungen schaffen.**

2176

2177 DIE LINKE Berlin tritt für einen grundsätzlichen Systemwechsel in der Kulturpolitik ein. Wir sehen
2178 unsere wichtigste Aufgabe darin, die Teilhabe aller Menschen am kulturellen Leben zu ermöglichen
2179 und den öffentlichen Dialog über Kultur in einer modernen Stadtgesellschaft zu gestalten. Die zu-
2180 nehmende soziale Spaltung in unserer Stadt hat zur Folge, dass vielen Menschen der Zugang zu Mu-
2181 seen, Theatern und Galerien verwehrt bleibt oder immer mehr erschwert wird. Darüber müssen wir
2182 miteinander reden und dieser Zustand muss beendet werden.

2183

2184 Kultur ist nicht in erster Linie dafür da, schmückendes Beiwerk für Stadtmarketing zu sein. Kultur hat
2185 stattdessen eine wachsende soziale Funktion als Scharnier und Verbindung in einer Metropole, die
2186 sich sozial, kulturell, im Bildungsniveau und in den Lebensansprüchen ihrer Menschen immer mehr
2187 ausdifferenziert.

2188

2189 DIE LINKE Berlins unterbreitet konkrete kulturpolitische Vorschlägen, die dem gewachsenen Ense-
2190 mble der städtischen und bezirklichen Kulturinstitutionen gerecht werden und sowohl einen Interes-
2191 sensausgleich zwischen sehr verschiedenen Akteur_innen, als auch den Diskurs über die Zukunft
2192 unserer Stadt mit anderen Parteien, mit Gewerkschaften und Initiativen, Kirchen und Verbänden, mit
2193 Künstler*innen und Intellektuellen ermöglichen.

2194

2195 **Kulturelle Bereicherung durch Migration**

2196

2197 DIE LINKE steht zugleich dafür, Räume und Möglichkeiten für die durch Zuwanderung und Zuzug zu
2198 uns gekommenen Menschen zu eröffnen. Deren künstlerische und kulturelle Potenziale, deren Neu-
2199 gier und Interesse an dem kulturellen Angebot der Stadt sind ein Zugewinn und eine Bereicherung,
2200 die es einzubinden gilt. Nicht für sie sondern mit ihnen soll der kulturelle Dialog gestaltet werden.

2201

2202 Inklusive kulturelle Bildung und Kulturarbeit müssen in Berlin einen deutlich höheren Stellenwert als
2203 bislang erhalten. An den Berliner Schulen gilt es, die schleichende Erosion in den künstlerischen Fä-
2204 chern zu beenden. An den Hochschulen und Universitäten müssen Kunst-, Musik- und Theaterpäda-
2205 gogen bedarfsgerecht ausgebildet werden. Die Einstellungspolitik des Senates hat diesem Bedarf
2206 Rechnung zu tragen. Die Angebote der Musik- und Jugendkunstschulen sind inhaltlich und personell
2207 auszubauen. Wir setzen uns dafür ein, dass an allen durch öffentliche Mittel geförderten Bühnen ist
2208 theaterpädagogische Angebote für Kinder und Jugendliche bereitstehen.

2209

2210 **Kultur für alle**

2211

2212 Alle öffentlich geförderten Bühnen und Orchester Berlins sollen verpflichtet werden, sich am System
2213 des „Drei-Euro-Tickets“ zu beteiligen. Der Eintritt in die landeseigenen Museen und Galerien erfolgt
2214 auf entgeltfreier Basis. Die Nutzungsgebühren für die öffentlichen Bibliotheken Berlins sollen aufge-
2215 hoben werden. Weitere Preissteigerungen bei kommunalen Musik- und Volkshochschulen darf es
2216 nicht geben. Der Senat muss auch mit der Stiftung Preußischer Kulturbesitz und der Stiftung Preußi-
2217 sche Schlösser und Gärten die Wiedereinführung eines entgeltfreien Eintrittstages verhandeln.

2218

2219 **Ein eigenständiges Kultur-Ressort für Berlin**

2220

2221 DIE LINKE Berlin setzt sich für die Wiedereinführung eines eigenständigen Senatsressorts für Kultur
2222 ein. Die Bereiche Denkmalschutz, Film- und Medienförderung sind dem Kulturressort zuzuordnen. Es
2223 kann für die ganze Stadt nur ein Gewinn sein, wenn Kultur als breites Aufgabenspektrum verstanden
2224 wird, dem mit einem eigenen Ressort Rechnung getragen wird.

2225

2226 Lebensqualität misst sich auch in Lebenskultur. Die Gestaltung des öffentlichen Raums und die Bau-
2227 kultur verlangen eine deutlich höhere Beachtung. Auch die stadtplanenden und baukulturellen Berei-
2228 che der jetzigen Senatsverwaltung für Stadtentwicklung sind in einer Senatsverwaltung für Kultur
2229 zusammenzuführen: Stadtentwicklungspolitik war seit jeher und ist mehr denn je Kulturpolitik! Zu-
2230 mindest ist künftig für alle öffentlichen Bauvorhaben und alle stadtplanerischen Entscheidungen eine
2231 Kulturverträglichkeitsprüfung vorzunehmen.

2232

2233 **Kunst und Kultur in den Bezirken**

2234

2235 Der Abbau der bezirklichen Kulturangebote ist zu stoppen. Die Kosten- und Leistungsrechnung wird
2236 als Steuerungsinstrument für die Kulturarbeit abgeschafft. Wir schlagen ein Landeskulturgesetz vor,
2237 in dem verbindliche Mindeststandards für die Ausstattung der bezirklichen kulturellen Infrastruktur,
2238 für deren Festkosten das Land die entsprechenden Mittel zur Verfügung zu stellen hat, in Abstim-
2239 mung mit den Bezirken festgelegt werden. Wir setzen uns für den Erhalt aller derzeitigen bezirklichen
2240 Kultur- und Bildungseinrichtungen und eine berlinweite Entwicklungsplanung und eine Verdopplung
2241 der Mittel der Bezirkskulturfonds ein.

2242

2243 **Bibliotheken als Kultureinrichtungen**

2244

2245 Die Bibliotheken sind die meistgenutzten Kultureinrichtungen in Berlin. Die zukunftsfähige Entwick-
2246 lung der Bibliothekslandschaft ist eine gesamtstädtische Aufgabe. In Abstimmung mit den Bezirken
2247 ist die künftige Struktur der kommunalen öffentlichen Bibliotheken zu regeln und deren auskömmli-

2248 che Finanzierung sicherzustellen. Die Zentral- und Landesbibliothek soll den längst überfälligen Zent-
2249 ralstandort erhalten.

2250

2251 Zur Verbesserung der Bibliothekenlandschaft schlagen wir die Erhöhung der Mittel für Medien und
2252 IT-Infrastruktur sowie die Etablierung von freiem W-LAN in allen Stadtbibliotheken vor.

2253

2254 **Freie Szene fördern**

2255

2256 Wir wollen die Produktionsbedingungen für freie Künstler_innen verbessern. DIE LINKE will bis 2021
2257 für Bildende Künstlerinnen und Künstler 2.000 neue Ateliers in der Stadt schaffen. Die Etats für Sti-
2258 pendien und Ausstellungshonorare sollen erhöht werden. Künstlerinnen und Künstler haben An-
2259 spruch auf existenzsichernde Mindesthonorare. Die freie Szene Berlins soll Produktionsstandorte mit
2260 eigenen Produktionsetats erhalten. Wir setzen uns für ein Tanzhaus für die freie Szene und mehr
2261 Investitionen in Kulturhäuser ein. Die freie Szene sollte einen selbst verwalteten Kulturfonds erhal-
2262 ten. Beschäftigung soll an allen Berliner Kultureinrichtungen nur auf Grundlage tarifvertraglicher
2263 Vereinbarungen stattfinden. DIE LINKE lehnt die Schließung öffentlich getragener Kultureinrichtun-
2264 gen aus haushälterischen Gründen ab.

2265

2266 **Erinnerungs- und Gedenkpolitik**

2267

2268 DIE LINKE Berlin tritt für eine Erinnerungspolitik ein, die Geschichte als Ganzes annimmt. Was wir
2269 sind, sind wir geworden. Nur ist Geschichte, wie sie tatsächlich stattfand, immer komplizierter und
2270 widersprüchlicher, als es der Wille zur Erinnerung und zum Gedenken abbildet. DIE LINKE Berlin be-
2271 kennt sich zu ihrer historischen Verantwortung am politischen Unrecht, das in der DDR geschehen ist.
2272 Die Reduzierung der DDR-Geschichtsschreibung auf Repression und Diktatur soll durch eine Multi-
2273 perspektivität der Geschichts- und Erinnerungspolitik überwunden werden. Mittels einer Stärkung
2274 der „Public History“ unabhängiger Initiativen und Projekte soll die Geschichte unserer Stadt im 20.
2275 Jahrhundert in ihrer Gänze erzählt werden.

2276

2277 Wir fordern, dass dem 2018/2019 bevorstehenden Jubiläum der Novemberrevolution und der Grün-
2278 dung der Weimarer Republik angemessen Rechnung getragen wird. Wir schlagen vor, dass der 8. Mai
2279 in Berlin als offizieller Gedenktag eingeführt wird.

2280

2281 **Digitale Gesellschaft**

2282

2283 Die Digitalisierung prägt die soziale, kulturelle und auch ökonomische Entwicklung Berlins in immer
2284 stärkerem Maße. Wir sehen darin Chancen für Selbstorganisation, Selbstbestimmung und alternati-
2285 ves Wirtschaften, aber auch ernste Gefahren durch staatliche und private Überwachung sowie Aus-
2286 schluss ärmerer oder älterer BewohnerInnen der Stadt. Deshalb ergänzen wir unsere netzpolitischen
2287 Vorhaben der Förderung offener Netze, des freien Informationszugangs zu öffentlichen Daten, der
2288 Vermittlung von kritischer Medienkompetenz an Schulen sowie E-Government und digitaler Demo-
2289 kratie durch vehementes Gegenarbeiten im Bereich der Überwachungspraktiken, von Funkzellenab-
2290 fragen und „stillen“ SMS bis hin zum Einsatz von Staatstrojanern.

2291

2292 **Das Internet ist Daseinsvorsorge**

2293

2294 Das Internet ermöglicht prinzipiell einen allgemeinen Zugriff auf gesellschaftliches Wissen und Infor-
2295 mationen. Darin sehen wir als LINKE eine große Chance für selbstbestimmte Bildung und gesell-
2296 schaftliche Teilhabe für alle. Grundlage dafür ist die Netzneutralität, die wir weiterhin gesetzlich fest-
2297 schreiben wollen. Eine weitere Voraussetzung ist der freie Internetzugang an möglichst vielen öffent-
2298 lichen Plätzen. Dies muss als Teil der Daseinsvorsorge über ein offenes WLAN erfolgen. Weiterhin
2299 wollen wir durch Kooperation mit dem Förderverein Freie Netzwerke e. V. und den Landesanstalten

2300 Berlins den Freifunk fördern. Zusätzlich werden wir uns für eine Abschaffung der Störerhaftung stark
2301 machen.

2302

2303 Besonders mangelhaft ist der Internetzugang für geflüchtete Personen -- hier fehlt es oft schon an
2304 ausreichend Steckdosen zum Laden von Mobilgeräten. Da der Zugang zum Internet aber für uns ein
2305 Grundrecht darstellt muss er auch für marginalisierte Bevölkerungsgruppen gelten. Nicht nur zur
2306 Kontaktaufnahme mit entfernten Bezugspersonen wie Familie und Freunden, sondern auch um die
2307 Isolation innerhalb Berlins zu überwinden und eine bessere Vernetzung und Inklusion zu ermögli-
2308 chen, ist das Internet eine Voraussetzung. Die Bereitstellung von Internetzugängen muss natürlich
2309 mit umfassenden Bildungsangeboten begleitet werden, nicht nur in Unterkünften für Geflüchtete,
2310 sondern auch an Schulen und Seniorentreffs.

2311

2312 **Open Data ausweiten**

2313

2314 Die Stadt muss jedoch nicht nur den Zugang zum Internet ermöglichen, sie muss auch selbst als Ak-
2315 teur auftreten, indem sie nutzbare Daten - die nicht die Privatsphäre von BewohnerInnen betreffen -
2316 unter freien Lizenzen und über dokumentierte Schnittstellen öffentlich macht. Dies können Daten
2317 von Landesbehörden, -bibliotheken, aber auch öffentlichen Unternehmen wie der BVG sein, die von
2318 großem Nutzen für die BewohnerInnen der Stadt sind oder von gemeinnützigen Initiativen oder auch
2319 von lokalen Unternehmen nutzbar gemacht werden können. Es ist erforderlich, dass die Veröffentli-
2320 chung von Informationen der Standard und keine Ausnahme ist. Im Zuge dessen ist auch zu evaluie-
2321 ren, inwiefern Online-Beteiligungsmöglichkeiten und "Digitale Demokratie" ausgebaut werden kön-
2322 nen.

2323

2324 **Verwaltung digital**

2325

2326 Wir werden im Auge behalten, dass die Verlagerung der Behördentätigkeit ins Internet zu keiner
2327 Beeinträchtigung der Servicequalität führen darf. Die in Berlin erfolgte, vollständige Umstellung der
2328 Terminvereinbarung bei Bürgerämtern auf (lange) Wartelisten im Internet, die noch dazu von Perso-
2329 nalabbau begleitet wurde, halten wir für verfehlt.

2330

2331 Wir wollen, dass Berlin die Gründung einer IT-Genossenschaft forciert, die technisch und personell in
2332 der Lage ist, anfallende IT-Dienstleistungen für das Land Berlin und dessen öffentliche Einrichtungen
2333 zu erfüllen. Damit soll eine Unabhängigkeit gegenüber privaten Dienstleistern erreicht werden, nicht
2334 zuletzt auch wegen des Datenschutzes.

2335

2336 **Freier Zugang zu öffentlich-rechtlichen Inhalten**

2337

2338 Die von den öffentlich-rechtlichen Anstalten selber produzierten Inhalte müssen so weit wie möglich
2339 zeitunabhängig, speicherbar und für weitere Nutzungen frei zur Verfügung stehen. Nur dann kann
2340 der öffentlich-rechtliche Rundfunk seinem Grundversorgungsauftrag tatsächlich nachkommen. Au-
2341 ßerdem wurden diese Inhalte über die Gebührenfinanzierung bereits von der Gemeinschaft bezahlt.
2342 Aufgrund der "Depublikation" sind die Angebote bisher lediglich für einen beschränkten Zeitraum in
2343 den jeweiligen Internetangeboten verfügbar. Deshalb ist eine Änderung des Rundfunkstaatsvertrages
2344 notwendig. Weiterhin sollen die von den Anstalten selbst produzierten Inhalte so weit wie möglich
2345 unter geeignete freie Lizenzen gestellt werden, die eine möglichst weitgehende Weiternutzung er-
2346 lauben.

2347

2348 **Schutz des Netzes vor staatlichen Eingriffen und Unternehmensinteressen**

2349

2350 Das Internet hat enorme politische, soziale und ökonomische Potentiale und muss deshalb gegen
2351 staatliche Eingriffe und Unternehmensinteressen gleichermaßen verteidigt werden. Wir LINKE wollen
2352 staatliche Überwachungsgewalt einschränken und Geheimdienste grundsätzlich abschaffen, da wir es

2353 fahrlässig finden, Freiheit und Privatsphäre der Mehrheit im Kampf gegen die Kriminalität Einzelner
2354 aufs Spiel zu setzen. Unvermeidliche Überwachungsmaßnahmen müssen für den Betroffenen trans-
2355 parent gemacht werden. Die Funkzellenabfrage lehnen wir als Instrument ab.

2356
2357 Die Videoüberwachung öffentlicher Räume verhindert keine Verbrechen. Die Sicherung öffentlicher
2358 Räume sollte, wo und wann immer möglich, durch Menschen erfolgen, denn nur Menschen können
2359 anderen im Ernstfall zu Hilfe kommen. Die Entwicklung und Anwendung des sogenannten Staatstro-
2360 janers lehnen wir ab. Wir halten diese Praxis nach wie vor für rechtstaatswidrig.

2361
2362 **Digitale Bildung und digitale Arbeit**

2363
2364 Das Internet erscheint noch immer in weiten Teilen als ein individueller Raum der scheinbar unbe-
2365 grenzten Möglichkeiten. Es erfordert Medienkompetenz, um es verantwortungsbewusst zu nutzen.
2366 Dabei geht es nicht nur um die Sicherheit der eigenen Privatsphäre, sondern auch um den reflektier-
2367 ten Umgang mit Big Data und den sozialen Umgang im Netz. Auf diesen Gebieten Kompetenz zu
2368 vermitteln, ist eine neue Aufgabe der Schulen – auch der Volkshochschulen. Das Erlernen von ent-
2369 sprechender Mediennutzungskompetenz ist eine Schlüsselqualifikation für ein selbstbestimmtes
2370 Leben in einer digitalisierten Gesellschaft. Wir wollen den Einsatz von Open Educational Ressources
2371 (OER) fördern sowie deren aktive Entwicklung an den Berliner Schulen unterstützen.

2372
2373 Wir wollen besonders Mädchen und junge Frauen für Ausbildung und Arbeit in der digitalen Wirt-
2374 schaft begeistern. Um ihr Interesse daran und letztlich den Anteil von Frauen in dieser Branche zu
2375 steigern, schlagen wir spezielle Förderprogramme und Wettbewerbe zum Erlernen und kreativen
2376 Nutzen von Programmiersprachen oder Online-Technologien vor.

2377
2378 Die Digitalisierung verändert auch die Arbeitswelt. Das Netz bietet neue Möglichkeiten für unkonven-
2379 tionelle Arbeitsverhältnisse, teilweise verschwimmen die Grenzen zwischen Konsument und Produ-
2380 zent. Wir wollen, dass Berlin diese bereits weit verbreitete Form digitaler Arbeit stärker in die öffent-
2381 liche Wahrnehmung rückt. Insbesondere dort, wo etwa durch Click- oder Croud-Working, auskömm-
2382 liche Löhne oder sichere Arbeitsverhältnisse bedroht sind oder gänzlich fehlen, wollen wir gemein-
2383 sam mit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie den Gewerkschaften und Branchenverbän-
2384 den in den Dialog treten. Auch neue Formen von Erwerbsarbeit sollten den Kriterien von guter Arbeit
2385 entsprechen.

2386
2387
2388

2389 **Kapitel 7**

2390 **Bürgerrechte, Teilhabe, Demokratisierung und Strategien gegen Rechts**

2391

2392 *Die Berlinerinnen und Berliner haben eindrucksvoll demonstriert, dass sie bei wichtigen Fragen unse-*
2393 *rer Stadt mitentscheiden wollen. Die bisherigen Möglichkeiten von Unterschriftensammlungen für*
2394 *Volksbegehren über die bezirklichen Bürgerbegehren bis hin zum berlinweiten Volksentscheid werden*
2395 *gern genutzt. Prominentestes Beispiel dafür ist der erfolgreiche Volksentscheid zu 100% Tempelhofer*
2396 *Feld, bei dem sich die Berlinerinnen und Berliner erfolgreich gegen die Politik des rot-schwarzen Se-*
2397 *nats durchgesetzt haben.*

2398

2399 *Wir schlagen vor, die Instrumente der direkten Demokratie noch zu erweitern. Dafür zählt für uns*
2400 *einerseits die Absenkung der notwendigen Quoren. Außerdem wollen wir neue Möglichkeiten einfüh-*
2401 *ren um etwa Beschlüsse des Parlaments durch einen Volksentscheid zu korrigieren.*

2402

2403 *Wir freuen uns über mündige und politisch aktive Bürgerinnen und Bürger, denn Politik ist mehr als*
2404 *nur alle fünf Jahre seine Stimme bei Wahlen abzugeben. Wir wollen die Menschen ermutigen, sich*
2405 *noch stärker in politische Prozesse einzumischen, sei es beim Starten eines Volksbegehrens, der Mit-*
2406 *arbeit in einer Senioren- oder Elternvertretung oder bei der Teilnahme an politischen Demonstration-*
2407 *en auf der Straße. Dafür wollen wir die Voraussetzungen verbessern und besondere Hindernisse*
2408 *beispielsweise für Frauen, Kinder oder Seniorinnen und Senioren abbauen.*

2409

2410 *Gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft bedeutet für uns, dass politisches, soziales und kultu-*
2411 *relles Engagement für alle möglich sein muss. Egal ob Mann oder Frau, ob jung oder alt oder ob mit*
2412 *oder ohne Migrationshintergrund: alle sollen sich gleichermaßen für ihre und die Belange anderer*
2413 *einsetzen können.*

2414

2415 *In den letzten Jahren setzen sich viele Berlinerinnen und Berliner besonders für die Belange von Ge-*
2416 *flüchteten ein und treten dem wachsenden Rechtsextremismus auch in Berlin entgegen. Wir wollen*
2417 *diesen Kampf gegen Rechts unterstützen. Wer dieses Engagement für eine demokratische und solida-*
2418 *rische Gesellschaft fördern will, darf den Menschen aber keine Angst machen. Das anlasslose Spei-*
2419 *chern von Handydaten, das Ausspionieren von Computern oder das Filmen von friedlichen Demonst-*
2420 *rationen lehnen wir daher ab. Wir wollen mehr Demokratie und mehr Einmischung statt Ausgrenzung*
2421 *und Repression.*

2422

2423 **Volksentscheide erleichtern - Bezirksbürgerbegehren vor dem Senat schützen**

2424

2425 DIE LINKE hat im Jahr 2006 mit dazu beigetragen, dass die Durchführung von Volksbegehren und
2426 Volksentscheiden erheblich vereinfacht wurde. In den letzten Jahren haben SPD und CDU diesen Kurs
2427 wieder verlassen. Volksentscheide wurden aktiv behindert und bezirkliche Bürgerbegehren vom Se-
2428 nat direkt unterlaufen. Wir wollen, dass es den Menschen wieder leichter gemacht wird, sich in die
2429 Stadtpolitik einzumischen und mitzuentcheiden.

2430

2431 Daher schlagen wir vor, die benötigten Quoren für erfolgreiche Volksbegehren zu senken und das
2432 Zustimmungsquorum abzuschaffen, so dass die Berlinerinnen und Berliner mit Mehrheit entscheiden
2433 können. Außerdem soll auch die Unterschriftensammlung im Internet möglich werden. Einige Fragen
2434 sind von der Abstimmung per Volksentscheid ausgenommen. Wir wollen diese Fragen minimieren, so
2435 dass zukünftig auch über die Tarife von öffentlichen Unternehmen oder zu zahlende Abgaben ent-
2436 schieden werden darf. Bei der Privatisierung öffentlicher Unternehmen soll außerdem immer ein
2437 Volksentscheid durchgeführt werden.

2438

2439 Wir schlagen die Einführung eines Einspruchsreferendums vor. Das heißt, dass durch die Sammlung
2440 einer bestimmten Menge von Unterschriften, ein Volksentscheid über vom Abgeordnetenhaus be-

2441 reits beschlossene Gesetze herbeigeführt werden kann. Somit sollen die Berlinerinnen und Berliner
2442 Einspruch gegen Entscheidungen des Parlaments erheben können.

2443

2444 Wir wollen verhindern, dass der Senat sich bei der Festlegung von Volksentscheid-Terminen einen
2445 Vorteil verschaffen kann und schlagen vor, dass Volksentscheide immer mit Wahlterminen oder an-
2446 deren Abstimmungen zusammengelegt werden sollen um eine möglichst hohe Wahlbeteiligung zu
2447 fördern.

2448

2449 Die Möglichkeiten von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden auf Bezirksebene sollten ausgebaut
2450 werden. Außerdem wollen wir die Praxis beenden, dass der Senat bezirkliche Anliegen an sich ziehen
2451 und damit Bürgerbegehren vor Ort aushebeln kann.

2452

2453 **Für ein modernes Wahlrecht ab 16 für alle Berlinerinnen und Berliner**

2454

2455 Wir wollen das Wahlalter für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus und für Abstimmungen auf 16 Jah-
2456 re absenken, da wir der Meinung sind, dass Jugendliche durchaus in der Lage sind, politische Vorgän-
2457 ge zu bewerten und sich selbst politisch einzubringen.

2458

2459 Wir wollen nicht hinnehmen, dass die vielen Berlinerinnen und Berliner ohne deutsche Staatsbürger-
2460 schaft von Wahlen und Abstimmungen ausgeschlossen sind. Nicht nur Deutsche sollten in unserer
2461 Stadt das Wahlrecht haben, sondern alle Menschen, die hier leben. DIE LINKE wird sich daher weiter
2462 dafür einsetzen, ein Wahlrecht für Nicht-Deutsche auf allen Ebenen zu schaffen. Als ersten Schritt
2463 dazu wollen wir ein kommunales Wahlrecht für alle Nicht-EU-Bürgerinnen und -Bürger

2464

2465 Die undemokratischen Sperrklauseln und Prozent-Hürden bei Wahlen sollen entfallen.

2466

2467 **Staatsbürgerschaftsrecht demokratisieren - Einbürgerung erleichtern**

2468

2469 Wir werden uns weiter auf Bundesebene für ein demokratisches Staatsbürgerschaftsrecht einsetzen,
2470 das die Einbürgerung erheblich erleichtert und doppelte Staatsangehörigkeiten ohne Einschränkun-
2471 gen zulässt. Trotz Verbesserungen gibt es für viele junge Menschen mit ausländischen Eltern immer
2472 die Pflicht, sich zwischen der Staatsbürgerschaft ihrer Eltern und der deutschen zu entscheiden. Das
2473 ist desintegrierend und muss endgültig abgeschafft werden. Wir werden weiter für eine Politik der
2474 gesellschaftlichen Teilhabe auf allen Ebenen kämpfen und auch dadurch dafür werben, dass die
2475 Menschen in Berlin sich für einen deutschen Pass entscheiden.

2476

2477 **Transparenz staatlichen Handelns sichern - Informationsfreiheit garantieren**

2478

2479 DIE LINKE tritt für eine größtmögliche Transparenz staatlichen Handelns ein. Das ist die beste Präven-
2480 tion gegen Korruption und Misswirtschaft. Das Recht auf Informationsfreiheit ist hierfür ein elemen-
2481 tarer Bestandteil. Grundsätzlich sollte der Staat seine Daten und Informationen allen Bürgerinnen
2482 und Bürgern proaktiv und kostenfrei zur Verfügung stellen. Schließlich sind diese im Auftrag der Be-
2483 völkerung und mit den von ihr gezahlten Steuern erhoben und erstellt worden. Dies ist sowohl ein
2484 Gewinn für die demokratische Beteiligung und Kontrolle als auch für Innovation in Wirtschaft und
2485 Verwaltung. Deshalb wollen wir in Berlin ein Transparenzgesetz nach Hamburger Vorbild einführen.
2486 Außerdem schlagen wir vor, dass Abgeordnete verpflichtet werden sollten, ihre Einkünfte detailliert
2487 offenzulegen.

2488

2489 **Digitale Demokratie**

2490

2491 Unter Digitaler Demokratie versteht DIE LINKE die Ausweitung und Unterstützung demokratischer
2492 Prozesse in digitalen und virtuellen Räumen. Digitale Demokratie bedeutet in erster Linie, die Ge-
2493 samtheit dieser Prozesse im digitalen Raum mitzugestalten: Wie BürgerInnen sich informieren kön-

2494 nen; wie sie sich politisch und kulturell einbringen; den Kontakt zwischen Politik und Gesellschaft
2495 stärken; Meinungsbildungsprozesse unterstützen. Die digitale Mitbestimmung über Themen und
2496 Entscheidungen betrachten wir nicht als Selbstzweck sondern als logische Folge der Digitalisierung
2497 für eine aktive Stadtgesellschaft. Wir wollen die Möglichkeiten der digitalen Technologien nutzen,
2498 um demokratische Prozesse zu unterstützen und mehr Menschen in die politische Debatte einzube-
2499 ziehen.

2500

2501 **Strategien gegen Neofaschismus, Rassismus, Antisemitismus**

2502

2503 Der Antifaschismus gehört zu den wichtigsten Traditionslinien und dem Selbstverständnis unserer
2504 Partei, Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus und Sexismus zu thematisieren und das Recht eines
2505 jeden Berliners und einer jeden Berlinerin auf gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Le-
2506 ben, unabhängig von Herkunft, Hautfarbe, Religion oder kultureller Zuordnung durchzusetzen.

2507

2508 Die Rechtsentwicklungen in Europa, das Erstarken der AfD sowie rechter Bewegungen wie Pegida
2509 und Bärigida zeigen, dass die Schuldzuweisung für soziale Probleme beispielsweise an Minderheiten
2510 und Geflüchtete nach wie vor Früchte tragen. Brennende Flüchtlingsunterkünfte und Anschläge auf
2511 Antifaschisten zeugen von organisiertem Vorgehen der Rechten. Mindestens ebenso gefährlich wie
2512 die organisierten Rechtsextremen sind rassistische Ausfälle aus der sogenannten „Mitte der Gesell-
2513 schaft“, dem wir uns in den Weg stellen. Antifaschismus und Einsatz gegen Rechts heißt für uns ei-
2514 nerseits, den Alltagsrassismus in der Gesellschaft aufzuzeigen und andererseits den Nazis auf der
2515 Straße entgegenzutreten.

2516

2517 Der Nationalsozialistische Untergrund (NSU) konnte jahrelang mordend und raubend durch das Land
2518 ziehen. Auch aktuell wird angesichts erschreckend hoher Zahlen von Angriffen auf Flüchtlinge und
2519 Flüchtlingsunterkünfte deutlich: die Gefahr des rechten Terrors ist weiter hoch. Berlin hat eine starke
2520 Zivilgesellschaft, die gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus arbeitet. Vor dem
2521 Hintergrund der erstarkenden Bedrohungslage ist es geboten, zivilgesellschaftliche Projekte und
2522 Strukturen wie mobile Beratungsteams oder Opferberatungsstellen weiter zu stärken. Die finanzielle
2523 Unterstützung muss hierfür aufgestockt werden.

2524

2525 Wir wenden uns gegen jegliche Versuche, zivilgesellschaftliche Projekte gegen Rechtsextremismus,
2526 Rassismus, Antisemitismus und Islamfeindlichkeit durch eine »Extremismusklausel« zu disziplinieren
2527 und zu gängeln.

2528

2529 Die Polizei muss dafür sorgen, dass Flüchtlingsunterkünfte vor Bedrohungen und Angriffen durch
2530 Neonazis geschützt werden. Zivilgesellschaftlicher Protest gegen rassistische Demonstrationen oder
2531 sonstige Aktivitäten darf nicht durch polizeiliche Maßnahmen behindert werden.

2532

2533 **Aktionsplan gegen Rassismus neu auflegen - Landesantidiskriminierungsgesetz schaffen**

2534

2535 Ausgrenzung und Rassismus gehören für viele Berlinerinnen und Berliner zu ihren täglichen Erfah-
2536 rungen. Dieser Rassismus kommt aus der Mitte der Gesellschaft, auch aus Polizei und Verwaltung.

2537

2538 Wir wollen einen neuen Aktionsplan gegen Rassismus für Berlin, der zivilgesellschaftliche Projekte
2539 und Einrichtungen breit unterstützt und fördert, mit dessen Hilfe aktiv Rassismus, Antisemitismus
2540 und Neofaschismus bekämpft werden können und der dazu führt, dass die Opfer rassistischer Ge-
2541 walt und Diskriminierung gestärkt werden. Dazu gehören antirassistische Bildungsarbeit in den Ver-
2542 waltungen, Schulen, Kitas und öffentlichen Behörden als Teil der interkulturellen Öffnung mit dem
2543 Ziel, institutionellen Rassismus zurückzudrängen und das Verbot des racial profiling durch die Polizei.
2544 Das heißt, der Polizei ist es untersagt, Personen nur aufgrund ihres Aussehens zu kontrollieren oder
2545 festzuhalten.

2546

2547 Und wir wollen eine Stärkung der Landesantidiskriminierungsstelle des Senats sowie der Antidiskri-
2548 minierungsverbände erreichen. Dazu setzen wir uns dafür ein, dass auf Landesebene ein Landesanti-
2549 diskriminierungsgesetz (LADG) verabschiedet wird, um gesetzlich verbrieften und durchsetzbaren
2550 Schutz vor Diskriminierung auf staatlicher Ebene zu ermöglichen .

2551

2552 **Datenschutz ausweiten - Privatsphäre sichern**

2553

2554 Verschiedene Geheimdienste betreiben die globale Überwachung der elektronischen Kommunikati-
2555 on, private Internetkonzerne machen Profit mit den Daten und persönlichen Informationen ihrer
2556 Nutzerinnen und Nutzer. Nicht erst seit Edward Snowden wissen wir: Noch nie war der Schutz der
2557 Privatsphäre und der persönlichen Daten so bedroht wie heute. Die LINKE setzt sich für eine Stärkung
2558 des Datenschutzes ein.

2559

2560 Ob Vorratsdatenspeicherung, Online-Durchsuchung, massenhafte Funkzellenabfragen oder Raster-
2561 fahndung – wir setzen uns gegen die Ausdehnung des Überwachungsstaates, gegen staatliche und
2562 private Datensammelwut und die weitere Ausweitung von Eingriffsbefugnissen der Sicherheitsbe-
2563 hörden ein.

2564

2565 Auch hier auf Landesebene wollen wir nur so viele Daten erheben, wie zwingend erforderlich sind
2566 und auch nur so lange wie nötig. Die Notwendigkeit und der Nutzen staatlicher Erhebungen von per-
2567 sonenbezogenen Daten wollen wir immer wieder neu überprüfen.

2568

2569 **Mehr Sicherheitspersonal statt mehr Videoüberwachung**

2570

2571 Videoüberwachung führt nicht zu mehr Sicherheit, denn keine Kamera kann Straftaten im öffentli-
2572 chen Raum verhindern – die schweren Straftaten wie Raub und Körperverletzung in den letzten Jah-
2573 ren belegen dies. Eingreifen können in kritischen Situationen nur Menschen. Wir wollen deshalb kei-
2574 ne allgegenwärtige Videoüberwachung, sondern sie reduzieren und auf das Nötigste beschränken.
2575 DIE LINKE wird sich deshalb gegen die Ausweitung von Videoüberwachung einsetzen – sei es auf öf-
2576 fentlichen Straßen und Plätzen oder bei Demonstrationen und politischen Versammlungen. Wir
2577 schlagen vielmehr vor, insbesondere in Bussen und Bahnen sowie auf Bahnhöfen im öffentlichen
2578 Nahverkehr mit zusätzlichem Personal für Sicherheit zu sorgen.

2579

2580 **Die Arbeitsbedingungen der PolizistInnen verbessern - die Polizei demokratisieren**

2581

2582 Grundlage dafür, dass die Polizei ihre Aufgaben verantwortungsvoll erfüllen kann, ist eine angemessene
2583 Ausstattung. Deshalb müssen vor dem Hintergrund der Altersstruktur im öffentlichen Dienst
2584 und der wachsenden Stadt wieder mehr Polizistinnen und Polizisten eingestellt werden. Die Arbeits-
2585 bedingungen bei der Polizei sind zu verbessern.

2586

2587 Für mehr Bürgernähe und Professionalität bei der Polizei ist durch die konsequente Anwendung der
2588 Deeskalationsstrategie bei politischen Versammlungen zu sorgen. Wir werden uns für ein offenes
2589 und zurückhaltendes Auftreten der Einsatzkräfte, den Einsatz von Anti-Konflikt-Teams und den Dialog
2590 mit der Zivilgesellschaft im Vorfeld solcher Veranstaltungen einsetzen. Ein großer Erfolg der LINKEN
2591 ist, dass 2011 die individuelle Kennzeichnungspflicht für alle Berliner Polizeibeamtinnen und -
2592 beamteten eingeführt wurde. DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, dass diese Kennzeichnungspflicht
2593 konsequent eingehalten wird.

2594

2595 Fälle von unrechtmäßiger Polizeigewalt bleiben immer noch viel zu häufig unaufgeklärt. Neben der
2596 Kennzeichnungspflicht setzt sich DIE LINKE deshalb für die Einführung einer unabhängigen Untersu-
2597 chungsinstanz für die Übergriffe durch Polizistinnen oder Polizisten ein, die auch eine Anlaufstation
2598 für Polizistinnen und Polizisten selbst sein kann, wenn es zu Konflikten mit Kolleginnen oder Kollegen
2599 kommt.

2600
2601
2602
2603
2604
2605
2606
2607
2608
2609
2610
2611
2612
2613
2614
2615
2616
2617
2618
2619
2620
2621
2622
2623
2624
2625
2626
2627
2628
2629
2630
2631
2632
2633
2634
2635
2636
2637
2638
2639
2640
2641
2642
2643
2644
2645
2646
2647
2648
2649
2650
2651
2652

Die Ausweitung des Unterbindungsgewahrsams, wie sie die rot-schwarze Koalition 2015 beschlossen hat, wonach nun Personen auf Verdacht bis zu vier Tage eingesperrt werden können, lehnen wir ab und schlagen vor, dieses Instrument abzuschaffen.

Wir sind der Meinung, dass kontinuierliche Schulungen von Polizistinnen und Polizisten zu Themen wie Rassismus und Homo-/Transphobie ausgeweitet werden sollten. Die Polizei kann intern so genannte kriminalitätsbelastete Orte festlegen, an denen sie ohne Anlass Personen festhalten und kontrollieren kann. Dies entzieht sich jeder demokratischen Kontrolle. Deshalb wollen wir diese Regelung im Polizeirecht abschaffen.

Den ausufernden Einsatz von Pfefferspray durch die Polizei wollen wir beschränken, denn die gesundheitlichen Risiken sind groß. Insbesondere der Einsatz gegen Menschenmengen ist auszuschließen.

Versammlungsrecht als hohes demokratisches Gut sichern

Berlin ist die Hauptstadt der Demonstrationen und politischen Versammlungen. Wir betrachten dies als ein wertvolles demokratisches Gut, das es zu schützen gilt. Das Versammlungsrecht ist als demokratisches Freiheitsrecht gegen staatlichen Zugriff zu schützen und auszubauen. Aufgabe der Polizei ist es dabei nicht, größtmögliche Stärke und Repression an den Tag zu legen, sondern gemeinsam mit den Veranstaltern für einen friedlichen und sicheren Ablauf von politischen Versammlungen zu sorgen.

Das von SPD und CDU eingeführte Gesetz zur Anfertigung von Übersichtsaufnahmen bei Demonstrationen durch die Polizei führt allerdings zu Einschüchterung und Abschreckung der Bürgerinnen und Bürger, die auf die Straße gehen. Deshalb schlagen wir vor, dieses Gesetz wieder abzuschaffen.

Verfassungsschutz langfristig abschaffen

Trotz vieler V-Leute in der rechten Szene haben die Verfassungsschutzämter in Bund und Ländern die NSU-Mordserie nicht aufgedeckt. Die nachträgliche Aufklärung haben sie aktiv behindert. Und ihre geheimdienstliche Arbeitsweise macht sie unkontrollierbar. Für DIE LINKE ist klar: Der Verfassungsschutz schützt nicht unsere Verfassung, sondern ist eine Gefahr für die Demokratie. Deshalb wollen wir den Verfassungsschutz bundesweit abschaffen. Er ist durch Institutionen zu ersetzen, die ohne nachrichtendienstliche Mittel neonazistische, rassistische und antisemitische Einstellungen und Bestrebungen sowie sonstige Erscheinungen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit dokumentieren und Strategien dagegen entwickeln.

Als ersten Schritt auf Berliner Ebene wollen wir den Einsatz von V-Leuten bei Polizei und Verfassungsschutz beenden. Denn die Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden mit Neonazis und Kriminellen bringt hohe Gefahren und wenig Nutzen.

Wir wenden uns gegen immer neue Befugnisse und Dateien, die die Trennung zwischen Polizei und Geheimdiensten aufweichen. Zudem haben Geheimdienste in der politischen Bildung nichts verloren. Wir wollen es künftig nicht mehr zulassen, dass sich der Verfassungsschutz in Schulen an Veranstaltungen beteiligt.

Whistleblower schützen

Auf Bundes- und Landesebene setzen wir uns dafür ein, dass Whistleblower, die auf Missstände aufmerksam machen, nicht kriminalisiert, sondern vor straf- und arbeitsrechtlichen Sanktionen geschützt werden.

2653 **Justizvollzug modernisieren, Arbeitsbedingungen verbessern**

2654

2655 Justizvollzug ist für uns zuallererst Resozialisierungsvollzug. Die Rückkehr zum straffreien Leben au-
2656 ßerhalb der Haft und zur Teilhabe an der Gesellschaft ist dabei das wichtigste Ziel. Und nur ein gut
2657 ausgestatteter Justizvollzug kann resozialisieren und so zur Sicherheit in der Stadt beitragen. Es muss
2658 deshalb wieder mehr Personal für den Justizvollzug ausgebildet und eingestellt werden und die Aus-
2659 stattung und Gestaltung der Haftanstalten verbessert werden.

2660

2661 **Beteiligungshaushalt für Berlin einführen**

2662

2663 Die Förderung von Partizipation und des bürgerschaftlichen Engagements ist eine wichtige demokra-
2664 tische Herausforderung. Neben Volksentscheiden und der Arbeit von Beiräten ist die Möglichkeit zur
2665 Mitbestimmung über die Verteilung der Haushaltsmittel ein weiteres Mittel. Doch die bestehenden
2666 Bürgerhaushaltsverfahren in den Bezirken geraten immer wieder an ihre Grenzen. Was die Men-
2667 schen wirklich wollen, kann mit einer alleinigen bezirklichen Verantwortung oft nicht umgesetzt wer-
2668 den. Hier macht die französische Hauptstadt Paris vor, wie Bürgerbeteiligung anders gelebt werden
2669 kann. Hier werden seit 2014 fünf Prozent des Investitionsbudgets der Stadt in die Hand der Pariserin-
2670 nen und Pariser gelegt.

2671

2672 Die Erfahrungen dort zeigen, dass die meisten Vorschläge auf ein besseres menschliches Miteinander
2673 abzielen: weitere Einrichtungen für Radfahrer*innen, mehr Platz für Fußgänger*innen und mehr Hilfe
2674 für sozial Benachteiligte und Ausgegrenzte. Was Paris kann, kann Berlin schon lange! Deshalb schla-
2675 gen wir vor, einen berlinweiten Beteiligungshaushalt zu etablieren. Diese Idee, ihre Durchführung
2676 und die Höhe dieses Haushalts wollen wir mit den Berlinerinnen und Berlinern diskutieren und ge-
2677 meinsam entwickeln.

2678

2679 **Familie, Kinder und Jugend**

2680

2681 Berlin ist die kinderreichste Stadt Deutschlands und auch die Hauptstadt der Alleinerziehenden.
2682 Gleichberechtigung und der gesellschaftliche Wandel weg vom konservativen Ehemodell hin zu Al-
2683 leinerziehenden und Patchworkfamilien stellen uns vor neue Herausforderungen. Wir wollen dabei
2684 die Bedürfnisse der Kinder in den Fokus rücken und alle Elternteile in jeder Familienkonstellation in
2685 die Lage versetzen, gut und sicher für sich und ihre Angehörigen sorgen zu können.

2686

2687 **Ein guter Kitaplatz für jedes Kind**

2688

2689 Zur Förderung der kindlichen Entwicklung aber auch der besseren Vereinbarkeit von Familie und
2690 Beruf - insbesondere für Alleinerziehende – sollte es für jedes Kind eine gute Betreuung in der Kita
2691 oder Tagespflege geben. Wir wollen vor allem die Betreuungsangebote für Kinder von Eltern mit
2692 flexiblen Arbeitszeiten verbessern. Wir schlagen vor, dass öffentlicher Dienst und öffentliche Unter-
2693 nehmen mit gutem Beispiel vorangehen und familienfreundliche Arbeitszeiten möglich machen.

2694

2695 DIE LINKE setzt sich dafür ein, den Rechtsanspruch auf vorschulische Förderung in Kita und Tages-
2696 pflege weiter auszuweiten. Wir setzen uns für die Abschaffung der Bedarfsprüfung ein, um allen Kin-
2697 dern den Zugang und Umfang der Förderung zu ermöglichen, unabhängig vom Einkommen der El-
2698 tern.

2699

2700 Wir glauben, dass die Bereitstellung von ausreichend qualifiziertem Personal für die Qualität der
2701 vorschulischen Förderung unerlässlich ist. Wir unterstützen die Forderungen des Berliner Kitabünd-
2702 nisses und meinen, dass die Rahmenbedingungen der Beschäftigten auf den Prüfstand gehören. Wir
2703 schlagen vor, dass die Ausbildungskapazitäten der staatlichen Schulen für Sozialpädagogik erheblich
2704 ausgebaut werden und für die privaten Ausbildungseinrichtungen, die gleichen Qualitätsstandards
2705 gelten wie für die staatlichen Schulen.

2706

2707 Die zunehmende Zahl von Familien mit Kindern, die in Berlin Schutz und Asyl suchen, stellt auch die
2708 Kitas vor neue Herausforderungen. Eltern sollten deshalb bereits in den Erstunterkünften über das
2709 Recht ihrer Kinder auf den Kitabesuch erfahren und sich mit den Angeboten in ihrer Umgebung ver-
2710 traut machen können. Das Verfahren zum Erhalt eines Kitagutscheins sollte vereinfacht werden. Die
2711 Betreuung von geflüchteten Kindern stellt besondere Herausforderungen an Einrichtungen sowie
2712 Erzieherinnen und Erzieher. Dafür sollten zusätzliche Mittel für Beratung und Unterstützung der Kitas
2713 zur Verfügung gestellt werden.

2714

2715 **Kinder- und Jugendförderung sichern**

2716

2717 Wir sind davon überzeugt, dass die Kinder- und Jugendarbeit eine kommunale Pflichtaufgabe ist und
2718 das Land Berlin gemeinsam mit den Bezirken diese wichtigen Angebote gesetzlich absichern und
2719 finanzieren sollte. Qualität hat auch hier ihren Preis und wir glauben, dass alle Kinder und Jugendli-
2720 chen unabhängig vom Bezirk, in dem sie leben, ein Recht auf gute kommunale Angebote haben. Wir
2721 schlagen daher vor, ein neues Finanzierungssystem zu entwickeln, das Planungssicherheit gewähr-
2722 leistet, flexibel auf sich ändernde Bedarfe, wie z.B. die von jungen Flüchtlingen und Asylsuchenden,
2723 reagiert, und den Trägern die tarifgerechte Bezahlung ihrer Fachkräfte sichert.

2724

2725 Ergänzende außerschulische Bildungsangebote wie Jugendkunstschulen, Jugendverkehrsschulen und
2726 Gartenarbeitsschulen sollten gesetzlich verankert, finanziert und in der Zusammenarbeit zwischen
2727 Schule und Jugendhilfe, z.B. für Angebote in Kitas und Jugendfreizeiteinrichtungen intensiver genutzt
2728 werden.

2729

2730 Kinder und Jugendliche müssen an allen sie und ihre Zukunft betreffenden Entscheidungen beteiligt
2731 werden. Das betrifft insbesondere die Bereitstellung von Freizeitangeboten in ihrem Stadtteil. Wir
2732 schlagen daher vor, die vorhandenen Möglichkeiten zum Mit-Entscheiden zu stärken und demokrati-
2733 sche Beteiligungsstrukturen noch weiter ausbauen.

2734

2735 **Familienfreundliches Berlin schaffen**

2736

2737 Familie ist dort, wo Menschen Verantwortung für andere übernehmen, zusammen leben und sich
2738 umeinander kümmern. Das wollen wir fördern und unterstützen - dort, wo Kinder sind und insbe-
2739 sondere dort, wo Mutter oder Vater Kinder alleine erziehen. Wir sind der Meinung, dass besonders
2740 Familienzentren und Nachbarschaftsangebote sowie Möglichkeiten der Familienbildung und -
2741 erholung besonders wichtig sind. Wir schlagen vor, diese auszuweiten und die Bezirke dafür finanziell
2742 besser auszustatten. Den Familienpass und den SuperFerienPass wollen wir erhalten.

2743

2744 Für Familien mit Kindern mit Behinderung bedarf es einer intensiven Betreuung und Beratung. In
2745 allen Bezirken soll es eine Stelle beim Jugendamt geben, in der Eltern über alle Leistungen informiert,
2746 beraten, bei der Antragstellung und im Beschwerdefall unterstützt werden.

2747

2748 Für viele Familien und Alleinerziehende sind Behördengänge in Berlin eine zusätzliche Belastung. Wir
2749 schlagen daher vor, eine zentrale Anlaufstellen in jedem Bezirk einzurichten, in denen alle Anliegen
2750 zusammengefasst bearbeitet werden können und die Hilfen aus einer Hand geleistet werden.

2751

2752 **Benachteiligung von Alleinerziehenden beenden**

2753

2754 Alleinerziehende sind auch in Berlin oft besonderen Belastungen ausgesetzt. Daher wollen wir sie
2755 und ihre Kinder stärker unterstützen. Dazu gehört die gleichberechtigte Anerkennung der gemeinsa-
2756 men und alleinigen elterlichen Sorge in allen Bereichen. Alleinerziehenden könnte auch die unbüro-
2757 kratische und finanzierte Inanspruchnahme von haushaltsnahen Diensten helfen. Nicht zuletzt fällt es

2758 Alleinerziehende oft besonders schwer, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Hier schlagen wir eine
2759 familienfreundliche Wohn- und Mietpolitik vor.

2760

2761 **Kinderarmut überwinden – Chancengleichheit herstellen**

2762

2763 In Berlin leben mehr als ein Drittel aller Minderjährigen von staatlichen Hilfen. Diese materielle Ar-
2764 mut hat gravierende Auswirkungen auf Bildungserfolg, Teilhabe und Lebenschancen. Insbesondere
2765 alleinerziehende Eltern und ihre Kinder sind oft davon betroffen. Das darf nicht sein: Wir wollen
2766 Chancengleichheit verwirklichen und einen einkommensunabhängigen Zugang zu Bildung verwirkli-
2767 chen. Oftmals ist eine gute Arbeitsstelle, mit guter Bezahlung und der Vereinbarkeit von Familie und
2768 Beruf entscheidend dafür, dass Kinder nicht in Armut aufwachsen müssen.

2769

2770 Chancengleichheit heißt für uns, dass alle Kinder und Jugendlichen Zugang zu Beratungs- und Unter-
2771 stützungsleistungen und zu Angeboten von Bildung, Kultur, Sport, Gesundheit und Erholung haben
2772 müssen – unabhängig vom Einkommen ihrer Eltern.

2773

2774 Gegenüber dem Bund setzen wir uns dafür ein, die Regelungen zum Unterhaltsvorschuss neu zu fas-
2775 sen und Leistungen wie das Kindergeld nicht mehr auf Transferleistungen anzurechnen. Der Regel-
2776 satz für Kinder muss endlich so bemessen werden, dass er den Bedürfnissen junger Menschen ge-
2777 recht wird. Wir schlagen die Entwicklung einer Kindergrundsicherung vor, die Chancengleichheit
2778 beim Aufwachsen garantiert.

2779

2780 **Kinderschutz – Netzwerk sichern und ausbauen**

2781

2782 Das Netzwerk Kinderschutz wollen wir mit dem Fokus auf Prävention und frühe Hilfen unterstützen.
2783 Auch die Arbeit der Familienhebammen sollte weiterentwickelt und ausgeweitet werden. Es soll si-
2784 chergestellt sein, ein Hausbesuch bei der Geburt eines Kindes in allen Bezirken möglich ist. Um die
2785 Risiken für Kindeswohlgefährdungen so früh wie möglich zu erkennen brauchen wir eine Verbesse-
2786 rung der Personalausstattung in den bezirklichen Kinderschutzstellen und im Regionalen Sozialpäda-
2787 gogischen Dienst.

2788

2789 Besondere Anforderungen an den Kinderschutz entstehen dadurch, dass viele geflüchtete Familien
2790 auf längere Zeit in Not- und Gemeinschaftsunterkünften untergebracht sein werden und viele unbe-
2791 gleitete minderjährige Flüchtlinge in der Stadt versorgt werden müssen. Wir meinen, dass auch hier
2792 der Kinderschutz oberste Priorität erhalten sollte. Dafür müssen Senat und Bezirke gemeinsam Ver-
2793 antwortung übernehmen. Wir schlagen daher vor, für diese Aufgabe einen speziellen Kinderschutz-
2794 beauftragten mit besonderen Befugnissen und eigenem Etat auf Landesebene einzusetzen.

2795

2796 **Frauen an die Spitze**

2797

2798 Gezielte Förderung und verbindliche gesetzliche Rahmenbedingungen machen es möglich. Bundes-
2799 weit gesehen nimmt Berlin mit einem Frauenanteil von 29,4 Prozent an Professuren einen Spitzen-
2800 platz ein. Auch die Quote von Frauen in Aufsichtsräten, Vorständen und Geschäftsführungen ist mit
2801 44,6 Prozent (Stand 2014) besser als der bundesweite Durchschnitt. Das unter rot-rot novellierte
2802 Landesgleichstellungsgesetz bietet den gesetzlichen Rahmen für die gezielte Suche nach kompeten-
2803 ten Frauen für Spitzenpositionen und die juristische Handhabe gegen die noch immer allgemein übli-
2804 che Bevorzugung (oder ausschließliche Konzentration) von männlichen Bewerbern und Nominierun-
2805 gen für Positionen in Unternehmen mit öffentlicher Beteiligung.

2806

2807 **Frauenpolitik: Mehr als Quote**

2808

2809 Chancengleichheit und Geschlechtergerechtigkeit sind die Voraussetzungen für ein selbstbestimmtes
2810 Leben von Frauen und Männern in Berlin. Noch immer gibt es ein geschlechtsspezifisches Machtge-

2811 fälle, bezahlte und unbezahlte Arbeit sind zwischen Männern und Frauen ungerecht verteilt, nur
2812 langsam erhöht sich der Anteil Frauen in einflussreichen Positionen, noch schleppender übernehmen
2813 Männer einen Part bei der Kindererziehung und Altenpflege.

2814
2815 Wir wollen die Doppelstrategie von Gender Mainstreaming und Frauenförderung weiter verfolgen
2816 und ihr mehr Nachdruck verleihen. Das gleichstellungspolitische Rahmenprogramm muss so weiter-
2817 entwickelt werden, dass Gleichstellungspolitik in allen Ressorts nicht nur formal und als zusätzliche
2818 Belastung behandelt, sondern als Gewinn erkannt wird.

2819
2820 Der Schlüssel zur Geschlechtergerechtigkeit ist die eigenständige Existenzsicherung von Frauen in
2821 allen Lebensphasen und unabhängig von ihrem sozialen Stand. Dazu gehört ihre paritätische Beteili-
2822 gung und Mitbestimmung in allen gesellschaftlichen Bereichen, auf allen Ebenen und in allen Gremi-
2823 en. Wir schlagen vor, den Politikansatz der Landesinitiative für Chancengleichheit von Frauen und
2824 Männern in der Wirtschaft wieder aufzunehmen.

2825 2826 **Arbeitswelt und Ausbildung: gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit**

2827
2828 Die Flexibilisierung von Arbeitszeit darf sich nicht nur an betrieblichen Erfordernissen orientieren.
2829 Über ein effektives Controlling ist zu sichern, dass die frauenpolitischen Vorgaben des Landesgleich-
2830 stellungs- und des Vergabegesetzes auch in die Privatwirtschaft hinein Wirkung entfalten. Für uns ist
2831 die Forderung nach gleichem Lohn für gleichwertige Arbeit und die Anerkennung und Aufwertung
2832 von so genannten Frauenberufen besonders wichtig. Das gilt insbesondere für Gesundheits-, Sozial-
2833 und Erziehungsberufe.

2834
2835 Wir wollen junge Frauen und Mädchen durch gezielte Fördermaßnahmen für MINT-Berufe interes-
2836 sieren. Neben dem Girls Day wollen wir weitere Angebote entwickeln, bei Mädchen das Interesse an
2837 männlich dominierten Berufen zu wecken. Dazu schlagen wir auch speziell an Mädchen gerichtete
2838 Förderungen im Bereich der digitalen Welt vor, wie etwa besondere Programmierkurse und -
2839 wettbewerbe.

2840
2841 Wir setzen uns dafür ein, dass das Programm zur Förderung von Chancengleichheit von Frauen in
2842 Forschung und Lehre fortgesetzt wird und seine gleichstellungspolitische Wirkung direkt in Hoch-
2843 schulen und Universitäten entfalten kann.

2844 2845 **Frauenpolitische Infrastruktur erhalten**

2846
2847 Frauenprojekte sind Ausdruck der Selbstorganisation von Frauen für Frauen. Sie sind Orte feministi-
2848 scher Auseinandersetzung und emanzipatorischer Selbstbestimmung von Frauen. Sie ermöglichen
2849 Frauen, gemeinsam schwierige Lebensumstände zu bewältigen und sich auf neue Anforderungen
2850 einzustellen. Untereinander gut vernetzt haben die „Projektfrauen“ viel Fachkompetenz in Frauen-
2851 fragen versammelt. Sie sind Expertinnen in allen Lebenslagen, deren Erfahrungen und Wissen auf
2852 vielen Gebieten unverzichtbar ist und viel stärker zur Politikberatung genutzt werden kann.

2853
2854 DIE LINKE wird sich weiterhin dafür einsetzen, diese Infrastruktur zu stabilisieren, die beschäftigten
2855 Frauen tarif- und qualifikationsgerecht zu bezahlen und dem Frauenbeirat als Beratungsgremium
2856 mehr Gewicht zuzumessen. Auch das Programm zur Förderung der frauenpolitischen Infrastruktur
2857 hat sich bewährt und muss weiter geführt werden.

2858 2859 **Gewaltfrei leben**

2860
2861 Besondere Herausforderungen ergeben sich aus dem Zustrom von Flüchtlingen, um den geflohenen
2862 Frauen ein gewaltfreies und selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Vielfacher patriarchaler Unter-
2863 drückung und sexueller Gewalt ausgesetzt, geben diese Frauen aufgrund ihrer Sozialisation ihre wahn-

2864 ren Fluchtgründe und Fluchterfahrungen nicht gleich preis und offenbaren sich nur schwer. Dazu
2865 bedarf es besonderer und niedrigschwelliger Kontakt- und Beratungsangebote von vertrauenswürdigen
2866 Personen mit psychologischem Einfühlungsvermögen und kultursensibler Sprachmittlung.

2867
2868 Wir setzen uns dafür ein, dass in allen Gemeinschaftsunterkünften Räume zur Verfügung gestellt
2869 werden, in denen Frauen vor männlicher Dominanz und sexueller Gewalt sicher sind und ihr Selbst-
2870 vertrauen gestärkt werden kann. Dazu sind besondere Beratungs- und Schutzangebote für geflohene
2871 Frauen und Mädchen zu entwickeln. Berlin braucht auch eine Unterkunft ausschließlich für von ge-
2872 schlechtsspezifischer Gewalt betroffene Frauen.

2873
2874 Wir wollen das Berliner Unterstützungssystem bei Häuslicher Gewalt gegen Frauen insbesondere mit
2875 Blick auf Frauen mit starken und akuten psychischen Belastungen, mit problematischem Drogen- und
2876 Medikamentenkonsum sowie für Wohnungslose und Frauen mit Kindern ausbauen. Wir schlagen
2877 außerdem die Weiterentwicklung der Gewaltschutzambulanz zum interdisziplinären Gewaltschutz-
2878 zentrum vor.